

OFFENBACH

**MACHT MAN
NICHT MIT LINKS!**

**SONDERN
MIT VERNUNFT.**

**KOMMUNALPOLITISCHES
KONZEPT
2026 - 2031**

FDP

Offenbach macht man mit Vernunft.....	3
1. Stadtentwicklung.....	5
2. Verkehr	14
3. Wirtschaft.....	19
4. Bildung.....	26
5. Haushalt, Finanzen und Steuern	32
6. Digitalisierung.....	36
7. Sicherheit und Ordnung	41
8. Umwelt-, Klima und Energie.....	47
9. Sport	52
10. Kultur	55
11. Freizeit	59
12. Soziales	62
13. Bürgerbeteiligung und Stadtteile	69

Offenbach macht man mit Vernunft.

Offenbach holt auf, während um uns herum Krise ist. Unsere Stadt ist attraktiv geworden – für Menschen aus der ganzen Region. Neue Unternehmen siedeln sich an. Offenbach wächst gut. Frankfurter wollen Offenbacher werden. Das beste Offenbach liegt noch vor uns.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis richtiger Entscheidungen der vergangenen Jahrzehnte – parteiübergreifend, unter unterschiedlichen Oberbürgermeistern und Koalitionen. Die FDP Offenbach sieht sich als Antreiber dieser Entwicklung. Mit ihrem Dezernenten Paul-Gerhard Weiß hat sie bei Stadtentwicklung, Schule, Ordnung und Flughafen ihren Beitrag geleistet. Die agile Arbeit von Partei und Fraktion hatte maßgeblichen Anteil an der Entwicklung und Umsetzung des Masterplans sowie an der neuen Willkommenskultur für Unternehmen. Felix Schwenke ist das Gesicht dieser Entwicklung, Paul-Gerhard Weiß ihr Architekt.

Angesichts gesellschaftlich rauerer Zeiten und des Erstarkens der politischen Ränder befürchten die Freien Demokraten jedoch, dass dieser Erfolgskurs infrage gestellt wird. Während sich der rechte Rand in Offenbach zum Glück selbst zerlegt hat, droht ein Wahlerfolg linker Populisten. Statt pragmatischer Lösungen bieten sie einfache Sprüche. **Offenbach macht man aber nicht mit links.**

Das ist kein herbeigeredetes Katastrophenszenario. Das steht vor der Tür: Schon bei der letzten Bundestagswahl erzielte „Die Linke“ 17 Prozent in Offenbach. Wiederholt sich dies, droht die Offenbacher Politik aus dem Lot zu geraten – eine linke Mehrheit.

Eine solche Entwicklung würde den Erfolgskurs der letzten Jahrzehnte gefährden. Denn die linken Kräfte lehnen die Ziele des erfolgreichen Masterplan ab. Und Gewerbesteuererhöhungen, Verkehrsumerziehung oder Einheitsschulen sind Gift für den Offenbacher Aufschwung.

Offenbach macht man nicht mit links, **sondern mit Vernunft.**

Wir treten bei dieser Wahl an, damit die Stadt in der Mitte bleibt.

Mitte heißt für uns:

✓ **Bürokratie bekämpfen statt Investoren.**

Wir wollen Offenbach als starken Wirtschaftsstandort weiterentwickeln. Unser Ziel bleibt: finanzielle Spielräume schaffen, um Grund- und Gewerbesteuern perspektivisch senken zu können. Zusätzliche Steuern und Abgaben schwächen den Standort. **Schwenke-Kurs fortsetzen statt nach links schwenken!**

✓ **Neue Schulen statt neue Schulden.**

Politik darf nicht allen alles versprechen. Nicht alles Wünschenswerte ist machbar. Die Modernisierung unserer Schulen und die Weiterentwicklung der Innenstadt vorantreiben, nicht linke Prestigeprojekte fördern.

✓ **Bauen statt bremsen.**

Wer bezahlbaren Wohnraum will, muss Bauen ermöglichen – statt Wohnungsbau durch Mietpreisbremsen, Leerstandsregeln und Milieuschutz zu blockieren. Wir wollen den Kurs

des qualitativen Wachstums fortsetzen, neues Wohnen und Mittelstandswohnen für die vergessene Mittelschicht, Menschen anziehen, die Steuern zahlen. Und nicht die Einwanderung in die Sozialsysteme fördern.

✓ **Ein gepflegtes Stadtbild statt Angsträume.**

Regeln müssen gelten und durchgesetzt werden. Deshalb wollen wir die Stadtpolizei weiter stärken. Gleichzeitig braucht es bessere Gestaltung, Fassadensanierungen, die Nutzung öffentlicher Räume und ein konsequentes Vorgehen gegen Verwahrlosung. Mit mehr Grün und weniger Grau ein attraktives Stadtbild gestalten.

✓ **Vorfahrt für Vernunft statt Ideologie auf Rädern.**

Eine Stadt funktioniert nur, wenn Verkehrspolitik vom Alltag her gedacht wird. Auto, Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr gehören zusammen. Gegeneinander ausspielen hilft niemandem. Autohass ist kein Konzept. Deshalb: neues Parken ermöglichen statt Parkplätze abbauen.

✓ **Kinder stark machen – nicht gleich machen.**

Wir setzen auf vielfältige Schulangebote und individuelle Bildung, um Leistung zu fördern, nicht auf Gleichmacherei und ideologischen Eifer.

Am 15. März geht es um eine Richtungsentscheidung: den liberalen Erfolgskurs fortsetzen – statt nach links zu schwenken.

1. Stadtentwicklung

Offenbach am Main soll die Stadt der kurzen Wege werden – eine Stadt, die Freiraum, Vielfalt und Lebensqualität vereint, eine Stadt zum Wohlfühlen und zum Bleiben sein, in der Menschen wohnen, arbeiten und leben, weil sie sich bewusst für sie entscheiden.

A. Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Offenbach soll eine Stadt mit großer Aufenthaltsqualität werden. Wir wollen ein urbanes Offenbach, das seine Lage im Herzen der Metropolregion Frankfurt RheinMain konsequent nutzt und gleichzeitig ein eigenes, selbstbewusstes Profil entwickelt.

Offenbach braucht mehr, besseren und bezahlbaren Wohnraum – durch marktwirtschaftliche Anreize, schnellere Verfahren und attraktive Quartiere. Wohnungsbau ist für uns kein ideologisches Projekt, sondern ein Freiheits- und Wohlstandsversprechen, das Menschen Eigentum, Sicherheit und Aufstiegschancen ermöglicht. Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch Verbote, sondern durch Bauen, Nachverdichten und schnellere Verfahren.

Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege, die 15-Minuten-Stadt: Wohnen, Arbeiten, Bildung, Kultur und Freizeit sollen in Offenbach so organisiert sein, dass der Alltag ohne großen Zeitverlust und mit hoher Lebensqualität bewältigt werden kann. Stadtentwicklung ist damit eine zentrale liberale Aufgabe – sie schafft Raum für Eigenverantwortung, Innovation und unternehmerische Initiative.

B. Situation: Wo wir stehen

Offenbach befindet sich in einem starken, dynamischen Wandel. In zwei voneinander unabhängigen Vergleichen von 400 Gebietskörperschaften belegte die Stadt Offenbach Platz 1 und 2 in der Rubrik „Dynamik“, die das Bau- und Veränderungsgeschehen erfasst. In den vergangenen Jahren hat die Stadt ihr Image in der Region deutlich verbessert, hochwertige neue Wohnquartiere entwickelt und die Gewerbeansiedlung vorangebracht. Mit Projekten wie dem Umbau des ehemaligen Kaufhofgebäudes zur „Station Mitte“ und dem Rathauspavillon wurden wichtige Bauvorhaben zur Aufwertung der City begonnen. Der Masterplan Stadtentwicklung 2030 hat entscheidende Impulse gesetzt, zahlreiche Vorschläge aus dem Planwerk konnten realisiert oder in Gang gesetzt werden. Die Lage im Herzen der Metropolregion Frankfurt RheinMain, die Nähe zum Flughafen und eine gute Anbindung durch S-Bahn und Straßenbahn bieten hervorragende Standortvorteile. Der Wochenmarkt und das Hafenviertel sind überregional beliebt und tragen zudem positiv zum urbanen Lebensgefühl bei.

Gleichzeitig steht Offenbach vor erheblichen Herausforderungen. Die Innenstadt erlebt eine massive Strukturveränderung, der anhaltende Trend zum Onlinehandel hat den Einzelhandel weiter stark geschwächt. Viele innerstädtische Wohnquartiere weisen Sanierungsbedarf und soziale Problemlagen auf, die städtebauliche Qualität ist oftmals zu gering. Der Umbau des Marktplatzes sowie des City-Centers waren wichtig, auch der Umbau des ehemaligen „Toys“R“Us“-Riegels mit Sanierung des Parkhauses, derzeit entstehendem gutem Wohnungsbau sowie Gastronomie mit neuem Platz zwischen Berliner Straße und Sandgasse setzen schon richtige Impulse, die aber durch weitere fortgesetzt werden müssen.

Zudem sind die verfügbaren Entwicklungsflächen begrenzt. Große neue Wohnbauprojekte wie das Goethequartier, die Kappus- und Luisenhöfe, die neuen Quartiere an der Mühlheimer Straße und viele andere sind zwar schnell entstanden, neue Wohngebiete im Außenbereich

haben aber aufgrund der Eigentumsverhältnisse oft lange Vorlaufzeiten. Sind die Voraussetzungen erst mal geschaffen, entstehen die Quartiere aufgrund der großen Nachfrage dann schnell, wie Bieber-Nord und Bürgel-Ost zeigen

Chancen ergeben sich aus der konsequenten Umsetzung begonnener Projekte, der Aufwertung des Hauptbahnhofs und der angedachten Straßenbahnanbindung. Durch ihre Nähe zu Frankfurt kann Offenbach als Teil des „Greater Frankfurt“-Raums weiter an Attraktivität gewinnen, insbesondere wenn es gelingt, Wohnen, Arbeiten und Freizeit besser zu verknüpfen. Insgesamt zeigt sich Offenbach als Stadt mit klaren Potenzialen für Urbanität, kurze Wege und modernes Wohnen – jedoch mit strukturellen, sozialen und infrastrukturellen Herausforderungen, die nur durch eine konsequente Stadtentwicklung und gezielte Aufwertung der Innenstadt gemeistert werden können.

C. Was wir bereits erreicht haben

- Die Freien Demokraten tragen in der Regierungskoalition Verantwortung für die Stadtentwicklung und stellen mit dem Stadtplanungsdezernenten eine zentrale Gestaltungsressource. In den vergangenen Jahren wurden wesentliche Grundlagen geschaffen, um Offenbach als qualitativ wachsende Stadt der kurzen Wege zu positionieren.
- Die Umsetzung des politisch maßgeblich von der FDP initiierten Masterplans 2030 wurde vorangetrieben.
- Auf unseren Vorschlag hin wurde ein Gestaltungsbeirat eingesetzt, der neue Planungen begleitet.
- Wir haben mit der Richtlinie zur kooperativen Wohnbaulandentwicklung klare Rahmenbedingungen für neue Bauprojekte geschaffen und die Agentur Mitte personell verstärkt, um die Entwicklung der Innenstadt professionell zu steuern. Mit SCAPE (ehemals Wetterwerkstatt) wurde ein Ort für Stadtentwicklung, Dialog und Experimente etabliert. Der Rathaus-Pavillon wurde umgebaut und durch Zwischennutzungen als offener Ort für Stadtgesellschaft und Kultur belebt.
- Die Umsetzung des von den Freien Demokraten mitinitiierten Innenstadtkonzepts mit Station Mitte, Grünem Band und Testraumallee wurde gestartet und strukturiert vorangetrieben.
- Mit dem Ankauf der Alten Post durch die GBO wurde die Chance geschaffen, dort künftig eine attraktive Mischnutzung zu entwickeln.
- Im Stadtteil Bieber wurde das Projekt „Bieber-Waldhof West“ weiter vorangebracht
- Der Wohnungsbestand ist in den letzten 10 Jahren um rund 6.000 auf 68.058 Wohnungen (31.12.2024) gestiegen.
- Für den Hauptbahnhof wurde eine Machbarkeitsstudie mit Nutzungsszenarien und ein Ideenwettbewerb initiiert, um aus einem Problemstandort ein Zukunftsquartier zu machen.
- In der Innenstadt beraten Quartiersarchitekten private Eigentümer und Gewerbetreibende.
- Der neue Bebauungsplan Innenstadt mit aktueller Öffentlichkeitsbeteiligung setzt Instrumente für eine bessere Steuerung der Nutzungsqualität (u. a. Vergnügungsstätten), die Sicherung des Handels im Kernbereich sowie die Umsetzung von Klimazielen durch Begrünung ein.

D. Was wir tun wollen

1. Masterplan umsetzen: gutes Arbeiten, Wohnen und Einkaufen

Offenbach hat mit dem Masterplan Stadtentwicklung 2030 eine gute Grundlage – jetzt geht es um konsequente Umsetzung. Wir wollen den Masterplan konsequent umsetzen, neue Baugebiete konsequent entwickeln und Wohnbaupotenziale heben. Im Mittelpunkt steht für uns die Entwicklung aller im Masterplan vorgesehenen neuen Wohngebiete.

Die zehn Schlüsselprojekte des Masterplans, die bislang zu einem Drittel umgesetzt und zu weiteren 45 Prozent in der Umsetzung sind, müssen vollständig realisiert werden.

Angefangene Maßnahmen sind zügig abzuschließen, begonnene Prozesse verlässlich fortzuführen.

Die Aufwertung der Innenstadt ist auf Grundlage des Zukunftskonzepts Innenstadt mit seinen 14 Fokusprojekten konsequent umzusetzen.

Die Neupositionierung des Kaiserlei ist nach dem vollständigen Umbau des Verkehrsknotens und der Ausstattung mit moderner Verkehrssteuerungstechnik weiter voranzutreiben. Die getätigten Infrastrukturinvestitionen sollen ihre volle Wirkung entfalten.

Die Entwicklung des DesignPorts ist fortzuführen. Mit dem Neubau der Hochschule für Gestaltung soll das Quartier weiter belebt und gestärkt werden.

Der Innovationscampus ist entsprechend seiner bisherigen dynamischen Entwicklung weiterzuentwickeln. Die durch zwei große Neuansiedlungen beschleunigte Entwicklung ist konsequent zu unterstützen.

Zur Verbesserung der Erschließung des Offenbacher Ostens ist die im Masterplan vorgesehene neue Verbindungsstraße zwischen Bieber Nord und der Mühlheimer Straße („B448“) umzusetzen. Das derzeit geschaffene Baurecht ist zügig in konkrete Umsetzung zu überführen.

Offenbach entwickelt seine Stadtteile und Ortskerne – von Bieber und Bürgel bis Nordend und Mathildenviertel – mit einem klaren Masterplan zu lebendigen Quartieren mit guter Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Bildung und Freizeit:

2. Wohnen in der Stadt mit Qualität

Offenbach soll wachsen, ohne seine Identität zu verlieren. Wir wollen dazu die Innenstadt weiter aufwerten:

Die Förderung der Fassadensanierung im Rahmen der Aktiven Innenstadt wollen wir ausweiten und mit weiteren städtischen Mitteln verstärken. Damit wollen wir zusammen mit dem neuen Bebauungsplan Innenstadt das Wohnumfeld in der Innenstadt verbessern und den Einkaufsstandort Innenstadt attraktiver gestalten. Ziele sind die Steuerung der Art der baulichen Nutzung im Innenstadtbereich, die Sicherung und Stärkung der Handels- und Dienstleistungsfunktion in der Innenstadt, die Umsetzung der Ziele des Zukunftskonzepts Innenstadt und die Umsetzung von Begrünungsmaßnahmen.

Wir setzen auf Umnutzung im Kern: Wir wollen überflüssige Büroflächen und mindergenutzte Flächen zu Wohnungen oder Co-Working-Flächen entwickeln. Leerstand wird systematisch in Wohnraum, Nachbarschaftsangebote und kleinteilige Gewerbenutzungen überführt – ggf. unterstützt durch eine Stadtentwicklungsgesellschaft – und eine digitale Flächendatenbank.

Wir setzen auf Verdichtung mit Augenmaß an geeigneten Standorten – insbesondere entlang der S-Bahn-Achsen, im Umfeld der Berliner Straße und in bereits gut angebundenen Lagen. Dazu werden ggf. Bebauungspläne angepasst.

Architektonische Qualität wollen wir durch Gestaltungswettbewerbe für Schlüsselprojekte erreichen. Neue Quartiere sollen funktional gemischt, architektonisch anspruchsvoll und ökologisch zukunftsfähig sein.

Grüner Wohnen: Wir wollen kleine „Umweltoasen“ innerhalb der Stadt schaffen mit besonderen Regeln der Rücksichtnahme (z.B. Rauchverboten). Grünzüge, Begrünungen, Baumprogramme, gestaltete Parks, gut gestaltete Stadträume wie Mainufer, Kaiserlei-Nordkap, Skaterparks und Urban Gardening gehören zum modernen, innerstädtischen Wohnen dazu.

Mit einem intelligenten Lichtkonzept (evtl. mit HfG-Zusammenarbeit) in der Innenstadt, durch beleuchtete Fassaden, einheitliche Straßenbeleuchtung tragen wir zu einer höheren Aufenthaltsqualität bei und erhöhen das Sicherheitsgefühl.

Gute Stadtentwicklung bedeutet nicht nur Neubau, sondern vor allem Sanierung und Aufwertung des Bestands. Wir wollen einen Offenbacher Sanierungsfonds auflegen, der nach dem Nürnberger Programm „Wohnen in Bestandsquartieren“ private Investitionen in die Modernisierung unterstützt.

Gemeinsam mit privaten Eigentümern wollen wir Programme zur Fassadenbegrünung, Dämmung, Energieberatung und zur Verbesserung des Wohnumfelds entwickeln. Ziel ist, graue und vernachlässigte Quartiere Schritt für Schritt in attraktive Stadtteile zu verwandeln. Grundsätzlich steht bei der Entwicklung neuer Flächen Konzeptqualität ganz oben.

Viertel mit Herausforderungen (wie Nordend, Mathildenviertel, südliche Innenstadt) gezielt über Kreativwirtschaft, studentisches Wohnen, Stadtteilprojekte stabilisieren.

Wir wollen innerstädtische Flächen mit erstklassiger Verkehrsanbindung wie am Mathildenplatz entwickeln und damit auch für eine gute soziale Mischung in der Innenstadt sorgen.

Wir wollen den bisherigen, unstrukturierten Raum zwischen südlicher Mittelseestraße und Hospitalstraße neu ordnen und zu Raum mit einer Mischung von Park und Parkhaus qualitativ aufwerten, um auch die Wohnqualität in der Umgebungsbebauung zu erhöhen.

Für die Große Hasenbachstraße in Offenbach starten wir einen Ideenwettbewerb, der das Ziel hat, den unterschätzten Straßenzug aufzuwerten.

Das Gebiet rund um den Hauptbahnhof wollen wir aufwerten und zu einem urbanen Wohn-, Bildungs- und Kulturquartier mit attraktiven Freiräumen entwickeln. Hier sollen Wohnen – auch studentisches Wohnen – mit Bildungseinrichtungen, kreativen Nutzungen und Dienstleistungen zusammenkommen – mit hoher Aufenthaltsqualität und guter Erreichbarkeit. Wir wollen mit Land, RMV und Bahn darauf hinarbeiten, dass der Hauptbahnhof eine vollwertige S-Bahn-Station wird und dem Bahnhof und seinem Umfeld dadurch wieder Bedeutung zukommt.

Am Kaiserlei setzen wir auf ein modernes Büroquartier mit hohem Grünanteil, qualitätsvoller Architektur und klarer Adressbildung. Die Schnittstelle zu Frankfurt („Eastside“) wollen wir nutzen, um Unternehmen und qualifizierte Arbeitsplätze anzuziehen.

Wir wollen den „Hafenpark Süd“ als gemischtes Stadtquartier für Freizeit und Gewerbe. Der Hafen soll weiter als attraktives Aushängeschild Offenbachs entwickelt werden, zugleich aber auch mehr Raum für Familien, Gastronomie und kleinteilige Gewerbe bieten.

Im Sinne einer qualitativ hochwertigen Nachverdichtung begrüßen wir die Pläne des „Wohnen am Ledermuseum“.

3. Aufgelockerte Wohnquartiere in den Stadtteilen

In den Stadtteilen wollen wir im Sinne des Masterplans qualitativ hochwertige, möglichst wenig verdichtete Quartiere schaffen. Die im Masterplan vorgesehenen neuen Baugebiete sind weiter zu realisieren. Dazu gehört vor allem Bieber Waldhof West mit rund 600 Wohneinheiten, weiterhin Bürgel Nord-West, Bürgel-Süd, Rumpenheim-Süd und Bieber am Waldeck.

Die Quartiers- und Stadtteilentwicklung ist fortzusetzen. Die gemeinsam mit den Bewohnern erarbeiteten Gestaltungssatzungen für Bieber und Bürgel sind anzuwenden und weiterzuentwickeln. Der Verfügungsfonds für Bieber und Bürgel soll erhalten bleiben, um bürgerschaftliche Projekte wie Sitzgelegenheiten oder Stadtteilstefte weiterhin zu unterstützen.

4. Wohnen für die vergessene Mittelschicht

Die bestehenden wohnungsbaupolitischen Rahmenbedingungen wollen wir überprüfen und die starre 30-Prozent-Regelung für sozialen Wohnungsbau streichen. Der Schwerpunkt soll künftig stärker auf Mittelstandswohnen und sozialer Durchmischung liegen. Die Freien Demokraten setzen sich in Offenbach gezielt für bezahlbaren Wohnraum auch jenseits der klassischen Wohnberechtigung ein („**preisgedämpfter Wohnraum für mittlere Einkommen** (Mittelstandswohnen)“). Wir wollen mehr Wohnungen im mittleren Segment, insbesondere für die Mitte der Gesellschaft, für die es immer schwieriger geworden ist, passenden Wohnraum in Offenbach zu finden. Viele Haushalte mit mittleren Einkommen geraten zunehmend zwischen Sozialwohnungen und frei finanzierten Neubauten unter Druck. Diese arbeitende Mitte der Stadtgesellschaft darf beim Wohnen nicht verdrängt werden. Deshalb wollen wir ein Fördermodell für das „Wohnen für die Mitte“ etablieren. Gefördert werden sollen Neubau, Aufstockungen und Umnutzungen mit Mieten unterhalb des Marktniveaus, aber oberhalb des sozialen Wohnungsbaus. Die Bindungen müssen zeitlich befristet sein und sich an realistischen Investitions- und Refinanzierungsbedingungen orientieren. Wo Bebauungspläne oder städtebauliche Verträge notwendig sind, streben wir eine klare Zielvorgabe für dieses Segment an.

5. Soziale Mischung statt soziale Spaltung

Wir wollen eine Stadt mit sozialer Mischung statt sozialer Spaltung. Unser Ziel ist eine ausgewogene soziale Mischung statt weiterer einseitiger Konzentration geförderten Wohnraums. Neue geförderte Wohnungen sollen vorrangig in gemischten Quartieren entstehen.

Innenstadtnahe Wohngebiete sollen schrittweise aus einseitigen Belegungsstrukturen herausgeführt werden, indem wir gezielt in Infrastruktur, Bildung, öffentliche Räume und Nutzungsmischung investieren. So schaffen wir Perspektiven statt Parallelwelten.

Von der Linken geforderte unbefristete Sozialbindungen lehnen wir daher ab, weil sie Neubau verhindern, Wohnraum dauerhaft blockieren und soziale Strukturen verfestigen. Stattdessen setzen wir auf befristete Bindungen von 15 bis 25 Jahren, die Investitionen ermöglichen und zugleich langfristig bezahlbaren Wohnraum für mittlere Einkommen schaffen.

Milieuschutzsatzungen lassen Wohnen auf einem Statusquo verharren statt es weiter zu entwickeln. Mietprelsbremsen bremsen keine Mieten, sondern den Wohnungsbau. Leerstandsregelungen sowie ein Ferienwohnungsvermietungsverbot verhindern keinen Leerstand, sondern schaffen Bürokratie und greifen übermäßig ins Wohneigentum ein.

Zentral ist für uns die Senkung der Baukosten. Schnelle und verbindliche Genehmigungsverfahren, und eine quartiersweise Planung statt kleinteiliger Einzelfallentscheidungen sollen Bauen in Offenbach wirtschaftlicher machen.

Eigentumsbildung wollen wir gezielt stärken, weil sie Eigenverantwortung fördert, Altersvorsorge ermöglicht und Quartiere stabilisiert. Städtische Flächen sollen vorrangig nach Konzeptqualität statt nach Höchstpreis vergeben werden. Baugemeinschaften, Genossenschaften und selbstgenutztes Eigentum sollen gute Rahmenbedingungen erhalten; Erbpacht kann dabei ein Instrument sein, darf aber kein Zwangsmodell werden.

Neben dem Neubau setzen wir auf die Aktivierung des Bestands. Dachaufstockungen, die Umnutzung leerstehender Büroflächen und die Sanierung einfacher Bestände sollen gezielt gefördert werden, um schnell zusätzlichen Wohnraum für mittlere Einkommen zu schaffen, ohne weitere Flächen zu versiegeln. Zusätzliche Sozialquoten im Bestand lehnen wir ab.

6. Genehmigungsprozesse optimieren

Das 2025 neu eingerichtete digitale Bauportal mit digitaler Bauakte, das gemeinsam mit vielen anderen hessischen Kommunen entwickelt wurde, hat die Verfahrensschritte transparenter gemacht und die Kommunikation sowohl zwischen Bauherrschaft und Behörde als auch bei den notwendigen Beteiligungsschritten innerhalb der Verwaltung stark vereinfacht. Diese können jetzt zeitgleich erfolgen. Seitdem beschleunigen sich die Genehmigungsprozesse bereits deutlich. Wir wollen das Portal nach einer gewissen Praxisphase überprüfen, auf neue Anforderungen ausrichten und weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine möglichst rasche Rückmeldung zu fehlenden oder unzureichenden Unterlagen, damit Baugenehmigungen innerhalb der Dreimonatsfrist erteilt werden können. Die Bauberatung im Baubüro wollen wir intensivieren, damit bereits vor Einreichung der Bauanträge die Möglichkeiten geklärt, Probleme ausgeräumt und Mängel beseitigt werden können. Wir setzen auf weitere Digitalisierung, klare Zuständigkeiten und schnelle Kommunikation bei notwendigen Ämterbeteiligungen im Genehmigungsprozess. Unsere Genehmigungsbehörden sollen ermöglichen statt blockieren.

Offenbach braucht schnelles Bauen und verlässliche Verfahren. Deshalb tagt unter Leitung von OB und Baudezernenten eine behördenübergreifende Genehmigungsrunde, in der komplexe Fälle lösungsorientiert behandelt und geklärt werden. Denn lange Planungs- und Genehmigungszeiten bremsen Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung. Die durch den „Bauturbo“ geschaffenen Spielräume und Erleichterungen wollen wir zügig umsetzen und ausschöpfen, indem wir einen verbindlichen Rahmen zur Beschlussfassung bringen, der standardisiert anzuwenden ist. Das schafft Planungssicherheit und beschleunigt Entscheidungen. Genehmigungsverfahren sollen künftig vollständig digital, medienbruchfrei und nachvollziehbar abgewickelt werden. Digitale Bauakten und transparente Verfahrensstände sparen Zeit und erhöhen die Verlässlichkeit. Die Verwaltung erhält politische Rückendeckung für zügige, rechtssichere Entscheidungen. Genehmigungszeiten werden künftig regelmäßig ausgewertet und veröffentlicht, um Verfahren kontinuierlich zu verbessern.

7. Innenstadt fördern

Innenstadt und Ortskerne werden konsequent zu gemischten Kultur-, Einkaufs- und Aufenthaltsorten weiterentwickelt – mit klaren Profilen für Plätze, Stadtfeste und Kulturformate. Offenbach versteht Kultur, Kreativwirtschaft und Sport als Standortfaktor: Von Station Mitte und Kulturkarree bis Sportpark am Main und Bewegungsangeboten im Quartier.

Das Zukunftskonzept Innenstadt ist verbindliche Grundlage für Handel, Stadtfeste, Kultur und Nutzungsmischung; „Kaufhaus Kosmopolis“, „Testraum-Allee“, Design-/Ausstellungszentrum. Das Innenstadtmanagement ist nach haneuer Vorbild weiter zu stärken. Wir unterstützen Pilotprojekte, die neue Nutzungsformen für leerstehende oder untergenutzte Immobilien ermöglichen. Temporäre Nutzungen von Ladenflächen und Immobilien sollen erleichtert werden, um Leerstände zu vermeiden und neue Impulse zu setzen.

Wilhelmsplatz, Marktplatz, Aliceplatz, Goetheplatz etc. als Treffpunkte und gastronomische Zonen mit Märkten, Events und Festen weiterentwickeln.

Kultur als Kreativmotor: HfG, Designpark, Nutzung Hauptbahnhof, kulturelle und kulinarische Viertel („Little Italy“, „Souk“).

Station Mitte ist das zentrale Leuchtturmprojekt für eine moderne, liberale Stadtentwicklung in Offenbach. Das ehemalige Kaufhof-Gebäude soll schnell und mutig zu einem neuen Zentrum für Bildung, Kultur, Handel und Begegnung entwickelt werden. Hier sollen Bibliothek, Gastronomie, Co-Working, Veranstaltungen und zivilgesellschaftliche Angebote unter einem Dach zusammenkommen. Station Mitte soll zu einem Haus der Stadtgesellschaft werden – offen, flexibel, urban. Bei der Nachnutzung des Bücherturms streben wir eine wirtschaftliche, aber möglichst der Öffentlichkeit zumindest teilweise zugängliche Nutzung an.

Wir wollen einen Think Corner Wissenschaft nach Vorbild Helsinki etablieren, gemeinsam mit der Hochschule für Gestaltung, der Universität Frankfurt und weiteren Partnern. Offenbach wird so zum Labor für Ideen, Innovation und gelebte Freiheit im urbanen Raum.

8. Freiheit für die Stadtentwicklung statt Überregulierung

Dafür werden im Bestand gezielt prioritäre Entsiegelungsflächen wie Plätze, Höfe und Parkflächen definiert und dort umgesetzt, wo sie Aufenthaltsqualität, Nutzung und Stadtklima spürbar verbessern. Eine strategische Bodenbevorratung erfolgt nur dort, wo sie Entwicklung tatsächlich beschleunigt – etwa am Bahnhof, im Hafen oder in ausgewählten Schlüsselarealen – und private Investitionen sonst blockiert wären; sie ist zeitlich begrenzt, zielgerichtet und wirtschaftlich auszugestalten. Klimaanpassung wird als Standard in neuen Bebauungsplänen verankert, jedoch technologieoffen und mit Wahlfreiheit bei der Umsetzung, etwa über Dächer, Höfe oder Fassaden. Ergänzend entwickelt Offenbach ein stadtplanerisches Hitzeschutzkonzept mit prioritären Maßnahmen an hoch frequentierten Orten wie der Innenstadt, auf Schulwegen und auf zentralen Plätzen. Stadtplanung berücksichtigt Sicherheitsaspekte konsequent – durch gute Beleuchtung, klare Sichtachsen und eine sinnvolle Nutzungsdurchmischung –, ohne ideologische Etiketten, sondern mit Fokus auf Alltagstauglichkeit. Bei städtebaulich relevanten Großprojekten werden qualitative Kriterien wie Nutzungsmischung, Gestaltung und Einbindung ins Quartier stärker gewichtet, ohne Eigentumsrechte auszuhebeln oder Investitionen zu erschweren. Bebauungspläne sollen Nutzungsmischung ermöglichen und fördern, nicht verhindern; eine starre Trennung von Wohnen und Arbeiten wird abgebaut, eine dogmatische Durchmischung jedoch ausdrücklich abgelehnt. Zusätzliche kommunale Nachhaltigkeitsstandards über die gesetzlichen Anforderungen hinaus lehnen wir ab. In neuen Quartieren wird – wie bisher schon – soziale Infrastruktur frühzeitig mitgeplant, um spätere Nachrüstkosten und Nutzungskonflikte zu vermeiden. Öffentliche Räume sollen frei nutzbar bleiben – ohne Konsumzwang, aber mit klaren Regeln für Ordnung und Sauberkeit. Neue Quartiere sollen perspektivisch klimaneutral betrieben werden können, durch effiziente Netze, Abwärmenutzung und Fernwärme, nicht

durch Bauverbote oder Überregulierung. Grün-, Wasser- und Freiräume werden stärker vernetzt geplant, um Klimaeffekte zu verbessern, Aufenthaltsqualität zu erhöhen und Pflegekosten zu senken. Umbau und Weiterentwicklung des Bestands haben Vorrang, weil sie oft schneller, günstiger und nachhaltiger sind als Neubau, bleiben aber kein Dogma. Transparente Stadtentwicklungsberichte mit Kennzahlen zu Genehmigungsdauer, Wohnungsbau, Entsiegelung und Investitionen stärken Steuerung, Verlässlichkeit und Vertrauen.

9. Öffentliche Räume, Sauberkeit und Sicherheit

Freiräume schaffen, statt verbauen: Wir wollen Plätze und Höfe durch kleine urbane Parks, Pocket Parks und temporäre Nutzungen leerer Flächen aufwerten. Mobile Begrünung – nach Vorbild von Wien – sollen Aufenthaltsqualität schnell und sichtbar verbessern.

Wir setzen – wo möglich, etwa bei neuen Wohnprojekten – auf unterirdische Müllcontainer in Neubaugebieten und stark belasteten Quartieren, um das Stadtbild zu verbessern und Müllprobleme zu reduzieren. Wichtig ist, dass ausreichende Entsorgungskapazitäten gegeben sind und dies vom ESO regelmäßig überprüft wird.

Wir wollen private Initiativen und Patenschaften zur Stadtsauberkeit unterstützen, die mit der Stadtpolizei und dem Ordnungsamt Kooperationen eingehen, um sichtbare Verschmutzungen schneller zu beseitigen. Den Mängelmelder wollen wir intensiv bewerben.

Mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum ist aber eine Aufgabe, die eine Gesamtstrategie aus vielen unterschiedlichen Ansätzen erfordert. Dazu gehören auch Information, Aufklärung und frühe Erziehungsarbeit in Kitas und Schulen. Die regelmäßigen Reinigungsaktionen tragen dazu bei und würdigen gleichzeitig Bürgerengagement. Zugleich sind dauerhafte und intensive Information und Aufklärung im Öffentlichen Raum oder in den Liegenschaften über die hier geltenden Regeln wichtig, denn es handelt sich auch um eine Integrationsaufgabe bei großer Bevölkerungsfluktuation.

Mehr Sicherheit und Sauberkeit sind zentrale Voraussetzungen für eine attraktive Innenstadt. Wir fordern eine verstärkte Präsenz von Stadt- und Landespolizei im Innenstadtbereich, mehr Fahrradstreifen im gesamten Stadtgebiet und ein konsequentes Vorgehen gegen Vermüllung und Ordnungsstörungen. Hierfür wollen wir die Müllermittler stärken und ggf. personell aufstocken. Dadurch erreichen wir eine konsequente Null-Toleranz-Strategie und die konsequente Durchsetzung des Bußgeldkatalogs, der einer der härtesten Bußgeldkataloge deutschlandweit ist.

10. Digitale und smarte Stadt

Offenbach soll zur Smart City im „Greater Frankfurt“-Raum werden. Wir wollen Erfahrungen aus Städten wie Helsinki auswerten und für Offenbach adaptieren – etwa beim Einsatz digitaler Daten für Verkehr, Energie und Stadtplanung.

Die Digitale Innenstadt umfasst kostenfreies WLAN, digitale Infoscreens, intelligente Beleuchtung, digital gesteuerte Abfalleimer und umfassende digitale Services für Bürgerinnen und Bürger sowie den Handel. So wird das Zentrum moderner, nutzerfreundlicher und attraktiver für Besucherinnen und Besucher. Die Innenstadt soll als moderner Aufenthalts-, Erlebnis- und Begegnungsraum weiterentwickelt werden, in dem digitale Angebote den Aufenthalt erleichtern und aufwerten.

Wir wollen die Smart-City-Strategie nutzen, um Lärm- und Umweltbelastungen – etwa durch Fluglärm und innerstädtischen Verkehr – besser zu erfassen und gezielt zu mindern. Moderne Technologie soll helfen, Lebensqualität zu erhöhen, nicht neue Hürden aufzubauen.

11. Den Main stärker in das Stadtleben integrieren

Anders als in anderen Städten, ist der Main stärker vom Stadtleben abgekoppelt. Die Freien Demokraten wollen das Erleben am Fluss weiter stärken und das Mainufer stärker als Freizeitachse entwickeln, indem

- der Mainuferparkplatz teilweise in ein Parkhaus kombiniert z. B. mit Wohnen oder kulturellen Nutzungen überbaut wird und teilweise in eine parkähnliche Anlage überführt wird. Dabei sind Bestimmungen des Hochwasserschutzes zu berücksichtigen.
- eine Mainmeile, eine Gastro- und Kulturmeile, nach dem Vorbild des Rheinufer in Düsseldorf geschaffen wird.
- mehr Sportflächen (festinstallierte Fitnessgeräte) und temporäre Sport- und Spielflächen nach Wiener Vorbild integriert werden.
- kontrolliertes Flussbaden nach Baseler Vorbild angestrebt wird.

12. Kleingartenkultur

Die FDP steht für den Schutz der Kleingartenkultur als Teil einer lebenswerten Stadt. Eingriffe dürfen nur bei nachvollziehbarem öffentlichen Interesse erfolgen. In diesen Fällen müssen – soweit möglich – Ausgleichs- und Ersatzangebote geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Kleingärtner gerecht werden.

13. Hafen

Der Hafen ist ein zentraler Entwicklungsraum für Offenbach.

- Den Hafenpark an der Hafenspitze wollen wir zügig in Angriff nehmen, um der Stadt ein neues Kleinod zu beschenken.
- Mit baulichen Maßnahmen und Kontrolle soll die Nutzung der Hafeninsel für Poser mit dem Auto erschwert werden
- Die Ausschreibung der Hafenmarina begrüßen wir, sie kann ein neues, attraktives Asset der Stadtentwicklung werden. Entscheidungen zur Hafenmarina müssen transparent, wirtschaftlich tragfähig und mit Blick auf den Nutzen für die Stadt insgesamt getroffen werden.

2. Verkehr

Offenbach braucht eine Verkehrspolitik, die Mobilität ermöglicht statt behindert, die Innenstadt erreichbar hält und gleichzeitig Umwelt, Sicherheit und Lebensqualität verbessert. Mobilität ist für die Freien Demokraten eine Frage der Freiheit – diese Freiheit soll durch kluge Organisation gestärkt, nicht durch starre Ideologie eingeschränkt werden. Eine ideologiegetriebene Verkehrsumerziehung lehnen wir ab. Mobilitätspolitik muss funktionieren – für Pendler, Familien, Senioren und Gewerbe

A. Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Unser Ziel ist ein leistungsfähiges, zuverlässiges und modernes Verkehrssystem für Offenbach, das Auto, ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr sinnvoll miteinander verknüpft. Mobilität muss für Familien, Pendler, Gewerbetreibende, Handel und Gastronomie bezahlbar, planbar und alltagstauglich sein.

Als Stadt im Herzen der Metropolregion bleibt Offenbach auf einen verlässlichen, verflüssigten Autoverkehr angewiesen, ohne dabei andere Verkehrsmittel zu benachteiligen. Deshalb setzen wir auf ein bewusstes Sowohl-als-auch: Umweltfreundliche Mobilität soll attraktiv und einfach sein, zugleich dürfen diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind, nicht zur Zielscheibe symbolpolitischer Maßnahmen werden.

Unsere Leitlinie lautet: Verkehr intelligent steuern statt verdrängen. Eine freie Stadt braucht freie Wege – gut organisiert, digital unterstützt und so gestaltet, dass Offenbach auch in Zukunft erreichbar, lebenswert und wirtschaftlich stark bleibt.

Wir wollen das gleichberechtigte Nebeneinander aller Verkehrsmittel und Fortschreibung eines Masterplans Verkehr bis 2035. Mobilität in Offenbach richtet sich am Leitbild einer „Stadt der kurzen Wege“ aus: Sicher zu Fuß und mit dem Rad, gut erschlossen mit Bus und Bahn – und für Anwohner und Kunden weiterhin mit dem Auto erreichbar.

Digitale Lösungen (Smart City, Verkehrssteuerung, Parkraummanagement) machen Verkehr effizienter, klimafreundlicher und für die Teilnehmer bequemer nutzbar.

B. Situation: Wo wir stehen

Offenbach steht verkehrlich an einem Wendepunkt. In den vergangenen Jahren wurden spürbare Fortschritte erzielt: Der ÖPNV wurde konsolidiert, trotz nur geringfügiger Angebotseinschränkungen stiegen die Nutzerzahlen um rund ein Drittel in fünf Jahren. Die Busflotte ist zu einem guten Teil elektrifiziert, Busse profitieren von Vorrangschaltungen, sinnvolle Fahrradachsen und die Freigabe vieler Einbahnstraßen und der Fußgängerzone für den Radverkehr haben die Bedingungen für umweltfreundliche Mobilität verbessert. Dennoch bleibt der Öffentliche Nahverkehr in der „Weltregion“ Frankfurt/Offenbach nicht metropolenfähig.

Mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur und der Schaffung von Carsharing-Stellplätzen wurden wichtige Bausteine einer modernen, vernetzten Mobilität gelegt. Der Umbau des Kaiserlei-Kreisels und die Verkehrsberuhigung am Wilhelmsplatz zeigen, dass gezielte Infrastrukturmaßnahmen Verkehr flüssiger machen und zugleich die städtebauliche Qualität erhöhen können.

Gleichzeitig bleibt der Handlungsdruck hoch. Viele Straßen, Rad- und Gehwege befinden sich in keinem guten Zustand, gefährliche Abschnitte – etwa im Bereich des Rings – beeinträchtigen die Verkehrssicherheit. Dauerbaustellen bremsen den Verkehrsfluss aus,

gewerbliche Anhänger breiten sich in Wohngebieten aus. Stauschwerpunkte wie der Ortseingang Taunusring oder der Knoten Berliner Straße/Kaiserstraße belasten Anwohner, Umwelt und Wirtschaft. Die Anschlussfähigkeit des ÖPNV an die S-Bahn ist lückenhaft, das Angebot für viele Nutzergruppen nicht attraktiv genug. Park + Ride-Angebote fehlen ebenso wie ein wirksames Parkleitsystem, und die Verlängerung der B 448 ist weiterhin nicht umgesetzt.

Offenbach braucht daher eine verkehrspolitische Neuausrichtung hin zu Pragmatismus, Effizienz und Modernität. Eine faktische „Politik gegen das Auto“ gefährdet Erreichbarkeit, wirtschaftliche Funktionsfähigkeit und Alltagstauglichkeit der Stadt. Die Chancen liegen in intelligentem Verkehrsmanagement, gezielter Sanierung, digitalen Steuerungsinstrumenten und durchdachten Parkraumkonzepten – insbesondere in Stadtteilen wie Bürgel und Bieber. Die Risiken entstehen, wenn Investitionen ausbleiben, Projekte verschleppt werden und die Infrastruktur weiter verfällt: Dann steigen Staus, Belastungen und am Ende die Standortnachteile für Offenbach.

C. Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben in Regierungsverantwortung und mit dem Verkehrsdezernat wesentliche Grundlagen für eine moderne, multimodale Mobilität gelegt.

- **Ausbau der Ladeinfrastruktur:** Im gesamten Stadtgebiet wurde und wird ein Netz öffentlicher Ladesäulen geschaffen, mit besonderem Fokus auf dicht bebaute Quartiere mit wenig privaten Stellplätzen. Die Zahl der Standorte und Ladepunkte wird kontinuierlich erhöht, weitere Standorte sind in Planung oder Umsetzung.
- **Carsharing-Plätze geschaffen:** Die Offenbacher Freien Demokraten haben auf Landesebene ein Gesetz für stationäres Carsharing initiiert, das Offenbach Carsharing-Stellplätze ermöglichte, die den Umstieg auf geteilte Fahrzeuge erleichterte. So wird eine Alternative zum eigenen Auto geschaffen, ohne Mobilität einzuschränken.
- **ÖPNV konsolidiert und Mindestangebot gesichert:** Trotz angespannter Haushaltslage wurde ein verlässliches Mindestangebot im ÖPNV beibehalten. Die Nutzung erreicht Rekordwerte, auch dank Jobticket- und Deutschlandticket-Regelungen.
- **Elektrifizierung und Bevorrechtigung des Busverkehrs:** Die Busflotte wurde weitgehend elektrifiziert, Vorrangschaltungen an Ampeln verbessern Reisezeiten und Zuverlässigkeit.
- **Verkehrsberuhigung und Parkraum:** Das Parkhaus am ehemaligen Toys“R“Us wurde übernommen, um kostengünstiges Parken innenstadtnah zu ermöglichen. Die Umfahrung des Wilhelmsplatzes wurde mit Pollern gesperrt, um den Platz zu beruhigen und seine Aufenthaltsqualität zu steigern.
- **Investitionsrahmen verteidigt:** Das Pauschalbudget für Straßen-, Gehweg- und Radwegebau konnte weitgehend gesichert werden – trotz erheblicher finanzieller Zwänge.
- **B 448 und Verkehrsplanung:** Für die B 448 wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt, ein Bebauungsplan auf den Weg gebracht und eine Zielabweichung im Regionalen Flächennutzungsplan beschlossen – als Basis für eine künftige Entlastung der Innenstadt.
- **Verkehrsentwicklungsplan 2035:** Mit dem VEP 2035 liegt eine strategische Grundlage für die Entwicklung aller Verkehrsarten vor.
- **Hauptbahnhof als Mobilitätsdrehscheibe:** Der Hauptbahnhof soll aufgewertet und barrierefrei umgebaut werden; seine Entwicklung zu einer leistungsfähigen Mobilitätsdrehscheibe ist initiiert.

Diese Schritte zeigen: Offenbach hat begonnen, Mobilität als vernetztes System zu denken – vom Auto über Bus und Bahn bis hin zu Rad- und Fußverkehr.

D. Was wir tun wollen

1. Verkehrsfluss sichern – intelligentes Verkehrsmanagement:

Unser Ziel ist ein flüssiger, berechenbarer Verkehr auf den Hauptachsen, um Staus, Emissionen und Ausweichverkehre in Wohngebiete zu reduzieren.

- **Sofortprogramm „Verkehrsfluss 24“:** Weitere Optimierung von Ampelschaltungen, grünen Wellen und Busbevorrechtigungen, um Reisezeiten auf den Hauptstrecken spürbar zu senken.
- **Urban Traffic Management:** Weiterentwicklung des digitalen Verkehrsmanagements mit Monitoring-Dashboard, das Echtzeitdaten zu Stau, Reisezeiten und Emissionen nutzt und Ampeln dynamisch steuert und mit Bussen, Autos und anderen Verkehrsträgern verknüpft.
- **Engpassbeseitigung:** Systematische Analyse und Beseitigung von Stauschwerpunkten, etwa im Bereich Berliner Straße/Kaiserstraße, durch gezielte Umbauten, Spuraufteilungen und optimierte Abbiegebeziehungen.
- **Baustellenmanagement:** Besser koordinierte, zeitlich begrenzte Baustellen, um Dauerstaus zu vermeiden, Transparenz zu schaffen und die Akzeptanz notwendiger Bauarbeiten zu erhöhen.

2. Parkraum, P+R und kluge Anreize

Gute Mobilität braucht klare Parkraumstrategien, die Innenstadt und Stadtteile entlasten und Alternativen attraktiv machen. Es gilt der Grundsatz: Kein ersatzloser Verlust von Parkraum. Die Anzahl neu zugelassener KFZ in Offenbach nimmt jährlich zu. Der ersatzlose Wegfall von Parkraum ignoriert die Lebensrealität in Offenbach.

- **Autoerreichbarkeit der Innenstadt sichern:** Parkkosten-Rückvergütungssystem bei Innenstadteinkäufen, Quartiersparken, digitales Parkraummanagement.
- **Konzept „Park + Ride Offenbach“:** Aufbau von mindestens drei P+R-Standorten an S-Bahn- oder Autobahnzugängen mit günstigen Tarifen und integrierter ÖPNV-Anbindung. Ziel ist, dass ein spürbarer Teil der Einpendler bereits vor der Innenstadt auf Bahn oder Bus umsteigt.
- **Digitales Parkraummanagement:** Modernisierung und Erweiterung Parkleitsystems mit Echtzeitinformationen zu freien Plätzen in Parkhäusern und auf größeren Parkflächen; flexible Tarife sollen Auslastung steuern und Parksuchverkehr reduzieren. **(Smart City Lösungen)**
- **Kluge Parkkonzepte für Bürgel und Bieber:** Entwicklung innovativer Lösungen wie Quartiersgaragen, klar geregeltes Bewohnerparken und ergänzende P+R-Angebote, um Wohnstraßen vom Parkdruck zu entlasten. Der ersatzlose Wegfall von Parkraum in Bieber und Bürgel ist für uns ausgeschlossen.
- **Anreize statt Strafen:** Wer nicht mit dem Auto in die City fährt, soll profitieren – etwa durch Kombinationen aus vergünstigten ÖPNV-Tickets, P+R-Angeboten, sicheren Fahrradabstellanlagen und Sharing-Lösungen.
- **Carsharing weiter ausbauen:** Bei Bebauungsplänen, in Verhandlungen mit Investoren und bei der Stadtentwicklung legen wir ein Augenmerk auf die Erweiterung von Carsharing-Modellen. **(Standortungebundenes Carsharing, Free-floating)**

3. ÖPNV stärken, Straßenbahn voranbringen

Ein starker ÖPNV ist das Rückgrat der Mobilität in der Metropolregion. Die Freien Demokraten stehen für qualitative Verbesserungen. Dem gegenüber steht die Idee eines kostenfreien Öffentlichen Nahverkehrs. Diese lehnen Freie Demokraten ab.

Wir setzen uns für die Verlängerung der Linie 16 ein, um Offenbach besser an die Straßenbahnnetze der Umgebung anzubinden und attraktive Direktverbindungen zu schaffen. Hierfür sind bei Straßenumbauten wie am Goethering entsprechende räumliche Optionen vorzusehen. Auch die Südtangente, eine bessere Anbindung des Hafens unterstützen wir.

Der ÖPNV soll moderat, aber gezielt ausgebaut werden: Wir bekennen uns zu einem guten Nahverkehr mit klarer Kosten- und Nutzenorientierung. Angebotsausweitungen erfolgen dort, wo nachweislich Bedarf besteht und zusätzliche Fahrgäste gewonnen werden können; Prestigeprojekte ohne erkennbaren Mehrwert lehnen wir ab.

Die Freien Demokraten verfolgen das Ziel, den RMV zu einer weiteren S-Bahn-Station Mühlheimer Straße / An den Eichen zu bewegen.

4. Sichere Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr

Wer zu Fuß geht oder Rad fährt, soll sich sicher fühlen – auf Schulwegen ebenso wie im Berufsverkehr.

Die Freien Demokraten wollen das bestehende Radnetz weiter optimieren, aber nicht grenzenlos ausbauen. Wir sprechen uns für ein Moratorium beim weiteren Ausbau neuer Radverkehrsachsen aus und wollen die bestehenden Fahrradstraßen kritisch überprüfen – insbesondere dort, wo sie zu Konflikten oder unnötigen Einschränkungen führen.

- **Sicherheit erhöhen:** Gefährliche Abschnitte für Radfahrende und Fußgänger werden systematisch entschärft – etwa durch baulich getrennte Radwege, Querungshilfen und gezielte Geschwindigkeitsreduzierungen.
- **Tempo 30 in Wohngebieten:** Wohnstraßen werden als Lebensräume verstanden; Tempo 30 soll dort Regel sein, wo dies Sicherheit und Lebensqualität deutlich verbessert.
- **Sanierungsprogramm für Wege:** Ein gezieltes Programm zur Instandsetzung von Rad- und Gehwegen sorgt dafür, dass Schlaglöcher, Stolperstellen und unklare Markierungen zügig beseitigt werden.
- **Radverkehr kontrollieren:** Es gibt verkehrsträgertypische Verkehrsverstöße. Daher bedarf auch der Radverkehr der Kontrolle. Die Fahrradstaffel der Ordnungspolizei soll dahingehend ausgerichtet und gestärkt werden.
- Die Freien Demokraten begrüßen die **Idee von Radschnellwegen**. Sie dürfen aber nicht zum Verlust von Parkplätzen und neuen Staus führen.

5. Güterverkehr, neue Quartiere und Zukunftsmobilität

Verkehrspolitik endet nicht bei Pkw und Bus.

- **Güterverkehr neu denken:** Mikro-Hubs, also kleine zentrale Umschlagpunkte für den Lieferverkehr, sollen Verkehre nach Münchner Beispiel bündeln. Die „letzte Meile“ kann verstärkt durch Lastenräder oder kleine E-Fahrzeuge erfolgen. Damit könnte die Innenstadt von unnötigen Fahrten entlastet werden. Das verhindert Staus und Verzögerungen durch Lieferverkehr in engen Straßen.
- **Intelligente Erschließung neuer Quartiere:** Neue Wohn-, Arbeits- und Schulstandorte wie der Inno-Campus, neue Wohngebiete oder das HBF-Quartier

werden von Beginn an mit guten ÖPNV-, Rad- und Fußwegen geplant, um zusätzliche Verkehre intelligent zu lenken statt neue Engpässe zu erzeugen.

- **B 448-Verlängerung vorantreiben:** Die Verlängerung der B 448 bleibt ein zentrales Projekt zur Entlastung der Innenstadt bzw. des Offenbacher Ostens. Planungen sollen mit Nachdruck weitergeführt und Fördermöglichkeiten konsequent genutzt werden.

Offenbachs Mobilität der Zukunft soll auf Vernunft statt Verboten, auf Intelligenz statt Ideologie und auf einem klaren Ziel beruhen: eine Stadt, in der Menschen gut ankommen – unabhängig davon, wie sie unterwegs sind.

6. Straßen und Wege sanieren

- Straßen und Wege in Offenbach sind in einem schlechten Zustand, der unumstritten einer Verbesserung bedarf. Dies hat Vorrang gegenüber neuen Fahrradwegen.
- Ziel ist das Budget für Sanierung von Straßen und Gehwegen in kommender Legislaturperiode um am Ende mindestens 3 Millionen Euro zu erhöhen
- Wir entwickeln ein **kommunales Fußverkehrskonzept**, das Gehwege, Querungen, Aufenthaltsqualität und Barrierefreiheit systematisch erfasst und priorisiert.
- Die wichtigsten Fußwege zu **Schulen, Kitas, Ärzten, Haltestellen und Einkaufsbereichen** werden bis 2030 barrierefrei, sicher und gut beleuchtet ausgebaut.
- **Gefährliche Querungspunkte** an Hauptachsen (Ring, Berliner Straße, Kaiserstraße u. a.) werden systematisch identifiziert und entschärft (Mittelinseln, Ampelanpassungen, Zebrastreifen, Beleuchtung).
- **Gehwegparken an neuralgischen Stellen** wird konsequent unterbunden – verbunden mit alternativen Quartierslösungen wie Anwohnerparken und Quartiersgaragen.
- Wir führen einen **Bericht zur Gehwegqualität und Barrierefreiheit** ein (Zustand, Investitionen, Fortschritt).
- Öffentliche Räume werden konsequent **sitzfreundlich, schattig und altersgerecht** gestaltet (Bänke, Trinkwasser, Beleuchtung).

3. Wirtschaft

Offenbach soll sich als dynamischer, unternehmerfreundlicher Wirtschaftsstandort im Osten Frankfurts etablieren, der Gründungen, Innovation und solides Handwerk gleichermaßen stärkt. Wirtschaftspolitik wird als Standort- und Freiheitsaufgabe verstanden: Die Stadt schafft verlässliche Rahmenbedingungen, reduziert Hürden und betrachtet Unternehmen als Partner, nicht als Bittsteller.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Ziel der Freien Demokraten ist ein wirtschaftlich starkes Offenbach, das sich durch kurze Wege, schnelle Entscheidungen, gezielte Flächenentwicklung und attraktive steuerliche Rahmenbedingungen von seinen Nachbarn positiv abhebt. Offenbach soll Gründerstadt, Designstadt und Produktionsstandort zugleich sein – ein Ort, an dem Industrie, Handwerk, Dienstleistungen, Kreativwirtschaft und digitale Ökonomie nebeneinander wachsen können.

Dazu braucht es eine Wirtschaftspolitik, die auf drei Säulen ruht: schlanke Bürokratie, wettbewerbsfähige Steuern und aktive Flächen- und Clusterpolitik. Die Stadt muss Gründungen erleichtern, innovative Branchen wie KI, digitale Wirtschaft und Rechenzentren anziehen und gleichzeitig dem Handwerk bezahlbare Flächen, faire Vergabe und gute Erreichbarkeit sichern. Mit der Hochschule für Gestaltung (HfG), dem Titel „World Design Capital 2026“ und einer vielfältigen, internationalen Stadtgesellschaft hat Offenbach beste Voraussetzungen, sich als kreatives, urbanes Gegengewicht zu Frankfurt zu positionieren.

Situation: Wo wir stehen

Offenbach wird zunehmend als attraktiver Wirtschaftsstandort wahrgenommen. Die Stadt profitiert von ihrer Lage in der Metropolregion. Die Stadtspitze engagiert sich persönlich für Unternehmensansiedlungen – ein starkes Signal an Investoren. Der Erfolg dieser Strategie ist messbar: **2023 wuchs die Wirtschaftsleistung Offenbachs nominal um 9,3 Prozent** und damit deutlich stärker als im hessischen Durchschnitt (**6,7 Prozent**). Gleichzeitig erreichte die Zahl der Arbeitsplätze den **höchsten Stand seit über 50 Jahren**.

Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich dynamisch. **2024 lag der Beschäftigungszuwachs bei 5,9 Prozent** – der höchste Wert in Hessen und deutlich vor Frankfurt. Auf Fünfjahressicht (2019–2024) stieg die Beschäftigung um **8,9 Prozent**, während Hessen insgesamt **4,6 Prozent** und Deutschland **4,2 Prozent** erreichten. Zudem zählt Offenbach inzwischen zu den Kommunen mit den **stärksten Zuwächsen bei den Gewerbesteuerereinnahmen** in Hessen, was die wachsende wirtschaftliche Substanz unterstreicht.

Die Gründungsintensität ist überdurchschnittlich. Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) bescheinigte Offenbach 2022 erneut einen Spitzenplatz bei den Gründungszahlen: Mit einem **NUI-Wert von 182,9** belegte die Stadt **Rang 13** unter 401 Landkreisen, Kreisen und kreisfreien Städten. Zum Vergleich: Wiesbaden lag auf Rang 56, Frankfurt am Main auf Rang 92 und Darmstadt auf Rang 254. Auch wenn nicht jede Gründung langfristig erfolgreich ist, entsteht so ein zunehmend tragfähiges Start-up-Milieu.

Mit der Hochschule für Gestaltung, dem Titel „**World Design Capital Frankfurt RheinMain 2026**“ und einer wachsenden Konzentration innovativer Unternehmen – von Automotive und Biotechnologie bis hin zu Rechenzentren und Digitalwirtschaft – hat sich Offenbach als junger, kreativer Wirtschaftsstandort positioniert. Der entstehende **INNO-**

Campus bietet die Chance, ein leistungsfähiges Cluster für Technologie, Design und urbane Produktion zu etablieren.

Der wirtschaftliche Aufschwung spiegelt sich auch in der Bevölkerungsentwicklung wider: Zwischen **2019 und 2024 wuchs Offenbach um knapp zwei Prozent**, während die Einwohnerzahl in Hessen insgesamt stagnierte.

Gleichzeitig bremsen strukturelle Defizite die weitere Entwicklung. Flächen für Neuansiedlungen und Erweiterungen sind knapp, Eigentumsverhältnisse oft zersplittert, und eine fehlende strategische Priorisierung verlangsamt Investitionen. Die Wirtschaftsförderung ist personell unterbesetzt, was die aktive Betreuung von Investoren erschwert. Hinzu kommt eine hohe Steuerlast, insbesondere bei Gewerbe- und Grundsteuer, die Offenbach im Vergleich zu Nachbarstädten unattraktiver macht.

Auch der Einzelhandel leidet weiterhin unter strukturellen Schwächen. Hohe Mieten, ein unausgewogener Branchenmix und geringe Kooperationsbereitschaft einzelner Immobilieneigentümer erschweren die Revitalisierung der Innenstadt. Das Stadtmarketing bleibt zu zurückhaltend und nutzt das positive Momentum der vergangenen Jahre – Hochschule für Gestaltung, World Design Capital, internationale Kulinarik und erfolgreiche Ansiedlungen – noch zu wenig zur klaren Profilierung Offenbachs.

Die Chancen liegen dennoch klar auf dem Tisch: eine strategische Entwicklung der INNO-Flächen, gezielte Clusterbildung, die aktive Vermarktung von Zukunftsbranchen, die Stärkung von Gründerökosystemen sowie eine offensive Standortkommunikation, die Offenbach als innovatives, urbanes Gegengewicht zu Frankfurt positioniert. Risiken bestehen vor allem darin, dass wirtschaftliches Wachstum durch Flächenmangel, Überregulierung und hohe Abgaben ausgebremst wird und Investitionen sowie Arbeitsplätze an Nachbarkommunen verloren gehen.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben in Regierungsverantwortung zentrale Impulse für Offenbach als Wirtschaftsstandort gesetzt.

- **Erstmals seit Jahrzehnten konnten deutlich mehr Unternehmen angesiedelt werden als den Standort verlassen haben. So stärken die** erfolgreiche Ansiedlung von Lorenz Snackworld, Samson und BioSpring den industriellen Kern und zeigen, dass Offenbach für Produktions- und Gewerbebetriebe attraktiv ist. Auch Unternehmen wie BYD und **Pan Dacom im Hafen sind Beweis der neuen Attraktivität als Büro- und** Technologiestandort. Mit der neuen Deutschlandzentrale von Danfoss im Kaiserlei-Gebiet bekennt sich ein international agierendes Technologieunternehmen zum Standort Offenbach.
- **Gute Wirtschaftsförderung** zeigt sich auch in der Betreuung von Unternehmen am Standort. Vor diesem Hintergrund ist vor allem der Verbleib der VDE ein großer Erfolg.
- **INNO-Campus entwickelt:** Mit dem INNO-Campus entsteht ein neuer Standort für technologieorientierte Unternehmen, Start-ups und wissensintensive Dienstleistungen, der die Nähe zur HfG nutzt und Clusterbildung ermöglicht.

- **Rechenzentren:** Mehrere Rechenzentren haben sich angesiedelt oder erweitert; sie sichern Wertschöpfung, digitale Infrastruktur und eröffnen Perspektiven für Abwärmenutzung in der Wärme- und Umweltpolitik.

Diese Projekte zeigen: Offenbach kann große, innovative Unternehmen anziehen, wenn Flächen, Infrastruktur und politische Unterstützung zusammenpassen.

Was wir tun wollen

1. Flächenstrategie und INNO-Campus

Offenbach braucht eine aktive, langfristige Flächenpolitik.

- **Flächenmanagement Offenbach:** Einführung eines aktiven Flächenmanagements mit klar kartierten Prioritätsarealen (INNO-Campus, Hafen, Eastside, Kaiserlei) und strategischer Bodenbevorratung. Brachflächen sollen aktiviert, Nachverdichtungspotenziale genutzt und zersplitterte Eigentumsverhältnisse aktiv geordnet werden, um für Neuansiedlungen und Erweiterungen handlungsfähig zu bleiben. Im Kaiserlei sind etliche lukrative Flächen durch unsanierte Altlasten blockiert. Die zügige Sanierung dieser Altlasten wäre eine Maßnahme zur Schaffung von mehr Flächen.
- **Masterplan Wirtschaft und Flächen:** Erstellung eines Masterplans, der Flächenentwicklung, Infrastruktur, Verkehrsanbindung und Vermarktung bündelt. Er soll Zeitgarantien für Baugenehmigungen, klare Entwicklungsziele für Schlüsselstandorte und eine koordinierte Vermarktungsstrategie enthalten.
- **Innovations-Cluster:** Es wird mit Wirtschaft und HfG eine Strategie entwickelt, die Digitalwirtschaft, Automotive/Smart Mobility und KI verknüpft. Vorbild sind Hochschul- und Innovationscluster, in denen Gründung, Forschung und Unternehmen eng verzahnt sind. Rechenzentren bieten die Chance, neue Unternehmen vor allem aus dem Bereich IT anzusiedeln und darbenende Gewerbegebiete wie Offenbach Ost und Waldhof zu revitalisieren.

2. Wirtschaftsförderung, Handwerk und Steuern

Wirtschaftsförderung darf nicht Verwaltung im Nebenberuf sein, sondern braucht Schlagkraft und klare Ziele.

- **Wirtschaftsförderung stärken:** Personelle Aufstockung der Wirtschaftsförderung um mindestens 30–50 Prozent und Einführung klarer Kennzahlen (neu angesiedelte Unternehmen, Arbeitsplätze, vermarktete Flächen). Ein „One-Stop-Shop“ bündelt künftig alle relevanten Verfahren für Investoren und Betriebe.
- **Handwerk als Rückgrat:** Die Forderungen des hessischen Handwerks werden vor Ort aufgegriffen: Bürokratieabbau, digitale Genehmigungsverfahren mit verbindlichen Fristen, faire Vergabe mit Berücksichtigung regionaler Betriebe und ihrer Ausbildungsleistung sowie keine zusätzlichen kommunalen Steuern wie Verpackungssteuern. Bezahlbare, kleinteilige Gewerbeflächen für Handwerksbetriebe sollen gesichert und ausgebaut werden.
- **Steuerliche Wettbewerbsfähigkeit:** Perspektivische Senkung der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze und Verzicht auf neue kommunale Abgaben, um Offenbach im Wettbewerb der Standorte zu stärken. Geprüft werden befristete Gewerbesteuererleichterungen für Neuansiedlungen und Arbeitsplatzerweiterungen in strategischen Branchen.

- Straßenausbaugebühren für Anwohner sollen abgeschafft werden soweit die Grundsteuer dabei stabil gehalten werden kann. Künftige Straßeninvestitionen sind über den allgemeinen Haushalt zu finanzieren, um Planungssicherheit zu schaffen und soziale Schieflagen zu vermeiden.

3. Stadtmarketing

Offenbach braucht ein Stadtmarketing, das diesen Namen verdient: professionell, selbstbewusst und wirksam. Wir wollen ein Marketing, das Offenbach nach außen stark positioniert und nach innen Identifikation schafft. Denn unsere Stadt hat viel zu bieten – einen engagierten Einzelhandel, eine vielfältige Gastronomie und innovative Dienstleister. Dieses Potenzial wollen wir konsequent sichtbar machen.

Ein professionelles Standortmarketing soll Offenbach als kreative Hochschulstadt, innovativen Wirtschaftsstandort sowie als internationale Food- und Designstadt profilieren. Digitale Kampagnen, Design-Events und branchenspezifische Formate machen die Erfolgsgeschichten der HfG, des INNO-Campus, der internationalen Kulinarik und von Unternehmensansiedlungen sichtbar.

Kern unseres Ansatzes ist die konsequente Vermarktung von Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistern unter einer starken städtischen Marke. Die Stadt soll nicht nur verwalten, sondern aktiv unterstützen, vernetzen und bewerben – digital, kreativ und zielgerichtet. Stadtmarketing muss messbaren Mehrwert schaffen: für Unternehmen, für Besucherinnen und Besucher und für die Offenbacherinnen und Offenbacher selbst.

Die Stadtmarke „Offenbach – Soul OF Hessen“ nutzen wir weiter, um die Sichtbarkeit Offenbachs zu stärken und das Bild einer jungen, kreativen und dynamischen Stadt zu schärfen. Die Marke „Offenbachs großes Herz“ entwickeln wir als Teil dieser Kampagne neu: modernisiert, emotional aufgeladen und klar positioniert für Offenheit, Vielfalt, Kreativität und Zusammenhalt. Sie soll wieder sichtbar sein – auf Veranstaltungen, in Kampagnen, im Stadtbild und im digitalen Raum. Ergänzend regen wir einen digitalen Einzelhandelsboom nach dem Bamberger Modell an, gemeinsam mit Wochenmarktanbietern, Einzelhandel und Gastronomie, um den lokalen Einkauf attraktiver zu machen.

Unser Ziel ist ein Stadtmarketing, das Identifikation stiftet, Kaufkraft bindet und Offenbach als lebendige, attraktive Stadt sichtbar macht – ehrlich, selbstbewusst und mit Herz.

Dazu gehört auch eine klare Tourismus- und Eventstrategie, die Offenbach nicht länger nur im Schatten Frankfurts denkt, sondern die eigenen Stärken betont: Tagestourismus, Kultur, Design, Kulinarik und das Mainufer. Stadtfeste, Märkte sowie Sport- und Kulturveranstaltungen sollen gezielt gebündelt und gemeinsam mit Handel, Gastronomie und Hotellerie vermarktet werden. Tourismus stärkt Kaufkraft, Arbeitsplätze und Image – ohne neue Bürokratie.

4. Einzelhandel, Wochenmarkt, Food-Markt („Souk“)

Eine lebendige Innenstadt ist Standortfaktor.

- **Innenstadt-Revitalisierung:** Aufbau eines Innenstadtprogramms mit aktivem Leerstandsmanagement, kooperativen Eigentümerformaten und Anreizen für

qualitätvollen Einzelhandel und Gastronomie. Ziel ist ein vielfältiger Branchenmix statt weiterer Verödung, dabei ist eine **räumliche Konzentration erforderlich**.

- **Wochenmarkt weiterentwickeln:**
 - Der Offenbacher Wochenmarkt soll noch stärker zu einem Marktplatz der Qualität und Vielfalt werden. Die Stadt wirbt aktiv um weitere Anbieter regionaler Produkte, Manufakturen und Spezialitäten, um das Angebot an frischen und hochwertigen Lebensmitteln zu verbreitern und kurze Lieferketten zu stärken.
 - Die internationale Prägung Offenbachs wird genutzt, um das Sortiment um authentische Produkte aus unterschiedlichen Herkunftsländern zu erweitern – von Gewürzen und Feinkost bis hin zu Street-Food-Angeboten.
 - Über klare Qualitätsstandards, transparente Herkunftsangaben und ein mögliches städtisches „Markt-Siegel“ soll der Wochenmarkt als Ort für verlässliche, frische und qualitativ hochwertige Ware profiliert werden.
- **„Souk Offenbach“ und Themenmärkte:** Ergänzend zum klassischen Wochenmarkt wollen wir regelmäßig Formate wie einen „Souk Offenbach“ bzw. Food- und Kulturmärkte etablieren, die internationale Gastronomie, Start-up-Food-Konzepte und lokale Produzenten zusammenbringen – angelehnt an erfolgreiche Food- und Street-Food-Märkte in europäischen Metropolen. Themenmärkte wie „Design und Food“ oder „Region und Welt“ sollen den Wochenmarkt stärker mit der Kreativwirtschaft und dem Profil als World-Design-Capital-Region verbinden. Hierzu streben wir an, die städtischen Mittel für Feste- und Veranstaltungen wieder aufzustocken.

5. Gründungen, Kreativwirtschaft, internationale Netzwerke und Digital-Hub

Gründergeist und Kreativität sind Offenbachs Markenzeichen.

- **Gründerökosystem stärken:** Ausbau eines vernetzten Gründerökosystems von HfG, IHK, Handwerk, Start-up-Initiativen und Investoren; Nutzung von Förderprogrammen, Co-Working-Flächen und Zwischennutzungen in Bestandsimmobilien und Industriebrachen – nach dem Vorbild kreativer Quartiere in Großstädten. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir eine Gründerlotsen-Strategie.
- **Kreativwirtschaft fördern:** Nutzung des WDC-Titels und der regionalen Programme, um Offenbach als Standort für Agenturen, Medien, Designbüros und Kulturproduktion zu etablieren. Eine jährliche „Design Week Offenbach“ soll lokale und internationale Akteure zusammenbringen und die Stadt als Design-Hub im Rhein-Main-Gebiet sichtbar machen.
- **KI- und Digitalstandort entwickeln:** Leerstehende Industrie- und Büroflächen, gute Netzinfrastruktur und die Nähe zu Frankfurt bieten ideale Voraussetzungen für ein KI- und Digitalzentrum. Offenbach soll aktiv Unternehmen und Start-ups aus den Bereichen KI, Datenwirtschaft und digitale Services ansprechen und passende Flächen, Clusterstrukturen und Netzwerke anbieten. Nach Einrichtung von Wetterpark und „SCAPE“ in Kooperation mit dem DWD wäre es das nächste Level, wenn die Stadt mit dem DWD eine Kooperation über eine verstärkte Zusammenarbeit des DWD mit Digitalunternehmen in Offenbach sucht.
- **Digitales Rathaus und Unternehmensservice:** Das Rathaus muss für Unternehmen als One-Stop-Agency organisiert sein. Alle Verwaltungsvorgänge sollten digital angeboten werden.
- **Weiterentwicklung Netze:** Leistungsfähige digitale Netze sind ein zentraler Standortfaktor und müssen flächendeckend angeboten werden.
- Die Stadt soll bei Zukunftsprojekten stärker mit lokalen Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten.

6. Gewerbeflächen, Handwerkerflächen und Rahmenbedingungen

Eine starke Wirtschaft braucht Raum und faire Regeln.

- **Kleinteilige, bezahlbare Flächen:** Ausweisung und Sicherung kleinteiliger, bezahlbarer Gewerbeflächen insbesondere für Handwerk und kleine Betriebe. Mischgebiete sollen erhalten und weiterentwickelt werden, damit Produktion, Dienstleistungen und Wohnen in der Stadt nebeneinander möglich bleiben.
- **Faire, mittelstandsgerechte Vergabe:** Die Vergabepraxis der Stadt wird stärker mittelstandsfreundlich ausgerichtet. Qualität, Ausbildung und regionale Wertschöpfung werden bei öffentlichen Aufträgen angemessen berücksichtigt; Verfahren werden digitalisiert und vereinfacht, um insbesondere kleine Betriebe zur Teilnahme zu befähigen. Wir wollen, dass bei freihändigen und beschränkten Ausschreibungen Offenbacher Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen sowie Freischaffende berücksichtigt werden. Auch dies trägt zum Wirtschaftswachstum unserer Stadt bei. Stadt und Stadtkonzern treten bei Vergaben einheitlich auf.
- **Fachkräfte sichern:** Die Stadt unterstützt die duale Ausbildung, kooperiert mit Berufsschulen und Kammern, fördert Berufsorientierung und Azubi-Wohnangebote, zusammen mit studentischem Wohnen am Kaiserlei, wo sinnvoll. Netzwerke mit migrantisch geprägten Unternehmen und internationalen Unternehmerinnen und Unternehmern werden aufgebaut, um Offenbach als global offenen Business-Standort zu profilieren.
- Wir wollen die beschlossene **Vorkaufsrechtssatzung** für die Offenbacher Innenstadt konsequent umsetzen, insofern es wirtschaftlich darstellbar ist. So können wir Offenbach die Gestaltung der Innenstadt aktiv steuern.

So entsteht eine Wirtschaftspolitik, die aus Offenbach ein Labor für urbane Innovation macht – mit starken Clustern, lebendigen Märkten, einem sichtbaren Profil als Design- und KI-Stadt und verlässlichen Bedingungen für Handwerk, Mittelstand und internationale Unternehmen.

7. Arbeiten in Offenbach

- Wir initiieren einen **Ausbildungspakt Offenbach** mit Wirtschaft, Kammern und Schulen – mit konkreten Zielzahlen für Ausbildungsplätze und Vermittlungen.
- Übergänge von Schule in Ausbildung und Beruf werden systematisch verbessert (Praktika, Berufsorientierung, Matchingformate).
- Die Wirtschaftsförderung fungiert als **One-Stop-Ansprechpartner** für Unternehmen bei Rekrutierung, Qualifizierung und Integration.
- Arbeit bleibt der zentrale Schlüssel für Integration, Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

8. Offenbach als Studienstadt

Offenbach soll sich gezielt als **urbane Studienstadt** positionieren. Neben der HfG wollen wir Kooperationen mit der Goethe-Universität, Hochschulen der Region und Forschungseinrichtungen ausbauen.

Studentisches Wohnen, Co-Working, Kultur- und Freizeitangebote sollen gezielt in Innenstadt und Problemquartieren angesiedelt werden, um Urbanität und Durchmischung zu stärken.

Studierende sind kein Kostenfaktor, sondern **Impulsgeber für Innovation, Kreativität und Stadtleben**.

Der Wunsch nach einer weiteren Nutzung des bisherigen HfG-Stadtorts für Hochschulzwecke bleibt bestehen. Das Areal sollte durch Studienbereiche der Frankfurt University of Applied Sciences oder der Hochschule Rhein-Main genutzt werden.

9. Ausschreibungen

- Öffentliche Ausschreibungen der Stadt Offenbach sollen **mittelstandsfreundlich** gestaltet sein, damit lokale Unternehmen und Handwerksbetriebe realistische Chancen erhalten
- Die verbindlichen Vorgaben bei städtischen Vergaben Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen, geht teilweise zu Lasten der Rechtssicherheit, schreckt kleine Unternehmen als Bieter ab bzw. kann diese benachteiligen und führt zu komplizierteren Vergabeverfahren. Die Vorgabe gilt es flexibler und moderner neu zu fassen.
- Entbürokratisierung fängt am Kopf an und verlangt von bisherigen Entscheidungsträgern Mut. Wir setzen uns dafür ein, dass Wertgrenzen für Projekt- und Vergabebeschlüsse angehoben oder gestrichen und durch Berichtspflichten ersetzt werden. Dort wo Politik keinen Gestaltungsspielraum hat, braucht sie keine Entscheidungen zu treffen.
- **Losvergabe** soll der Regelfall sein. Großausschreibungen werden nur dort genutzt, wo sie sachlich geboten sind, um Wettbewerb und Vielfalt zu sichern.
- Vergabeunterlagen sollen **standardisiert, verständlich und schlank** gestaltet werden. Überzogene Eignungs- und Nachweisanforderungen werden vermieden.
- Wir setzen weiter auf **konsequent digitale Vergabeverfahren (E-Vergabe)**, um Aufwand für Verwaltung und Bieter zu reduzieren und Verfahren zu beschleunigen.
- **Innovationsoffene Vergabe** soll Pilot- und Testprojekte ermöglichen, etwa bei Digitalisierung, Bau oder Energie, ohne kleine Anbieter auszuschließen.
- Die Stadt soll Vergaben regelmäßig **evaluieren**: Anzahl der Bieter, Dauer der Verfahren, Beteiligung von Mittelstand und Handwerk sowie Kostenentwicklung.

4. Bildung

Bildung bleibt das zentrale Zukunftsthema für Offenbach – für Chancen, Integration und Standortattraktivität. Investitionen in Schulen, Kitas und lebenslanges Lernen haben für die Freien Demokraten höchste Priorität, auch wenn die Finanzlage eng bleibt.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Bildung soll auch in den kommenden Jahren der wichtigste Investitionsschwerpunkt der Stadt bleiben. Weder kommunale Finanzengpässe noch andere Großprojekte dürfen dazu führen, dass Schul- und Kita-Investitionen verschoben oder ausgedünnt werden. Moderne Gebäude, gut ausgestattete Lernumgebungen und verlässliche Ganztagsangebote sind Grundvoraussetzungen für Chancen- und Bildungsgerechtigkeit.

Ganztag soll in Offenbach „gut gemacht“ werden: pädagogisch sinnvoll, verlässlich organisiert und in enger Kooperation mit Jugendhilfe, Vereinen und freien Trägern – nicht bloß als Aufbewahrung. Gleichzeitig beginnt Bildung schon in der Kita: Jedes Kind, dessen Eltern es wünschen, soll einen Platz bekommen, mit frühen Sprach- und Förderangeboten als Grundlage für späteren Schulerfolg.

Lebenslanges Lernen wird als kommunale Aufgabe verstanden: Volkshochschule, Bibliothek, „Mama lernt Deutsch“-Formate und weitere Kurse sollen erhalten und ausgebaut werden. Mittel aus dem Startchancen-Programm des Bundes und der Länder sollen konsequent eingesetzt werden, um besonders belastete Schulen zu stärken, Bildungsgerechtigkeit zu verbessern und den Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg zu verringern.

Hinzu kommt ein klares Profilierungsziel: Neben guten Regelangeboten soll Offenbach mittelfristig **eine bilinguale öffentliche Schule** etablieren – idealerweise mit durchgängigen deutsch-englischen Zügen oder Profilklassen. Eine solche Schule stärkt Sprachkompetenzen, internationale Anschlussfähigkeit und die Attraktivität des Standortes für Familien, Fachkräfte und Unternehmen mit internationalem Hintergrund. Aber auch andere Schwerpunkte, etwa in den Bereichen **MINT (Mathematik, Naturwissenschaft, Technik) Musik und Sport**, die es in Offenbach bereits gibt, zeichnen einen guten Bildungsstandort aus.

Gleichzeitig bekennen sich die Freien Demokraten zur Vielfalt von Trägerschaften im Bildungsbereich. **Ersatzschulen** in freier Trägerschaft – von konfessionellen über reformpädagogische bis zu internationalen Profilen – leisten einen wichtigen Beitrag zur Wahlfreiheit, Innovation und Entlastung des öffentlichen Schulsystems. Offenbach soll diese Angebote bestmöglich unterstützen: durch verlässliche Kooperation, zügige Verfahren, faire Beteiligung an Planungen und pragmatische Lösungen bei Raumnutzung und Infrastruktur.

Eine solche Doppelstrategie – starke öffentliche Schulen mit Profilen wie Bilingualität und gut eingebundene Ersatzschulen – macht Offenbach als Bildungsstandort vielfältig, leistungsfähig und attraktiv für sehr unterschiedliche Familien.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben in der Koalition Bildung als Top-Priorität verankert.

- Das Schulbau- und Sanierungsprogramm wurde fortgesetzt und aufgestockt; insgesamt wurden mittlerweile 700 Millionen Euro und alleine seit 2022 rund 400 Mio. Euro in Offenbachs Schulen investiert. Das ist stärkste Investition in Bildungseinrichtungen, die es in Offenbach je gab. Etwa 60% der Schülerinnen und

Schüler lernen bereits in modernisierten oder neu gebauten Schulen, weitere 16% in teilsanierten Gebäuden.

- Offenbach hat auf das Bevölkerungswachstum der Stadt rechtzeitig reagiert und alle Schulformen durch Neubauten erheblich erweitert
- Offenbach hat früher als andere seine Schulen komplett mit Glasfaser ausgestattet und dann als einer der ersten Schulträger in der Republik den gesamten „Digitalpakt“ umgesetzt: mit „digitalen Tafeln“, W-Lan und einer Grundausstattung an Endgeräten. Das neue Gymnasium läuft bereits vollständig digitalisiert ohne Schulbücher.
- Mit der Erasmus-Schule besteht ein qualifiziertes, privates, mehrsprachiges Angebot. Dieses wollen wir auch nach Umsetzung des Ganztagsanspruchs erhalten.
- Ein neues Gymnasium wurde auf den Weg gebracht und stärkt Offenbachs Schulvielfalt sichtbar. Es wird schon in der heutigen Form überproportional gut angewählt und von Eltern hervorragend angenommen.
- Mit einer kommunalen Schulbaurichtlinie wurden Standards für Qualität, Funktionalität und Zukunftsfähigkeit neuer und sanierter Schulgebäude definiert.
- Der IT-Support an Schulen wurde ausgebaut; mit Mitteln des Digitalpakts konnten Ausstattung und Netze verbessert werden, auch wenn Support und Personalbedarf noch nicht vollständig gedeckt sind.
- In Vorbereitung auf den Rechtsanspruch auf Ganzttag wurde die Betreuung vielerorts auf neue Füße gestellt und ausgebaut. Mit einem klaren Konzept, einem starken städtischen Finanzierungsanteil und organisatorischer Hilfe unterstützt zudem ab dem kommenden Schuljahr der Grundschulen bei der Umsetzung.
- In Offenbach kann jeder die Schulform seiner Wahl auch besuchen. Wir haben dafür gesorgt, dass sich das Angebot an der Nachfrage orientiert.

Diese Maßnahmen zeigen: Offenbach investiert wie kaum ein anderer Bereich in seine Bildungsinfrastruktur – der Grundstein ist gelegt.

Situation: Wo wir stehen

Bildung besitzt in Offenbach höchste politische und finanzielle Priorität. In den vergangenen Jahren konnten zahlreiche Sanierungen und Neubauten realisiert werden; moderne Lernumgebungen und das neue Gymnasium belegen den Anspruch, Offenbach als Bildungsstandort mit Qualität und Vielfalt zu positionieren. Die Breite des Schulangebots – von Grundschulen über berufliche Schulen bis zu gymnasialen und integrativen Modellen – ermöglicht in der Regel eine gute Abdeckung der Bedarfe.

Mit dem Digitalpakt Schule wurden wichtige Fortschritte bei Geräten und Netzen erreicht. Gleichzeitig zeigt sich, dass Technik ohne dauerhaftes, qualifiziertes IT-Personal nicht ausreicht: Schulen benötigen Betrieb, Wartung und Support, sonst tragen Lehrkräfte und Schulleitungen die Last der Digitalisierung allein. Der Investitionsbedarf bleibt hoch – insbesondere bei älteren Gebäuden, Außenanlagen, Mensen und Sportstätten.

Die Umsetzung des Ganztagsanspruchs bietet große Chancen für Bildung, Betreuung und Integration, bindet aber erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen – von Küche und Mensa über Hausmeister- und Verwaltungskapazitäten bis zu höheren Sachkosten. Zugleich entstehen mit neuen Bibliotheks- und Weiterbildungsangeboten Chancen, Offenbach als Stadt des lebenslangen Lernens zu profilieren. Risiken liegen vor allem in steigenden Kosten: Ohne klare Steuerung droht, dass Geld in Strukturen statt in pädagogische Qualität fließt und Digitalisierung, Ganzttag und Personalplanung nicht genügend verzahnt sind.

Was wir tun wollen

1. Bildung dauerhaft priorisieren

- **Investitionsschutz Bildung:** Bildung bleibt der erste Investitionsposten. Neue Großprojekte – etwa in Stadtentwicklung, Verkehr oder Kultur – dürfen Schul- und Kita-Investitionen nicht verdrängen.
- **Schulbauprogramm fortführen:** Das begonnene Schulbau- und Sanierungsprogramm wird mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und Transparenz fortgesetzt. Ziel ist, innerhalb eines definierten Zeitraums alle Schulen auf ein gutes bauliches und technisches Niveau zu bringen.
- **Startchancen-Programm gezielt nutzen:** Mittel aus dem bundesweiten Startchancen-Programm werden konsequent auf Schulen in herausfordernder Lage konzentriert und mit kommunalen Maßnahmen verzahnt – etwa für Lernförderung, Schulsozialarbeit und bessere Lernbedingungen.

2. Ganztag gut und intelligent umsetzen

- **Beim Rechtsanspruch auch die Qualität sichern:** Ganztagsangebote werden pädagogisch durchdacht geplant, in enger Kooperation mit Jugendhilfe, Sportvereinen, Musik- und Kulturträgern. Vorbilder zeigen, wie Ganztagsausschüsse an Schulen alle Beteiligten einbinden und Konzepte kontinuierlich weiterentwickeln.
- **Infrastruktur für Ganztag mitdenken:** Selbstverständlich werden beim Schulbau schon seit längerer Zeit Mensa, Aufenthaltsräume, Freiflächen und Teamräume von Anfang an für den Ganztag geplant. Wir unterstützen die Bestandsschulen zudem, mit pädagogischer Fachberatung die bestehenden Räume an den Ganztagsbedarf anzupassen und neue Bedarfe zu definieren.
- **Personal und Organisation sichern:** Die Stadt sorgt dafür, dass Ganztag nicht an Sekretariaten, Hausmeisterdiensten und Küchenkapazitäten scheitert. Freie Träger und Dienstleister werden – auch in die pädagogische – Ganztagsarbeit eingebunden. Die Stadt sorgt für rechtssichere Vergaben.
- **Schulsozialarbeit:** Die Schulsozialarbeit hat sich gerade bei dem herausforderten Schulpublikum bewährt und stärkt die Schulen gerade auch, wenn Schulen sich zum ganztägigen Aufenthaltsort für Schüler- und Schülerinnen entwickeln. Hier sehen wir allerdings auch das Land bei den Personalkosten mit in der Pflicht.
- **Gegen Kostenloskultur:** Kostenloses Schulesen lehnen wir ab.

3. Schulvielfalt erhalten

- Kinder sollen nach Begabung gefördert werden.
- Offenbach braucht keine Einheitsschule, sondern starke Schulen mit klaren Profilen, Durchlässigkeit und echter Wahlfreiheit für Eltern und Kinder. Mit differenziert arbeitenden Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien haben wir uns in Offenbach auf den Eltern- und Schülerwillen eingestellt. Jeder soll die Schulform seiner Wahl auch in Zukunft besuchen können.

4. Kitas und frühe Bildung stärken

- **Qualität zählt:** Gute frühkindliche Bildung entscheidet sich nicht am Preisschild, sondern an Personal, Qualität und Verlässlichkeit

- **Kita-Plätze für alle, die einen wollen:** In Offenbach deckt die Zahl an Kita-Kapazitäten zwar weitgehend den Bedarf, es gibt aber wie überall einen Mangel in Erzieherinnen und Erziehern. Diesen wollen wir durch attraktive Angebote in der Ausbildung und Qualifizierung decken. Frühkindliche Bildung bleibt Schlüssel für Chancengerechtigkeit. Dies auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – hierfür sind praxistaugliche Öffnungszeiten unabdingbar.
- **Sprachförderung und Elternarbeit:** Programme wie „Mama lernt Deutsch“ und die verschiedenen Sprachförderprogramme für die Kinder verschiedenen Ansätzen und werden ausgebaut und weiterhin mit Kitas/Schulen verzahnt, um Familien besser zu unterstützen. Jedes Kind soll in der Grundschule gut Deutsch sprechen können.
- **Fachkräftemangel bekämpfen:** Um den Erziehermangel zu bekämpfen, sollte Offenbach über die städtische GBO-Wohnraumkontingente für Erzieher sichern, Verwaltungspersonal sollte in Kitas die Erzieher von Verwaltungsaufgaben entlasten.
- **Flexible Öffnungszeiten:** Durch Koordination unter den Kitas, enge Kooperation mit lokalen und städtischen Unternehmen sowie Kliniken, sollen Bedarfe (z. B. Schichtarbeit) gebündelt werden und ggf. Mitfinanzierung für Randzeiten zu erreicht werden. Da soll eine kommunale Leitlinie „bedarfsgerechte Öffnungszeiten“ entwickelt werden (z. B. Zielkorridore für Öffnungszeiten, max. Schließtage, Priorität für besondere Berufsgruppen) und Satzungen und Entgeltordnungen angepasst werden (z. B. Pauschalen für lange Betreuungsumfänge, Aufpreis für Randzeiten, klare Definition von Kernzeit und Zusatzmodulen). In Zeiten des Fachkräftemangels ist das nicht einfach, durch Priorisierung aber dennoch möglich.
- **Organisations- und Personalmodelle:**
 - Kernzeitmodell mit Modulen: feste Hauptbetreuungszeit (z. B. 7:30–16:30 Uhr) plus tage- oder stundenweise buchbare Randzeiten gegen Aufpreis oder Zuschuss.
 - Dienstpläne flexibilisieren (Schichtsystem, Springerpool, Kooperation mit Tagespflegepersonen), damit längere Öffnungszeiten nicht zu Mehrarbeit ohne Ausgleich führen

5. Digitalisierung der Schulen und Schulverwaltung

- **Modellkommune für digitale Schulverwaltung:** Offenbach strebt an, Modellkommune für die Digitalisierung von Schulverwaltungsprozessen zu werden. Ziel ist eine einheitliche, digitale Struktur für Schüler-, Personal- und Kommunikationsakten – in Anlehnung an Projekte zur digitalen Schulverwaltung in anderen Bundesländern.
- **Schul-IT professionell betreiben:** Aufbau oder Ausbau eines zentralen Schul-IT-Betriebszentrums, das Geräte, Netze, Wartung und Support bündelt, nach Best-Practice-Beispielen, in denen Städte über Miet- oder Service-Modelle verlässliche IT-Strukturen schaffen.
- **Digitale Lernumgebungen sinnvoll nutzen:** Schulen erhalten Unterstützung bei der Auswahl und Einführung lernförderlicher Plattformen und Cloudlösungen; Fortbildung und Support stehen im Vordergrund, nicht nur Hardware-Beschaffung.
- **Digitale Endgeräte:** Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass das Land jedem Schulkind ab der 5. Klasse die Möglichkeit für ein digitales Endgerät zur Verfügung stellt. Die gehört zur in der heutigen Zeit zur gesetzlichen Lernmittelfreiheit und ist unabdingbar für moderne Lernformen.

6. Lebenslanges Lernen und Bildungsstadt Offenbach

- **Weitere Hochschule:** Wir streben die Ansiedlung einer weiteren Hochschule, vorzugsweise zu digitalen Ausbildungsgängen auf dem Gelände der bisherigen HfG an.
- **Starke Stadtbibliothek und VHS:** Die Neuausrichtung der Stadtbibliothek an einem zentralen Standort soll Offenbachs Bildungslandschaft kulturell aufwerten. Zusammen mit VHS, HfG und weiteren Partnern entsteht ein Netzwerk für lebenslanges Lernen – von Sprachkursen bis zu beruflicher Weiterbildung.
- **Vorlesetag/-woche stadtweit:** Der bundesweite Vorlesetag zeigt, wie Kommunen Lesen und Sprachförderung sichtbar machen können. Offenbach soll eine eigene Vorlesewoche etablieren, in der Schulen, Kitas, Bibliothek, Vereine und Ehrenamtliche gemeinsam Aktionen durchführen.
- **Angebote für Eltern und Erwachsene:** Formate wie „Mama lernt Deutsch“, Grundbildung, digitale Kompetenzen und berufliche Weiterbildung werden unter dem Dach von VHS/Bibliothek gebündelt und ausgebaut.
- **Stärkung der Kindertagespflege:** Die Kindertagespflege ist als gleichwertiger Bestandteil der frühkindlichen Bildung anzuerkennen. Sie ergänzt die bestehenden Betreuungsangebote sinnvoll und flexibel. Eine angemessene finanzielle Ausstattung ist sicherzustellen, um Qualität, Verlässlichkeit und Attraktivität dieser Betreuungsform dauerhaft zu gewährleisten.

7. Übergänge Schule – Beruf und Praxisnähe

- **Tag des Handwerks:** Einführung eines jährlichen „Tag des Handwerks“ an Offenbacher Schulen gemeinsam mit Kammern und Innungen, um Jugendlichen handwerkliche Berufe praktisch näher zu bringen – in Anknüpfung an Forderungen des hessischen Handwerks nach besserer Berufsorientierung.
- **Ausbildungsmessen und Praxisformate:** Ausbau von Ausbildungs- und Berufsmessen, Betriebserkundungen und Praktikumsformaten, um Übergänge in Ausbildung und Beruf zu erleichtern.
- **Jugend-Hackathons:** Organisation eines „Hackathons für Jugendliche“ in Kooperation mit Digital-Lab, HfG und Wirtschaft, nach Vorbildern wie „Jugend hackt“ oder Hackathons in Kommunen und Ländern, bei denen Jugendliche digitale Lösungen für Stadt und Verwaltung entwickeln.

8. Kooperation mit außerschulischen Trägern und Ersatzschulen

- Schulstandorte als **offene Bildungs- und Freizeitorte im Stadtteil:** Kooperationen mit Sportvereinen und Musikschulen am Nachmittag, Projektangebote fördern: Außerschulische Bildungsträger – von Kultur- und Sportvereinen bis zu Umwelt- und Medienprojekten – erhalten gezielte Unterstützung, wenn sie mit Schulen kooperieren.
- **Ganzttag und Jugendhilfe verzahnen:** Ganztagsangebote werden mit Jugendhilfe und Sozialarbeit verbunden, um Bildung, Betreuung und Prävention zu verknüpfen.
- **Ersatzschulen unterstützen:** Ersatzschulen in freier Trägerschaft werden als wichtige Ergänzung der Bildungslandschaft verstanden. Die Stadt sichert faire Rahmenbedingungen, zügige Verfahren (z. B. bei Bau- und Nutzungsfragen) und eine partnerschaftliche Einbindung in die Gesamtplanung, im Sinne der vom Handwerk und anderen Akteuren geforderten Vielfalt und Praxisnähe.

9. Bilinguale öffentliche Schule als Profilprojekt

- **Bilinguale Schule entwickeln:** Offenbach soll mittelfristig eine bilinguale öffentliche Schule (deutsch-englisch) aufbauen – entweder durch Neugründung oder Profilweiterentwicklung einer bestehenden Schule. Dabei können Erfahrungen anderer Städte mit bilingualen Zügen und europäisch/international profilierten Schulen genutzt werden.
- **Internationalität nutzen:** Die internationale Bevölkerung und die Rolle als „World Design Capital“-Region werden bewusst genutzt, um Partner für Austauschprogramme, Sprachprojekte und internationale Kooperationen zu gewinnen.

Bildungspolitik der Freien Demokraten in Offenbach bedeutet: konsequent investieren, Ganzttag gut machen, früh anfangen, digital und analog zusammen denken – und das Bildungsangebot um Profile wie Bilingualität und starke Ersatzschulen erweitern. So wird Offenbach zur Bildungsstadt, die Chancen eröffnet, Talente bindet und den Standort in der Metropolregion langfristig stärkt.

5. Haushalt, Finanzen und Steuern

Offenbach soll finanziell handlungsfähig bleiben, investieren können und zugleich sozial im Gleichgewicht sein. Eine solide Haushaltspolitik und eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur gehören untrennbar zusammen, weil nur so die Stadt dauerhaft aus eigener Kraft leistungsfähig bleibt.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Ziel der Freien Demokraten ist ein dauerhaft ausgeglichener Haushalt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Ein solider, transparenter Haushalt ist die Grundlage kommunaler Selbstbestimmung: Nur wer seine Finanzen im Griff hat, kann in Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und Lebensqualität investieren.

Steuern und Gebühren sollen auf einem höchstens durchschnittlichen Niveau im regionalen Vergleich liegen, damit Offenbach für Bürgerinnen, Bürger, Handel, Handwerk und Unternehmen attraktiv ist und bleibt. Die Gewerbesteuer soll perspektivisch so gestaltet werden, dass Offenbach im Wettbewerb mit den Nachbarstädten nicht im Hintertreffen ist, sondern Investitionen anzieht.

Von zentraler Bedeutung ist eine stabile **soziale Balance**: Offenbach braucht eine gesunde Mischung aus Haushalten, die Einkommensteuer zahlen und das Gemeinwesen tragen, und Menschen, die vorübergehend auf Unterstützung angewiesen sind. Je mehr einkommensstarke und mittlere Haushalte in die Stadt ziehen, desto besser entwickeln sich Einkommensteueranteile, Kaufkraft und damit die finanzielle Basis des Haushalts, ohne Leistungsberechtigte gegeneinander auszuspielen.

Schulden müssen begrenzt und Zinsrisiken aktiv gesteuert werden. Neue Kredite sollen vor allem für zukunftsweisende Investitionen genutzt werden – nicht zur Deckung laufender Ausgaben. Finanzpolitik bedeutet für uns, Freiheitsspielräume der Stadt zu sichern, statt sie auf Kosten künftiger Generationen aufzubrechen.

Situation: Wo wir stehen

Offenbach befindet sich finanziell im kommunalen Vergleich in einer Phase relativer Stabilisierung. Auf eine Erhöhung der Grundsteuer und Gewerbesteuer konnte in den letzten 5 Jahren vermieden werden.

Mit dem Grünen Schuldschein wurde ein innovatives Finanzierungsinstrument genutzt, das ökologische Ziele mit verantwortlicher Kreditaufnahme verbindet. Der Zuzug einkommensstärkerer Haushalte verbessert die Ertragssituation bei einkommensabhängigen Einnahmen und zeigt, dass Offenbach zunehmend als urbaner Wohnstandort wahrgenommen wird. Zugleich bleibt die soziale Lage vieler Menschen angespannt, was hohe Transferausgaben nach sich zieht.

Gleichzeitig bleibt die Lage strukturell angespannt. Das Durchschnittseinkommen liegt weiter deutlich unter dem regionalen Mittel, während die Transferausgaben überdurchschnittlich hoch sind – auch, weil Leistungen in Anspruch genommen werden, die nicht immer auf tatsächlichem Bedarf oder Anspruch beruhen. Ein erheblicher Investitionsstau besteht bei Straßen, Feuerwehr, Schulen und Verwaltungsgebäuden. Der wirtschaftliche Strukturwandel

ist noch nicht abgeschlossen; erst eine stärkere gewerbliche Basis – etwa am INNO-Campus und im Hafen – wird die Einnahmeseite nachhaltig verbessern.

Chancen liegen in weiteren Unternehmensansiedlungen, dem Zuzug qualifizierter Erwerbstätiger, der Stärkung der Mittelschicht in Offenbach und einer Belebung des regionalen Arbeitsmarkts. Risiken ergeben sich aus einer schwachen Konjunktur, schwer vermarktbareren Büroflächen insbesondere am Kaiserlei, steigenden Kosten für Pflichtaufgaben sowie der durch die Ausgliederung Hanaus verschlechterten Perspektive im Kommunalen Finanzausgleich. Große Investitionsvorhaben – Schulneubauten und -sanierungen, Station Mitte, Verkehrsinfrastruktur – bergen bei steigenden Zinsen das Risiko finanzieller Überdehnung.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben in der Haushaltspolitik klare Schwerpunkte gesetzt und auch unpopuläre, aber notwendige Entscheidungen mitgetragen.

- **Konzentration auf Bildung und Innenstadt:** Investitionsschwerpunkte wurden auf Schulen, Kitas und zentrale Stadtentwicklungsprojekte gelegt, um langfristig Standort- und Einnahmepotenziale zu stärken und die Stadt für einkommensstarke wie einkommensschwächere Haushalte gleichermaßen attraktiv zu halten.
- **Unangenehme Entscheidungen getroffen:** Mit dem „Deckel“ im ÖPNV wurden Kostensteigerungen begrenzt und der Fokus auf Wirtschaftlichkeit und Prioritätensetzung im Nahverkehr gelegt.
- **Personalzuwachs gestoppt:** Der Personalaufwuchs in der Verwaltung wurde deutlich verlangsamt bzw. gestoppt, um die laufenden Ausgaben zu stabilisieren und Spielräume für Investitionen zu sichern.
- **Einkommensteueranteil seit 2020 praktisch verdoppelt:** 2010 → 38,3 Mio. (2021 60,5 Mio.) 2025 → 76 Mio.
- **Gewerbsteuer nachhaltig über 100 Mio. Euro:** 2010 → 47,5 Mio. (2021 85,2 Mio.) 2025 136,7 Mio.

Diese Schritte zeigen: Finanzpolitik wird nicht länger als reines Vollzugsfeld verstanden, sondern als aktive Steuerungsaufgabe.

Was wir tun wollen

1. Haushaltsdisziplin, Prioritäten und soziale Balance

- **Ausgeglichener Haushalt als Leitlinie:** Die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zum Haushaltsausgleich bleibt zentrales Ziel. Neue Ausgaben müssen künftig konsequent gegenfinanziert oder durch Einsparungen an anderer Stelle ermöglicht werden.
- **Klarer Vorrang für Investitionen:** Laufende Ausgaben sollen gebremst, investive Ausgaben in Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Wirtschaftsförderung priorisiert werden. „Wachstumsinvestitionen“ sollen bevorzugt werden, die künftige Einnahmen stärken. Den klaren Schwerpunkt bilden Bildungsinvestitionen.
- **Soziale Balance sichern:** Stadtentwicklung und Sozialpolitik sollen dazu beitragen, eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur zu erreichen – mit weniger einseitiger Konzentration von Sozialleistungsbezug und mehr Haushalten, die mit Einkommensteuer- und Kaufkraftbeiträgen die kommunale Finanzierung stützen. So werden soziale Stabilität und finanzielle Konsolidierung gleichermaßen gefördert.

2. Steuern und Gebühren attraktiv halten

- **Keine Steuererhöhungen:** Gewerbe- und Grundsteuer sollen nicht erhöht werden. Perspektivisch setzen sich die Freien Demokraten dafür ein, die Hebesätze auf ein im regionalen Vergleich attraktives, wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Kleinst- und Bagatellsteuern lehnen wir ab
- **Keine neuen Steuern:** Neue Steuern wie Verpackungssteuer und Wasserverbrauchssteuer lehnen wir ab.
- **Gebühren auf Durchschnittsniveau:** Kommunale Gebühren – etwa für Abfall, Straßenreinigung oder Kinderbetreuung – sollen sich am regionalen Durchschnitt orientieren. Bevor über Gebührenerhöhungen nachgedacht wird, sind konsequente Effizienzsteigerungen und Einsparpotenziale in der Verwaltung auszuschöpfen.
- **Gewerbesteuer als Standortfaktor:** Die Gewerbesteuer soll gezielt als Instrument der Standortpolitik eingesetzt werden, um strategische Neuansiedlungen und Erweiterungen zu fördern – insbesondere in Zukunftsbranchen sowie an INNO-Campus und Hafen.
- **Hundesteuer:** Die Hundesteuer ist eine fragwürdige Steuer. Zwar sind Steuern nicht zweckgebunden. Wir wollen dennoch mindestens 50% der Einnahmen aus der Hundesteuer für tierliche Zwecke nutzen. Mit diesen Geldern können beispielsweise Hundefreilaufflächen umgesetzt und ein Stadtaubenmanagement initiiert werden. Außerdem sollen somit das Offenbacher Tierheim und der Offenbacher Waldzoo unterstützt werden.

3. Schulden, Zinsen und Investitionsmanagement weiter optimieren

- **Schulden begrenzen:** Neue Schulden sollen grundsätzlich nur für wirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvolle Investitionen aufgenommen werden. Tilgungspläne und Zinsrisiken müssen aktiv gesteuert und transparent gemacht werden.
- **Investitionen phasen und bündeln:** Große Vorhaben werden in zeitlich und finanziell realistische Pakete geschnürt, um Überforderung des Haushalts zu vermeiden und Fördermittel maximal auszuschöpfen.

4. Einnahmenbasis verbreitern statt Steuern erhöhen

- **Gewerbeansiedlung stärken:** Durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen – insbesondere die Entwicklung des INNO-Campus, die Stärkung des Hafens und die Clusterpolitik – soll die Gewerbesteuerbasis langfristig verbreitert werden.
- **Zuzug einkommensstärkerer Haushalte fördern:** Stadtentwicklung, Wohnungsbau im mittleren und gehobenen Segment, gute Schulen und eine hohe Aufenthaltsqualität sollen mehr qualifizierte Erwerbstätige und Familien nach Offenbach ziehen. Wer hier lebt, arbeitet und Einkommensteuer zahlt, stärkt die kommunale Finanzkraft und entlastet den Haushalt gegenüber einseitiger Abhängigkeit von Transferleistungen.
- **Effiziente Nutzung des KFA:** Die Stadt soll ihre Interessen im Kommunalen Finanzausgleich, Alternativen der Finanzierung zur volatilen Gewerbesteuer offensiv vertreten und gleichzeitig die Abhängigkeit vom KFA durch eigene Einnahmedynamik reduzieren.

5. Effizienz, Digitalisierung und Aufgabenkritik

- **Verwaltung effizienter machen:** Durch Digitalisierung, Prozessoptimierung und eine kritische Überprüfung von Doppelstrukturen sollen Personalkosten langfristig

stabilisiert werden, ohne die Handlungsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Quotenregelungen (z. B. „FLINTA“) lehnen wir ab.

- **Wettbewerb stärken – Privates vor Stadtkonzern**

Die Stadt setzt auf Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit. Aufträge sind grundsätzlich im offenen Wettbewerb zu vergeben. Bestehende Aufgaben des Stadtkonzerns werden regelmäßig überprüft und dort, wo private Anbieter Leistungen effizienter und kostengünstiger erbringen können, entsprechend ausgelagert.

- **Aufgabenkritik verankern:** Regelmäßige Überprüfung freiwilliger Leistungen und Projekte auf Wirksamkeit und Finanzierbarkeit. Stadtkonzern und Stadtverwaltung sollen umfassend nach Optimierungspotenzial untersucht und die Struktur des Stadtkonzerns überprüft werden. Möglicherweise vorhandene Doppelstrukturen in Stadtverwaltung und Stadtkonzern sind zu identifizieren und auf Optimierungspotenzial zu untersuchen (Bspw. IT, Personalabteilungen, Beschaffung etc.). Es ist sicher zu stellen, dass in den Aufsichtsräten neben den Vertretern der Politik auch Fachexperten berufen werden.

- **Fördermittel professionell nutzen:** Aufbau oder Stärkung eines zentralen Fördermittel-Managements, um Landes-, Bundes- und EU-Förderprogramme systematisch zu nutzen und die Eigenbelastung des Haushalts bei Investitionen zu verringern.

- Die verpflichtende **Klimarelevanzprüfung** für Magistratsvorlagen hat sich nach unserer Wertung als umständlich und ohne positive Auswirkung auf Klimarelevanzprüfung ergeben. Im Gegenteil: neben wertvoller Arbeitszeit und Aufklärungsbedarf kostet sie zusätzlich Papier, Energie und Speicherplatz. Wir setzen uns für die schnelle Abschaffung der Klimairrelevanten Klimarelevanzprüfung ein.

- Es ist kritisch zu hinterfragen, welche Vorgänge Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen sind. Ziel muss eine schnelle handelnde Verwaltung sein. Auch muss der Ablauf rund um Magistratssitzungen ohne Systembrüche digital gestaltet werden. Digitale Signaturen müssen -dort wo es zulässig ist- bis zu Dezernenten, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung händische Unterschriften ersetzen.

So entsteht eine Finanzpolitik, die Offenbachs soziale und wirtschaftliche Basis stärkt, den Zuzug leistungsfähiger Haushalte fördert und gleichzeitig die Schwächeren nicht aus dem Blick verliert – mit dem Ziel, die finanzielle Souveränität der Stadt langfristig aus eigener Kraft zu sichern.

6. Digitalisierung

Offenbach soll zu einer Stadt werden, in der Verwaltung, Infrastruktur und Alltag spürbar digitaler, einfacher und bürgernäher funktionieren. Digitale Angebote sollen Zeit sparen, Transparenz schaffen und Ressourcen freisetzen – ohne jemanden auszuschließen.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Ziel der Freien Demokraten ist eine **digitale Stadtverwaltung**, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen moderne Services bietet: von Online-Anträgen über Video-Bürgerservice bis hin zu einer leistungsfähigen Smart City. Digitale Lösungen sind kein Selbstzweck, sondern dienen Servicequalität, Effizienz und Standortattraktivität.

Offenbach soll bis 2030 zu einer Stadt werden, in der zentrale Behördengänge digital oder per Videokonferenz erledigt werden können („Bürgerservice LIVE“), in der KI-gestützte Assistenten rund um die Uhr Fragen beantworten und in der Sensorik – etwa bei Parkplätzen, Verkehr oder Umwelt – hilft, den Alltag besser zu organisieren. Vorbilder sind etwa der KI-Bürgerservice im Landratsamt Weilheim-Schongau, digitale Assistenz- und Portiermodelle in Städten wie Ulm sowie smarte Park- und Verkehrslösungen in Kommunen wie Eckernförde. Digitalisierung muss den Alltag der Menschen erleichtern – nicht neue Bürokratie schaffen.

Situation: Wo wir stehen

Offenbach befindet sich in der digitalen Transformation der Stadtverwaltung und der kommunalen Dienstleistungen in einer soliden, aber ausbaufähigen Position. Mit der Einführung des Handyparkens und der baldigen Offenbach-App wurden erste sichtbare Bürgerangebote geschaffen, die den Alltag konkret erleichtern. Beim Onlinezugangsgesetz (OZG) liegt die Stadt sogar über dem hessischen Durchschnitt – ein Hinweis darauf, dass trotz begrenzter Ressourcen Fortschritte erzielt werden.

Die Stabsstelle Digitalisierung wurde ausgebaut und arbeitet an der Vernetzung der Verwaltung, an E-Learning-Angeboten und internen Wissensdatenbanken, die Orientierung und Fortbildung der Beschäftigten verbessern. Mit der EVO bestehen konkrete Ansätze für Smart-City-Projekte, etwa bei Energieeffizienz, Sensorik und Dateninfrastruktur. Erste Sensornetze – etwa zur Bodenfeuchte an Bäumen oder zur Passantenfrequenz – und smarte Ampeln mit neuem Verkehrsrechner sind auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig bleibt der Fortschritt fragmentiert und zu langsam. Viele kommunalen Dienstleistungsangebote wirken nach außen bereits digital, doch die zugrunde liegenden Prozesse laufen häufig noch analog oder nur halb-digital. Das erzeugt Reibungsverluste, Mehrarbeit und Frustration – in der Verwaltung ebenso wie bei den Nutzerinnen und Nutzern. Schulen und Bildungseinrichtungen klagen über Überforderung, weil Infrastruktur, Schulung und Support nicht ausreichend synchronisiert sind. Digitalisierung wird vielerorts noch als Zusatzaufgabe verstanden, nicht als strategisches Steuerungsinstrument.

Chancen liegen in der bundesweiten und landesweiten Dynamik: Förderprogramme und Initiativen – etwa Smart-City-Programme, GovTech-Ansätze oder „Hessen Digital“ – können Offenbach helfen, Tempo zu machen. Das engagierte Team in der Stabsstelle Digitalisierung könnte – mit klarer politischer Rückendeckung – zum Motor einer vernetzten, datenbasierten Stadtentwicklung werden. Risiken bestehen in trägen Verwaltungsstrukturen, fehlender Prioritätensetzung und zu knappen Mitteln.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben die Weichen für eine digitalere Stadt gestellt.

- **Digitalisierte Bürgerdienste im Bürgerbüro:** Viele Leistungen – etwa im Meldewesen, bei Pass- und Führerscheingangelegenheiten oder Einbürgerungen – können inzwischen digital vorbereitet oder beantragt werden.
- **Stabsstelle Digitalisierung (seit 2021):** Als zentrale Einheit koordiniert sie Digitalisierungsprozesse in Verwaltung und Stadtwerken, entwickelt Strategien und unterstützt Fachämter.
- **Open Smart City / Digitale Kommune@Hessen:** Unter dem Label „Open Smart City“ arbeitet Offenbach an einer Smart-City-Strategie und nimmt an der hessischen Kooperation „Digitale Kommune@Hessen“ teil.
- **Smarte Infrastruktur:** Einführung smarter Ampeln und eines neuen Verkehrsrechners, erste Sensornetzwerke (z. B. Bodenfeuchte, Passantenfrequenz) und die Förderung von Freifunk-Routern als Baustein für eine offene, digitale Stadt.
- **Aufbau eines Datenmanagement-Büros:** In der Verwaltung entsteht eine Struktur für den Umgang mit städtischen Daten – Grundlage für künftige Urban-Data-Plattformen und Smart-City-Anwendungen.
- **Offenbach-App:** Einführung einer Offenbach-App, mit derem zähen Entstehungsprozess wir aber sehr unzufrieden sind.

Diese Schritte bilden ein Fundament – aber aus einzelnen Projekten muss nun eine konsequente Digitalstrategie werden.

Was wir tun wollen

1. Digitalisierung strategisch priorisieren

- **Chief Digital Officer (CDO):** Einrichtung eines CDO mit direkter Anbindung an einen Digitaldezernenten und ressortübergreifender Verantwortung für OZG-Umsetzung, Datenstrategie und Smart-City-Roadmap – nach dem Vorbild von Städten wie Ulm und Köln, die eigene Digitalabteilungen mit klaren Zuständigkeiten für E-Government und Smart City aufgebaut haben.
- **„Digitalisierungspakt Offenbach 2030“:** Verabschiedung eines politischen Fahrplans mit messbaren Zielen, Kennzahlen (z. B. digital erledigte Vorgänge, Bearbeitungszeiten, Nutzerzufriedenheit) und jährlicher Berichterstattung – ähnlich den digitalen Agenden anderer Großstädte, die Fortschritte öffentlich dokumentieren.

2. Verwaltung digital denken – nicht nur Formulare

- **Offenbach-App:** Das digitale Angebot muss konsequent weiterentwickelt werden um digitales Rathaus zu realisieren.
- **Papierloses Rathaus:** Ende der Legislaturperiode soll das Rathaus papierlos funktionieren, ein papierloses Rathaus setzt die voll digitalisierte Verwaltung voraus.
- **Ende-zu-Ende-Digitalisierung:** Zentrale Verfahren – Meldewesen, Baugenehmigung, Gewerbebeanmeldung, Sozialleistungen – werden vollständig digital und medienbruchfrei organisiert, orientiert an Kommunen, die ihre Top-Dienste prozessorientiert digitalisiert haben und nicht bei Online-Formularen stehenbleiben.

- **Digital Lab Offenbach:** Aufbau eines „Digital Lab“ nach Vorbildern von Stadtlaboren in Heidelberg oder Berlin, in denen interdisziplinäre, agile Teams gemeinsam mit Nutzerinnen und Nutzern neue Services entwickeln, testen und iterativ verbessern.
- **Bürgerservice LIVE:** Einführung eines Videokonferenz-Bürgerservices, der es ermöglicht, viele Anliegen ortsunabhängig zu erledigen – angelehnt an digitale Bürgerbüros und Video-Schalter, wie sie erste Städte im Rahmen ihrer Digitalstrategien erproben.
- **Digital Only:** Wo es möglich ist, sollen aller Verwaltungskontakt rein digital erfolgen. Dies gilt vor allem im Bereich der Wirtschaft. So sollen Bauanträge und Genehmigungsverfahren vollständig digital, medienbruchfrei und nutzerfreundlich abgewickelt werden. Für digital nicht affine, etwa ältere Bürger werden Lotsen eingeführt, die beim digitalen Verwaltungskontakt behilflich sind.

3. Smart City konkret machen

- **Urban Data Plattform.** Aufbau eines offenen, kommunalen LoRaWAN-Sensornetzes – **zunächst pilotiert am INNO-Campus** – als digitale Basisinfrastruktur zur datensparsamen Erfassung von Umwelt-, Infrastruktur- und Betriebsdaten (z. B. Verkehr, Klima, Energie, Stadtsauberkeit) Aufbau einer Urban-Data-Plattform und eines digitalen Zwillings zunächst im Pilotgebiet INNO-Campus zur Steuerung von Verkehr, Klima- und Energiedaten, angelehnt an den stadtweiten Digital Twin in Helsinki, der für Verkehrssteuerung, Planung und Klimaanpassung genutzt wird.
- Entwicklung des INNO-Campus zu einem **urbanen Reallabor**, in dem LoRaWAN-Sensorik, Urban-Data-Plattform und Digital Twin erstmals integriert eingesetzt und praktisch erprobt werden, bevor eine Übertragung auf weitere Stadtquartiere erfolgt.
- **Digital Twin: Nutzung für Planung und Klimaanpassung:** Nutzung der im Pilotgebiet INNO-Campus gewonnenen Daten zur Entwicklung eines **digitalen Zwillings**, der für Verkehrssteuerung, Infrastrukturplanung und Klimaanpassung eingesetzt wird – angelehnt an den stadtweiten Digital Twin der Stadt Helsinki. Kommunale Betriebe und sollten digitale Zwillinge ihrer Netze erstellen, mit denen sie unterschiedliche Betriebszustände einfach simulieren und damit Störungen schnell lokalisieren können. Wichtig wäre auch ein stadtübergreifendes GIS-System (im Rahmen der „urban data platform“), welches die verschiedenen Netze in Offenbach lagemäßig erfassbar macht, so dass bei der Neuverlegung einer Wasserleitung nicht das sprichwörtliche Stromkabel aufgerissen wird.
- **Schrittweise Ausweitung: Vom Piloten zur Stadtstrategie:** Nach erfolgreicher Evaluation sollen die am INNO-Campus getesteten Anwendungen schrittweise auf weitere geeignete Stadtquartiere übertragen werden, sofern ein klarer Nutzen, Wirtschaftlichkeit und Datenschutz gewährleistet sind.
- **Datenschutz und Offenheit: Freiwillig, transparent, nicht überwachend** Der Einsatz von LoRaWAN, Urban Data Plattform und Digital Twin erfolgt freiwillig, datenschutzkonform und ohne personenbezogene Datenerhebung; offene Schnittstellen ermöglichen Beteiligung von Wirtschaft, Hochschulen und Initiativen.

4. Bürgernähe, KI-Bürgerservice und Transparenz

- **Offenbach-App als Bürgerportal:** Weiterentwicklung der App zu einem zentralen Zugang für Bürgerdienste, Zahlungen, Meldungen (z. B. Mängelmelder), Parken, ÖPNV-Informationen und Termine, in Anlehnung an kommunale Service-Apps, die bereits mehrere Funktionen bündeln.

- **KI-Bürgerservice:** Einführung eines KI-gestützten digitalen Assistenten, der rund um die Uhr einfache Fragen beantwortet, Formulare erklärt und auf Online-Dienste verweist – nach dem Modell des „Advisor“-Chatbots im Landkreis Weilheim-Schongau, der Routineanfragen mehrsprachig übernimmt.
- **Bürgerdashboard:** Aufbau eines öffentlichen Dashboards mit Echtzeitdaten zu Verkehr, Luftqualität, Energieverbrauch oder städtischen Projekten – inspiriert von Open-Data- und Transparenzportalen in Städten wie Bonn und Wien, die Kennzahlen übersichtlich bereitstellen.
- **Open Data und Transparenzsetzung:** Nicht-personenbezogene Verwaltungsdaten sollen systematisch öffentlich zugänglich gemacht werden, um Transparenz, Innovation und Vertrauen zu stärken.

5. Glasfaserausbau beschleunigen

Der Glasfaserausbau in Offenbach soll weiter beschleunigt werden. Die Stadt richtet dafür eine zentrale, fachamtsübergreifende Ansprechstelle für alle Genehmigungen im Glasfaserausbau ein. Diese Stelle bündelt Zuständigkeiten, koordiniert Straßenverkehrs-, Tiefbau-, Denkmal- und Sondernutzungsfragen und ist alleinige Schnittstelle für Netzbetreiber. Genehmigungen für Glasfaserbaumaßnahmen werden vollständig digital beantragt und bearbeitet; Medienbrüche sind zu vermeiden. Für Standardmaßnahmen werden verbindliche Bearbeitungsfristen eingeführt, um Planungssicherheit für den eigenwirtschaftlichen Ausbau zu schaffen

Im Straßenraum setzt Offenbach konsequent auf zeitsparende und kosteneffiziente Verlegeverfahren. Neben klassischem Tiefbau werden moderne Bauweisen wie Trenching, Micro- und Nano-Trenching sowie oberflächennahe Verlegung ausdrücklich zugelassen, sofern sie den Vorgaben des Telekommunikationsgesetzes und der einschlägigen DIN-Normen entsprechen. Ziel ist es, Bauzeiten zu verkürzen, Eingriffe in den Verkehrsfluss zu minimieren und Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner deutlich zu reduzieren. Auf unnötige Sonderauflagen und kommunale Zusatzanforderungen wird verzichtet, sofern Sicherheits- und Qualitätsstandards eingehalten werden

Die Stadt setzt die gesetzliche Einstufung des Glasfaserausbaus als überragendes öffentliches Interesse konsequent um. Glasfaserprojekte erhalten bei Genehmigungen, Abwägungsentscheidungen und der Nutzung öffentlicher Flächen Vorrang. Bauanträge für Glasfaser werden zügig bearbeitet. Wo erforderlich, stellt die Stadt eigene Grundstücke, Gebäude oder Verkehrsflächen für Technikstandorte, PoP-Standorte oder Netzverteiler zur Verfügung

Offenbach geht beim Technologiewechsel mit gutem Beispiel voran. Alle kommunalen Gebäude werden schrittweise, aber verbindlich mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet. Bei Neuanschlüssen, Sanierungen oder Vertragsverlängerungen verzichtet die Stadt vollständig auf kupferbasierte Übergangslösungen. Ziel ist es, den Wechsel von Kupfer- auf Glasfasernetze aktiv zu unterstützen und nicht durch parallelen Betrieb veralteter Infrastruktur zu verzögern. Bürger sollen frühzeitig über die Offenbach App zu anstehenden Umstellungen informiert werden; eine Versorgungslücke darf es dabei nicht geben

Zur Unterstützung des Ausbaus informiert die Stadt transparent über Ausbaubereiche, Zeitpläne und Bauphasen. Digitale Informationskanäle werden genutzt, um Anwohner frühzeitig einzubinden und Akzeptanz für Bauarbeiten und neue Verlegeverfahren zu

schaffen. Ziel ist ein schneller, flächendeckender und möglichst konfliktarmer Glasfaserausbau.

Rechenzentren werden als kritische Infrastruktur der digitalen Stadtentwicklung behandelt. Die Stadt identifiziert geeignete Flächen für kleine und mittlere Rechenzentren, stellt eine leistungsfähige Glasfaser- und Stromanbindung sicher und beschleunigt entsprechende Planungs- und Genehmigungsverfahren. Bei neuen Rechenzentrumsansiedlungen wird die Nutzung der entstehenden Abwärme frühzeitig vertraglich geprüft und – wo technisch sinnvoll – in die kommunale Wärmeplanung integriert

6. Building Information Modeling (BIM) konsequent anwenden

Die FDP Offenbach setzt sich dafür ein, dass bei städtischen Bau- und Infrastrukturprojekten künftig konsequent Building Information Modeling (BIM) eingesetzt wird, um Planung, Bau und Betrieb effizienter, transparenter und wirtschaftlicher zu gestalten.

Wir fordern, dass die Stadt Offenbach bei allen größeren Hochbau- und Infrastrukturvorhaben schrittweise BIM als verbindlichen Standard einführt, um Kosten-, Termin- und Qualitätsrisiken zu reduzieren und Planungsabläufe zu optimieren.

Wir wollen, dass die Bauverwaltung als digitale Vorreiterin agiert, klare BIM-Anforderungen in Ausschreibungen definiert und Pilotprojekte (z. B. Schulen, Kitas, Brücken, Verwaltungsgebäude) nutzt, um einheitliche Standards für Daten, Prozesse und Verantwortlichkeiten aufzubauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Offenbach die vorhandenen Leitfäden und Förderangebote von Bund und Land für die Einführung von BIM nutzt, interkommunale Kooperationen eingeht und die Qualifizierung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt unterstützt.

Unser Ziel ist eine moderne, digitale und wirtschaftliche kommunale Baupolitik, die Lebenszykluskosten berücksichtigt, Nachhaltigkeit messbar macht und damit den Haushalt entlastet sowie bessere Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

7. Sicherheit und Ordnung

Offenbach soll eine Stadt sein, in der Menschen sich nicht nur statistisch, sondern im Alltag sicher und wohl fühlen. Sicherheit und Sauberkeit sind dafür zentrale Grundlagen – im Sinne von Lebensqualität, Respekt und Ordnung.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Ziel der Freien Demokraten ist ein Offenbach, in dem objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl zusammenpassen. Die Stadt soll ihre Position als sicherste Großstadt Hessens festigen und gleichzeitig dafür sorgen, dass dieser Erfolg auf Straßen, Plätzen und in Parks sichtbar wird. Sicherheit und Sauberkeit werden als Grundvoraussetzungen für Lebensqualität, wirtschaftliche Attraktivität und sozialen Zusammenhalt verstanden.

Die Stadt soll eine klare Linie verfolgen: weniger Verwahrlosung, weniger Vermüllung, weniger Regelbrüche – dafür mehr sichtbare Präsenz, schnelleres Einschreiten und saubere, gepflegte öffentliche Räume. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass konsequente Sauberkeits- und Ordnungspolitik Kriminalität und Vandalismus vorbeugen und das Sicherheitsgefühl deutlich verbessern kann.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben maßgeblich zum Ausbau der kommunalen Sicherheitsstrukturen beigetragen.

- Die Stadtpolizei wurde von 2 Dienstgruppen à 6 Mitarbeitern (2006) mit Tagdienst bis 21 Uhr mittlerweile auf einen 24/7-Dienst mit 5 Dienstgruppen à 9 Stellen erweitert.
- Zusätzlich gibt es sechs Stellen im Tagdienst (07.00–16.00 Uhr), drei Mitarbeiter im Bereich Abschleppen/Autowracks und zwei Mitarbeiter im Beschwerdemanagement und Ermittlungen.
- Mit dem Polizeipräsidium Südosthessen hat Offenbach einen zentralen Standort der hessischen Polizei auf seinem Stadtgebiet.
- Eine intensive Präventionsarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen mit Hilfe des Vereins „Sicheres Offenbach“ und aktive Präventionsräte auf Stadtebene und in Stadtteilen („Runde Tische“) beugt Gewalt und Konflikten vor.
- Wir haben den schärfsten Bußgeldkatalog in Deutschland für regelwidrigen Umgang mit Müll.

Diese Schritte tragen dazu bei, dass Offenbach heute statistisch als sicherste Großstadt Hessens gilt – auch wenn dieses Sicherheitsniveau im Alltag vieler Bürgerinnen und Bürgern noch nicht in gleicher Weise wahrgenommen wird.

Situation: Wo wir stehen

Offenbach präsentiert sich objektiv als vergleichsweise sichere Großstadt. Die Kriminalitätsstatistik weist beweist dies. Doch subjektiv empfinden viele Menschen in bestimmten Straßenzügen und Quartieren Unsicherheit. Das hängt mit verwahrlosten Ecken, Vermüllung, sichtbarer Armut und auch aggressiven Bettel- oder Trunkerszenen zusammen. Auch zunehmende Regelverstöße im Verkehr fördern diesen Eindruck. Seit der Konzentration der Landespolizei im Polizeipräsidium fehlen dezentrale Wachen im Stadtgebiet; Stadtpolizei

und Verkehrspolizei wurden personell massiv verstärkt, stoßen bei der Durchsetzung der Regeln im Ordnungsbereich aber dennoch an Grenzen. Diese Probleme gibt es in vielen Großstädten.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Ordnungsregeln nur unvollständig durchgesetzt werden und Verstöße folgenlos bleiben. Deshalb müssen die Anstrengungen verstärkt werden. Die Stadt hat mit stark erhöhten Bußgeldern, Kommunikation, sichtbarer Präsenz und schnelleren Reaktionen bereits reagiert. Auch die Überwachungen im Bereich Gaststätten- und Spielrecht wurden ausgeweitet (2021 9 Verfahren mit 6.158 Euro Bußgeldern zu 354 Verfahren und 350 591 Euro in 2025).

Was wir tun wollen

1. Ordnung und Präsenz im öffentlichen Raum stärken

- **Null-Toleranz bei Vermüllung und massiven Ordnungsverstößen:** Der Bußgeldkatalog wurde überarbeitet und neu gefasst. Er ist jetzt der Schärfste deutschlandweit. Der Katalog wird jährlich evaluiert und angepasst.
- **Stadtpolizei sichtbar machen und ausstatten:** Die Stadtpolizei erhält weiterhin klare Schwerpunktzeiten und -räume, insbesondere in Innenstadt, Parks und an ÖPNV-Knotenpunkten. Aufgrund gefährdender Konfliktsituationen spricht sich die FDP für eine Ausrüstung und der Stadtpolizei mit Schusswaffen aus, wobei eine entsprechende Ausbildung und Eignung der jeweiligen Personen sicherzustellen ist. Die Verkehrspolizisten zur Überwachung des ruhenden Verkehrs sollen wenn möglich auch andere Mängel im öffentlichen Raum erfassen. Die regelmäßigen gemeinsamen Streifengänge von Polizei und Stadtpolizei sollen besonders an Wochenenden und in den Abendstunden stattfinden, um Präsenz zu zeigen und Brennpunkte zu beruhigen.
- **Personal aufstocken:** Wir wollen die Stadtpolizei/das Ordnungsamt in einer wachsenden Stadt auch weiterhin personell aufstocken. Zusätzlich gilt es, das vorhandene Personal durch digitale Unterstützung besser einsetzen zu können. Der Einsatz von Scan-Fahrzeugen zur Parkraumüberwachung wie im Modellprojekt in Heidelberg soll daher schnellstmöglich auch in Offenbach getestet werden und zum Einsatz kommen.
- **Akzeptanz fördern:** Wir werden die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtpolizei weiterhin unterstützen, um Transparenz zu schaffen und die gesellschaftliche Verankerung zu stärken.
- **Bevölkerung einbeziehen:** Wichtig ist, dass die gesamte Stadtgesellschaft für die Einhaltung der Regeln aktiviert wird und die Ordnungskräfte unterstützt. Diese brauchen, Hinweise, Meldung und die Bereitschaft zur Zeugenaussage. Regelverstöße im Ordnungsbereich sind keine „Kavaliersdelikte“, sondern schaden der Gemeinschaft und kosten die Stadt viel Steuergeld. Entsprechende digitale Plattformen für die Mitwirkung der Bürgerschaft gibt es und wir wollen sie verstärkt bewerben.

2. Sauberkeitsoffensive Offenbach

- **Sauberkeitsteam Innenstadt:** Das „Sauberkeitsteams Innenstadt“ soll verstärkt werden.
- **Müll- und Sperrmülltage in Quartieren:** Feste „Sauberkeitstage“ in Quartieren und Stadtteilen mit zusätzlicher Sperrmüllabfuhr und Müllsammelaktionen, sollen ausgebaut werden und das Bürgerengagement mit kleinen Anreizen (z. B. Gutscheinen, Vereinszuschüssen) unterstützt werden. Die zahlreichen guten,

stadtweiten Sauberkeitsaktionen unter Beteiligung von Schulen, Vereinen, Stadtteilbüros, Firmen und der Bürgerschaft, sollen weiterhin durchgeführt und intensiv beworben werden.

- **Illegale Müllablagerungen bekämpfen:** Wir brauchen eine Kombination aus Prävention, Service und konsequenter Durchsetzung des Verursacherprinzips: Die Aufklärung über die in Offenbach geltenden Regeln soll auch unter Einbeziehung der Hauseigentümer erheblich verstärkt werden. Die Bußgeldsatzung wird regelmäßig überprüft, mit dem Ziel die schärfste, rechtlich mögliche in Deutschland zu sein. Der richtige Umgang mit Müll ist auch ein Integrationsthema. Der ESO hat die Aufgabe, systematisch und wiederkehrend zu prüfen, ob die Entsorgungskapazitäten an Wohnhäusern ausreichen, um illegaler Hausmüllentsorgung entgegenzutreten. Bekannte Müll-Hotspots z. B. an Glas- und Kleidercontainern, sollen baulich und organisatorisch so umgestaltet werden, dass illegale Ablagerungen erschwert werden. Gute Beleuchtung, klare Sichtachsen und eine veränderte Nutzung öffentlicher Flächen reduzieren Tatgelegenheiten. Die Wirksamkeit von zeitlich befristeter Videoüberwachung an besonders belasteten Orten ist zu erproben, wenn sie rechtssicher und gezielt einsetzbar ist. Gleichzeitig müssen illegale Ablagerungen schnellstmöglich beseitigt werden, um Nachahmungseffekte zu verhindern. Dafür ist es wichtig, den guten Offenbacher Mängelmelder, der alle Prozesse von Erfassung, Ermittlung und Beseitigung digitalisiert ermöglicht und dadurch stark beschleunigt hat, noch stärker zu bewerben und die Nutzungsquoten weiter zu steigern. Ziel muss sein, die gesamte Stadtgesellschaft für das Thema zu mobilisieren. Den personellen Einsatz der Müllermittler wollen wir verstärken, damit die stark erhöhten Bußgelder bestmöglich greifen können. Für besonders augenfällige und die wichtigen Gebiete soll die 48-Stunden-Dreck-weg auf 24-Stunden ausgeweitet werden.
- **Mehr und bessere Abfallinfrastruktur:** Zusätzliche Mülleimer mit Aschenrosten an Haltestellen, in der Innenstadt und an Laufwegen; klare Piktogramme und Hinweisschilder nach Frankfurter Vorbild. Eine ausreichende Anzahl an Abfallbehältern soll zudem in den Stadtteilen, den Grünanlagen, Wäldern und Feldern installiert werden.
- Die Qualitätssicherung des ESO und deren Transparenz soll bei der Straßenreinigung ausgebaut werden.

3. Konkrete Maßnahmen gegen Graffiti und Vandalismus

- **Schnelle Entfernung von Schmierereien:** Graffiti-Schmierereien an öffentlichen Gebäuden, Brücken oder Unterführungen sollen nach dem Prinzip „keine 48 Stunden“ möglichst schnell entfernt werden. Kurze Reaktionszeiten verhindern, dass sich Schmierereien ausbreiten und ein Eindruck von Verwahrlosung entsteht.
- **Legalflächen und Auftragskunst:** An ausgewählten Wänden und Flächen sollen – in Kooperation mit HfG oder lokalen Künstlerinnen und Künstlern – legale Graffiti- und Street-Art-Flächen entstehen, um kreative Ausdrucksformen zu kanalisieren und gleichzeitig hochwertige Stadtbilder zu erzeugen, wie es andere Städte mit „Hall of Fame“-Konzepten praktizieren.

4. Kooperation mit EVO: Gestaltung von Stromkästen und Trafostationen

- **Gestaltungsprogramm für Technikflächen:** In Kooperation mit der EVO wird ein Programm aufgelegt, bei dem Stromkästen, Trafostationen und Technikschränke im Stadtgebiet künstlerisch gestaltet werden. Erfahrungen in Offenbach und anderen Städten zeigen, dass gestaltete Kästen deutlich seltener beschmiert werden und gleichzeitig das Stadtbild aufwerten. Das erfolgreiche Programm der EVO,

Stromkästen mit übergezogen „Hussen“ zu verkleiden, soll ebenfalls sukzessive ausgeweitet werden. Ziel ist: Sämtliche EVO-Standorte im Stadtbild sollen bis zum Ende der Legislaturperiode ein sauberes Erscheinungsbild zeigen. Dabei soll auch eine Kooperation mit dem OFC bzw. Fanclubs angestrebt werden, damit die EVO-Einrichtungen ein rot-weißes Bild erhalten.

- **Wettbewerbe und Beteiligung:** Gemeinsam mit HfG, Schulen und lokalen Initiativen werden regelmäßig Wettbewerbe zur Gestaltung von Stromkästen und Trafostationen durchgeführt („Mein Motiv für unseren Kasten“). Die besten Entwürfe werden umgesetzt; Patenschaften durch Anwohner oder Vereine sichern Pflege und Schutz.
- **Schutzbeschichtungen und Wartungsverträge:** Neue Motive werden mit Anti-Graffiti-Beschichtungen versehen, damit Schmierereien leichter entfernt werden können. Mit der EVO werden klare Vereinbarungen zur schnellen Reinigung bei Beschädigungen getroffen.

5. Regeln durchsetzen – Stadtbild schützen

- **Werbeanlagen- und Gestaltungssatzung überarbeiten und konsequent durchsetzen:** Die Werbeanlagen- und Gestaltungssatzungen in der Innenstadt müssen auf den Prüfstand, in Teilen führen sie zu einer Überregulierung; Ziel ist ein widerspruchsfrei anwendbares Satzungswerk. Die Satzung muss systematisch kontrolliert, Verstöße müssen konsequent geahndet werden. Ziel ist ein geordnetes, attraktives Stadtbild ohne „optischen Wildwuchs“.
- **Sauberkeits- und Ordnungszonen:** Definition besonderer Sauberkeits- und Ordnungszonen (z. B. Innenstadt, Bahnhofsbereich), in denen verstärkte Reinigung, engmaschige Kontrollen und schnellere Sanktionen gelten – ähnlich Schwerpunktgebieten in anderen Großstädten.
- **Schnelle Beseitigung und Instandhaltung:** Schäden, Graffiti und Vermüllung werden zeitnah beseitigt, um Verwahrlosung vorzubeugen. Studien und Praxiserfahrungen rund um „Broken-Windows“-Ansätze zeigen, dass schnelle Reaktionen zur Stabilisierung von Quartieren beitragen.
- **Sicherheits- und Zuverlässigkeitsstandards für Betriebe:** Für problematische Betriebe in der City – bestimmte Wettbüros, Shishabars usw. - verstärken wir Kontrollen bezüglich Lärmschutz, Jugendschutz, Brandschutz, Korrektheit der Spielapparate - und nutzen allem Möglichkeiten des Ordnungsrechts.

6. Subjektives Sicherheitsgefühl verbessern

- **Angstraum-Check mit Bürgern:** Durchführung von „Angstraum-Spaziergängen“ nach Wiener Vorbildern, bei denen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Verwaltung und Politik Orte markieren, an denen sie sich unsicher fühlen. Beleuchtung, Möblierung, Nutzungen und Kontrollen werden daraufhin gezielt angepasst.
- **Präsenz an ÖPNV-Knoten:** Stärkere Präsenz von Stadtpolizei und – wo möglich – Landespolizei an wichtigen ÖPNV-Knoten (Hauptbahnhof, Marktplatz, Kaiserlei, Ledermuseum) zu Stoßzeiten, um Konflikte zu minimieren und Ansprechbarkeit zu sichern.
- **Kommunikation von Maßnahmen:** Über Social Media, Stadtteilforen und Berichte informiert die Stadt regelmäßig, wo Kontrollen stattfinden, welche Verstöße geahndet wurden und welche Verbesserungen erreicht wurden – nach dem Vorbild von Sauberkeits- und Ordnungskampagnen in Frankfurt.

7. Frauen und Sicherheit

- Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum wird systematisch verbessert: **Beleuchtung, sichere Wege, Angstraum-Checks** und Präsenz an neuralgischen Orten.
- Neben dem Frauenhaus werden **zusätzliche Schutz- und Übergangsangebote** für Frauen in akuten Krisen geprüft und bedarfsgerecht ausgebaut.
- Die Stadt erstellt ein **jährliches Lagebild zu Gewalt gegen Frauen**, um Angebote zielgerichtet steuern zu können.
- Öffentliche Infrastruktur (Toiletten, Haltestellen, Plätze) wird konsequent **sicher, sauber und gut einsehbar** gestaltet.
- Präventions- und Beratungsangebote werden stärker koordiniert, um **Doppelstrukturen zu vermeiden und Wirkung zu erhöhen**.
- Wir unterstützen das Frauenhaus auch weiterhin und wollen die Umsetzung der Istanbulkonvention.

8. Kombination von Ordnung und Sozialarbeit

- **Gemeinsame Teams Ordnung/Sozialarbeit:** Bildung von Doppelstreifen aus Stadtpolizei und Streetwork in Brennpunkten (Bahnhofsbereich, bestimmte Plätze), nach Vorbildern aus Wien und anderen Großstädten. Ordnungsverstöße werden sanktioniert, gleichzeitig werden Hilfsangebote aktiv vermittelt.
- **Verbindliche Rückkehrgespräche:** Für Personen, die wiederholt durch bestimmte Ordnungsverstöße auffallen (z. B. Lärm, Vermüllung an immer gleichen Orten), wird ein Gesprächsangebot mit Stadtpolizei und Sozialdiensten eingeführt, um Ursachen zu klären und Lösungen zu finden

9. Digitale Unterstützung und Beteiligung

- Stärkere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Sauberkeit und Ordnung sowohl im direkten Straßenraum als auch digitalen Medien und der Offenbach App
- Quartalsweise Auswertung der Meldungen nach Art, Ort und Bearbeitungszeit.
- **Pilotprojekte Video- und Sensortechnik:** Rechtssicherer Einsatz von Video- und Sensorik an klar definierten Brennpunkten (z. B. Unterführungen, bestimmte Plätze), kombiniert mit klar kommunizierten Datenschutzstandards. Ziel ist, Einsatzkräfte gezielter zu steuern und Angsträume zu entschärfen.

Sicherheit und Sauberkeitspolitik der Freien Demokraten bedeutet: klare Regeln, konsequente Durchsetzung, sichtbare Präsenz, kreative Kooperationen – etwa mit der EVO – und gezielte Hilfe für Menschen in Not. Offenbach soll damit zu einer Stadt werden, in der sich alle sicher fühlen – weil man es jeden Tag im Stadtbild erlebt.

10. Sicherheit auf Festen

Wir wollen die Sicherheit bei Festen weiterhin gewährleisten und wollen die Finanzierung von Absperrungen weiterhin ermöglichen. Die Auflagen sind so enorm und die Kosten so hoch, dass viele Veranstaltungen in Offenbach sonst gar nicht mehr stattfinden könnten. Gleichzeitig stellen wir aber fest, dass Terrorabwehr nicht Aufgabe von Kommunen oder Veranstaltern, sondern Aufgabe des Staates ist. Wir fordern, dass Bund und Land für die Absicherung von Veranstaltungen finanziell aufkommen. Wir übernehmen Verantwortung und sichern Feste finanziell wie organisatorisch ab, sonst würden manche schlicht ausfallen. Gleichzeitig gilt: Wir dürfen uns nicht an den Ausnahmezustand gewöhnen. Poller sind kein

Zeichen von Sicherheit, sondern von Kontrollverlust. Ja zu wirksamem Schutz, nein zur stillen Gewöhnung.

8. Umwelt-, Klima und Energie

Offenbach soll eine Stadt bleiben, in der sich wirtschaftliche Dynamik und hohe Lebensqualität nicht ausschließen, sondern gegenseitig stärken. Eine liberale Umweltpolitik sichert die kommunale Daseinsvorsorge, schützt Gesundheit und Eigentum und schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen. Klimaschutz gelingt durch Innovation und Investitionen, nicht durch Bevormundung.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Offenbach soll klimafreundlicher und widerstandsfähiger gegen Hitze, Starkregen und Lärm werden, ohne in Verbots- und Verzichtsrhetorik zu verfallen. Übertriebenen Vorgaben, Klimaziele schneller erreichen zu wollen, als in anderen Teilen Europas stehen Freie Demokraten aber kritisch gegenüber,

Klimaschutz und Klimaanpassung verstehen die Freien Demokraten als Technologie- und Innovationsaufgabe. Ziel ist eine schrittweise klimaneutrale Energie- und Wärmeversorgung, die Versorgungssicherheit garantiert und die Menschen nicht überfordert. Kreislaufwirtschaft, moderne Abfall- und Recyclingstrukturen, eine robuste Wasser- und Abwasserversorgung, eine zukunftsfähige Strom- und Wärmeinfrastruktur sowie mehr Grün, kühle Orte und gute Luftqualität sind für uns zentrale Bausteine einer freien, lebenswerten Stadt. Offenbach soll zur **Schwammstadt** werden, die mit Hitze und Starkregen umgehen kann und gleichzeitig neue grüne Räume schafft – zum Nutzen von Bewohnern, Natur und Wirtschaft.

Situation: Wo wir stehen

Die kommunale Daseinsvorsorge funktioniert in Offenbach im Großen und Ganzen: Energie-, Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Starkregenvorsorge sind stabil organisiert, getragen insbesondere durch die Energieversorgung Offenbach (EVO) und die städtischen Betriebe. Die Modernisierung des Heizkraftwerks mit dem Ziel eines kohlefreien Betriebs ab 2029 sowie die Erneuerung des Müllheizkraftwerks („Energiewerk“) mit Abwärmenutzung und Wärmespeicher sind wesentliche Schritte hin zu einer dekarbonisierten, sicheren Energie- und Wärmeversorgung. Maßnahmen der ESO zur Reduzierung von Überflutungsrisiken bei Starkregen und das Klimakzept 2035 bilden die strategische Basis für weitere Anpassungsschritte.

Gleichzeitig wachsen die ökologischen Herausforderungen. Die Versiegelung nimmt durch Bebauung und stehenden Verkehr weiter zu, ein echtes Schwammstadtkonzept ist bislang kaum umgesetzt. In der Kernstadt fehlen vielerorts ausreichend Bäume, Grünflächen und kühle Orte, was in Hitzeperioden zu starker Aufheizung führt. Altlasten im Untergrund bleiben häufig unsaniert, Müllablagerungen im Freien sowie ein komplexes Mülltrennungssystem überfordern viele Bürgerinnen und Bürger. Die Luftqualität in der Innenstadt ist durch Auto-, Bahn-, Schiffs- und Flugverkehr angespannt, die Lärmbelastung entlang von A 661, B 448 und der Bahnlinie mindert die Wohn- und Aufenthaltsqualität. Der Stadtwald, als klimatisches Rückgrat Offenbachs, ist durch den Klimawandel massiv bedroht.

Chancen liegen in einer konsequenten Grün- und Entsiegelungsoffensive: das „grüne Band“ am Mainufer, Tiny Forests, Fassaden- und Dachbegrünung, die Entsiegelung innerstädtischer Flächen und ein durchdachtes Schwammstadtkonzept können Hitzeinseln reduzieren, Wasser besser aufnehmen und das Stadtklima stabilisieren. Zukunftsweisend sind zudem die Abwärmenutzung von Rechenzentren, die Grundwasseranreicherung mit aufbereitetem

Abwasser und eine langfristige Strategie zur Sicherung der Wasserressourcen bis 2050/2055. Risiken liegen in zersplitterten Zuständigkeiten im Wasser- und Abwassersektor, in der ungeklärten Zukunft der Abwasserentsorgung nach Auslaufen des Vertrags mit Frankfurt 2031, in steigenden Energiepreisen sowie in technologischen Veränderungen (z. B. effizientere Rechenzentren), die bestehende Abwärmekonzepte verändern können.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben in der Umweltpolitik wichtige Grundlagen dafür gelegt, dass Offenbach seine ökologische Widerstandsfähigkeit stärkt, ohne wirtschaftliche Entwicklung abzuwürgen.

- Im Bereich **Lärmschutz** ist mit der Einführung des Segmented Approach ein wichtiger Beitrag zur Minderung von Fluglärmbelastungen geleistet worden. FDP-Dezernent Paul-Gerhard Weiß hat durch jahrzehntelangen Einsatz gleichsam die Nachtruhe um eine Stunde durch die Umfliegung Offenbachs verlängert.
- Mit der **Gefahrenabwehrverordnung zur Einschränkung des Trinkwasserverbrauchs bei Notständen** hat die Stadt ein Instrument geschaffen, um in Extremsituationen handlungsfähig zu bleiben und die Versorgung zu sichern.
- Durch die **Entsiegelungsrichtlinie** und die **Förderrichtlinie zur Klimaanpassung** werden Privatpersonen und Eigentümer unterstützt, Flächen zu entsiegeln, Dächer und Fassaden zu begrünen und Zisternen zu installieren. Das stärkt die Schwammstadt-Funktion und verbessert das Mikroklima.
- Die **Niederschlagswassersatzung** regelt die Bewirtschaftung von Dachniederschlagswasser und schafft Anreize für dezentrale Versickerung und Nutzung.
- Mit dem **Verkehrsentwicklungsplan** wurde ein Handlungsfeld „umwelt- und klimagerechte Mobilität“ verankert, um Verkehrspolitik und Umweltziele systematisch zu verzahnen.
- In der **Klimaneutralität und THG-Reduktion** sind durch vielfältige Aktivitäten der EVO – von der Modernisierung des Heizkraftwerks bis zur Neuaufstellung des Müllheizkraftwerks mit Wärmespeicher – entscheidende Weichen gestellt.

Diese Maßnahmen zeigen: Offenbach hat tragfähige Bausteine einer modernen, technologieoffenen Umweltpolitik entwickelt, die sowohl Versorgungssicherheit als auch Klimaschutz und Klimaanpassung im Blick hat.

Was wir tun wollen

1. Strategischer Rahmen: Masterplan Umwelt und Klima 2050

- **Masterplan Offenbach 2050:** Weiterentwicklung der bestehenden Konzepte zu einem integrierten Umwelt- und Infrastruktur-Masterplan mit einem Planungshorizont von 25 Jahren. Dieser Masterplan soll Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, Energie-, Wärme- und Wasserversorgung, Abwasser, Abfall, Grün- und Freiraumplanung sowie Klimaanpassung zusammenführen.
- **Technologieoffener Klimapfad:** Festlegung erreichbarer Ziele für Klimaneutralität und THG-Reduktion, ohne sich auf einzelne Technologien festzulegen. Wichtig sind CO₂-Einsparungen in der Gesamtbilanz – durch Effizienz, neue Energieträger, Abwärmenutzung und intelligente Netze.
- **Keine Übererfüllung europäischer Ziele:** Verzicht auf jegliche Ambitionen der Übererfüllung europäischer Ziele. Offenbach alleine kann das Weltklima nicht retten.

- Offenbach braucht eine **kommunale Resilienzstrategie** für Hitze, Starkregen, Stromausfälle und andere Krisen. Dazu gehören klare Informationsketten, Notfalltreffpunkte, Trinkwasserstellen, digitale Warnsysteme und verständliche Bürgerinformationen. Vorsorge ist eine Aufgabe verantwortungsvoller Stadtpolitik – sie schützt Freiheit, Eigentum und Gesundheit.
- Wir wollen einen schlanken **Nachhaltigkeitsbericht** nach den SDG-Indikatoren (Sustainable Development Goals) für Kommunen entsprechend der Agenda 2030 der Vereinten Nationen entwickeln, dabei sollen bürokratiearm vorhandene Daten zusammengefasst werden. Damit sollen alle wichtigen SDG-Leistungsfelder identifiziert werden, um konkrete kommunale Strategien im Umwelt- und Sozialbereich zu bilden.

2. Schwammstadt und Entsiegelung

- **Schwammstadt-Konzept erarbeiten und umsetzen:** Ein stadtweites Konzept zur Entsiegelung, Regenwasserrückhaltung und -nutzung soll festlegen, wo Entsiegelung prioritär ist, wie Niederschlagswasser dezentral genutzt und wie innerstädtische Grün- und Wasserflächen vernetzt werden.
- **Konsequente Entsiegelung in der Innenstadt:** Versiegelte Plätze, Höfe und Stellflächen sollen schrittweise aufgebrochen, begrünt und wasserdurchlässig gestaltet werden – insbesondere dort, wo Parkhäuser als Alternative bereits vorhanden sind (z. B. Mainuferparkplatz).

3. Grüne Plätze, kühle Orte und Stadtklima

- **Grünes Band und Mainufer stärken:** Das Mainufer soll weiter begrünt, mit Bäumen, Schattenplätzen und naturnahen Flächen aufgewertet werden. Ziel ist ein durchgängiges, kühles, gut nutzbares grünes Band am Wasser.
- **Tiny Forests und Mikroparks:** Auf kleineren Flächen wollen wir kompakte Miniwälder („Tiny Forests“) anlegen, um Hitzeinseln zu entschärfen, Biodiversität zu erhöhen und neue Aufenthaltsqualitäten zu schaffen.
- **Dach- und Fassadenbegrünung ausweiten:** Öffentliche Gebäude, Zweckbauten wie Parkhäuser sowie größere private Neubauten sollen verstärkt begrünt werden. Förderangebote und klare Standards sollen dies unterstützen.
- **Offenbach verbindet Wachstum mit Stadtgrün und Klimaschutz:** mehr Bäume, kühlere Quartiere, weniger Lärm – besonders entlang der großen Verkehrsachsen und in dicht bebauten Vierteln. Grünzüge, Parks, Lärmschutz (Fluglärm, Straßenlärm).
- **Bäume bilanzieren:** Mit einer regelmäßig veröffentlichten, systematische Baumbilanz wie etwa in Köln (mit Bilanz über Pflanzungen, Fällungen, Bestandentwicklung usw.) soll qualitativ der Baumbestand bewertet werden (z. B. anhand von Kriterien wie Baumalter, Kronenvolumen, Standortqualität, Überlebensraten). Damit soll gezeigt werden, wo fehlen Bäume? Wo braucht es Ersatz- oder Zusatzpflanzungen? Reichen die aktuellen Pflanzprogramme aus? Sind sie richtig strukturiert?

4. Energie, Wärme und Kreislaufwirtschaft

- **Kohleausstieg und Energiewerk nutzen:** Der Kohleausstieg der EVO bis 2029 und das modernisierte Energiewerk mit Wärmespeicher werden konsequent genutzt, um

Fernwärme in Offenbach auszubauen, klimafreundlicher zu machen und für Haushalte planbar zu halten.

- **Abwärmenutzung sichern und ausbauen:** Abwärme aus Rechenzentren und gewerblichen Prozessen soll stärker ins Fernwärmenetz integriert werden. Bei neuen Rechenzentren sollen Abwärmekonzepte frühzeitig vertraglich verankert werden.
- **Abfallwirtschaft als Wirtschaftsthema:** Abfall, Recycling und Kreislaufwirtschaft werden als wirtschaftliche Chance verstanden. Die Stadt soll Rahmenbedingungen schaffen, damit Recycling- und Upcycling-Unternehmen, Start-ups und etablierte Betriebe in Offenbach investieren. Gleichzeitig wollen wir das Mülltrennungssystem vereinfachen und verständlicher machen.

5. Wasser, Abwasser und Starkregenvorsorge

- **Langfristige Sicherung der Wasserversorgung:** Gemeinsam mit regionalen Partnern soll eine Strategie zur Sicherung der Wasserressourcen bis 2050/2055 entwickelt werden – einschließlich Fragen der Grundwasseranreicherung durch gereinigtes Abwasser und regionaler Wasserverbünde.
- **Zersplitterte Zuständigkeiten bündeln:** Die Rollen von ESO, ZWO und weiteren Akteuren im Wasser- und Abwassersektor sollen transparenter und effizienter koordiniert werden. Ziel ist eine schlanke, leistungsfähige Struktur, die Investitionen beschleunigt.
- **Abwasservertrag nach 2031 klären:** Die Zukunft der Abwasserentsorgung nach Auslaufen des Vertrags mit Frankfurt 2031 muss frühzeitig und strategisch verhandelt werden, um Planungssicherheit und Kostentransparenz zu gewährleisten.

6. Luftqualität, Lärmschutz, Stadtwald, Schultheis-Weiher

- **Luftqualität verbessern:** Maßnahmen zur Verflüssigung des Verkehrs, zur Verlagerung von Verkehren auf ÖPNV und zur Begrünung der Straßenräume sollen Feinstaub- und NOx-Belastungen senken. Mess- und Informationssysteme sollen transparent machen, wo Fortschritte erzielt werden.
- **Lärm gerechter verteilen:** Wir setzen uns dafür ein, dass die von unserem Dezernenten durchgesetzte Umfliegung des Offenbacher Südens zwischen 22 und 24 Uhr auch auf andere Bereiche des Tages erweitert wird. Ziel ist die „Demokratisierung des Fluglärms“, das was wir als „Belastungsgerechtigkeit“ bezeichnen.
- **Lärmbelastung mindern:** Wir wollen Lärmschutzmaßnahmen entlang von A 661, B 448 und Bahnlinie – von Lärmschutzwänden über lärm mindernde Beläge bis hin zu intelligenten Temporegulierungen.
- **Stadtwald schützen und anpassen:** Der Stadtwald soll durch klimaangepasste Aufforstung, Mischwälder und Waldumbau langfristig stabilisiert werden. Er bleibt als „grüne Lunge“ und Erholungsraum ein zentrales Element der Offenbacher Umweltpolitik.
- **Schultheisweiher:** Um ein sommerliches „Umkippen“ des Schultheisweihers in Offenbach zu verhindern, sollte geprüft werden, ob die Schaffung eines dauerhaften Zu- und Ablaufs zur Verbesserung des Wasseraustauschs wirksamer und nachhaltiger ist als ein tieferes Ausbaggern des Weihers. Ein regelmäßiger Wasseraustausch kann Sauerstoffmangel, übermäßige Erwärmung und Nährstoffanreicherung reduzieren und damit Algenblüten vorbeugen. Aus ökologischer und langfristiger Sicht ist ein geregelter Zu- und Ablauf, gegebenenfalls ergänzt durch punktuelle Vertiefungen und begleitende Gewässerpflege, zu prüfen.

7. Schutz wertvoller Biotope

Wir setzen auf gezielte Renaturierungs- und Schutzmaßnahmen, wo sie fachlich sinnvoll sind und einen Mehrwert für Hochwasserschutz, Klima und Artenvielfalt bieten – verhältnismäßig, transparent und im Dialog mit Eigentümern und Betroffenen.

Eine liberale Umweltpolitik für Offenbach verbindet Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Vernunft und ökologische Verantwortung. Sie setzt auf Technik statt Tabu, auf Anreize statt Verbote – und sorgt dafür, dass Offenbach auch in Zukunft eine Stadt mit hoher Lebensqualität bleibt.

9. Sport

Offenbach soll zu einer Stadt werden, in der Sport, Bewegung und Gesundheit für alle Menschen selbstverständlich zum Alltag gehören – vom Vereinssport über den Schulsport bis zum spontanen Training im Park. Sport stärkt Gemeinschaft, Integration, Standortimage und Lebensqualität.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Ziel der Freien Demokraten ist eine Sportstadt Offenbach, in der

- der bestehende Sportentwicklungsplan konsequent umgesetzt wird,
- alle Kinder schwimmen lernen und Zugang zu Vereins- und Schulsport haben,
- wohnortnahe Bewegungsangebote im öffentlichen Raum selbstverständlich sind und
- Spitzensport als positives Aushängeschild für die Stadt wirkt.

Sport wird als integraler Bestandteil von Stadtentwicklung, Gesundheits- und Sozialpolitik verstanden. Deshalb sollen Investitionen in Sportstätten – insbesondere Schwimmbäder, Sporthallen, Freiplätze und Bewegungsflächen im Grünen – verlässlich geplant und nicht von konjunkturellen Haushaltsdebatten abhängig gemacht werden. Ziel ist es, Vereinsbindung zu stärken, Bewegungsarmut zu bekämpfen und über attraktive Anlagen auch überregionale Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben wichtige Projekte für den Sport in Offenbach mit angestoßen und unterstützt:

- Auf den Sportanlagen Sana wurden ein Kunstrasenplatz und ein Hybridrasenplatz umgesetzt, um witterungsunabhängigen Trainings- und Spielbetrieb zu ermöglichen.
- Das Schwimmbad Rosenhöhe wurde gesichert und die Modernisierung des Freibads vorangebracht – insbesondere durch die Planung einer neuen Traglufthalle, die zukünftig einen ganzjährigen Schwimmbetrieb und mehr Wasserzeiten für Schulen und Vereine ermöglichen soll.

Diese Maßnahmen zeigen: Sportinfrastruktur wird nicht als „nice to have“ betrachtet, sondern als grundlegende Daseinsvorsorge und Standortfaktor.

Situation: Wo wir stehen

Offenbach verfügt über eine solide, breit aufgestellte Sportlandschaft auf Basis eines langfristigen Sportentwicklungsplans. Starke Vereine, engagiertes Ehrenamt, eine Sportgala zur Anerkennung von Leistungen und ein breites Angebot für unterschiedliche Altersgruppen sind klare Stärken. Besonders im Wassersport besitzt Offenbach durch Lage am Main und bestehende Infrastruktur ein Profil mit regionaler Strahlkraft.

Gleichzeitig bleiben Defizite deutlich sichtbar: Abseits des OFC fehlt es an überregionaler Wahrnehmung, der Organisationsgrad im Vereinssport liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, und viele Sportstätten – insbesondere Hallen – entsprechen weder dem heutigen Bedarf noch modernen Standards. Es fehlt eine große Veranstaltungshalle, ein Lehrschwimmbad und ausreichend qualitätsvolle Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum, etwa für Senioren und Freizeitsportler. Engpässe in der Belegungskoordination, vor allem bei Schulturnhallen, sorgen für Frust bei Vereinen.

Chancen liegen in der Entwicklung eines zentralen Sportfeldes in Mainnähe, der Sport, Freizeit und Stadtgrün verbindet, sowie in der Schaffung von Grünanlagen mit integrierten Bewegungsangeboten. Eine digital gesteuerte Belegungskoordination kann Kapazitäten besser nutzen und Vereinen mehr Planungssicherheit geben. Risiken entstehen vor allem durch die dauerhaft angespannte Finanzierungslage und die zunehmende Bewegungsarmut, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Was wir tun wollen

1. Sportentwicklungsplan konsequent umsetzen

- **Sport als Priorität in der Infrastrukturplanung:** Der vorhandene Masterplan Sport wird mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und Finanzierungspfaden hinterlegt. Sanierungen, Neubauten und Anpassungen von Sportflächen an den Bedarf erfolgen systematisch statt zufällig.
- **Lehrschwimmbad und Wasserzeiten sichern:** Aufbau eines Lehrschwimmbads bzw. zusätzliche Wasserflächen durch intelligente Nutzung (z. B. Traglufthallen, Kooperationen) mit dem Ziel, dass alle Kinder in Offenbach sicher schwimmen lernen und Vereine ausreichend Trainingsmöglichkeiten erhalten.

2. Sport im öffentlichen Raum stärken

- **Zwei Spielplätze pro Jahr:** Jährlich werden mindestens zwei Spielplätze neu angelegt oder umfassend saniert – mit modernen, inklusiven Spiel- und Bewegungsangeboten.
- **Sport- und Bewegungsangebote im Grünen:**
 - Calisthenics- und Fitnessgeräte am Sportpark Rosenhöhe als Beginn eines Outdoor-Fitnessparks, der perspektivisch um weitere Standorte im Stadtgebiet ergänzt wird.
 - Trimm-dich- und Bewegungsparcours in Grünanlagen und entlang des Grüngürtels, mit Geräten für verschiedene Altersgruppen, insbesondere auch für Seniorinnen und Senioren.
- **Sportfeld am Main:** Entwicklung eines Sportfeldes in Mainnähe als multifunktionale Fläche für Vereinssport, Freizeitangebote, Wassersport und Bewegung im Alltag.
- Der Bolzplatz am D’Orville-Park soll – in Zusammenarbeit mit den Jumpers Offenbach/Bunte Kicker – zeitnah modernisiert und saniert werden.

3. Vereine stärken, Organisation verbessern

- **Digitale Belegungskoordination:** Einführung eines digitalen Systems zur Belegung von Hallen und Plätzen, das Kapazitäten transparent macht, Doppelbelegungen vermeidet und Vereinen sowie Schulen Planungssicherheit gibt.
- **Rochade der Sportflächen:** Fortführung der Flächenrochade, um Vereinen passende Plätze zuzuweisen und neue Angebote – etwa im Frauenfußball – zu ermöglichen.
- **Ehrenamt wertschätzen:** Ausbau der Anerkennungskultur (Sportgala, Ehrungen, Qualifizierungsangebote) und pragmatische Unterstützung bei Bürokratie, damit Ehrenamtliche sich auf Sport statt auf Verwaltung konzentrieren können.

4. Breiten-, Gesundheits- und Spitzensport verbinden

- **Bewegung als Gesundheitsstrategie:** Kooperation mit Gesundheitswesen, Krankenkassen und Betrieben, um Bewegungsangebote und Programme für bislang

inaktive Zielgruppen zu fördern (z. B. niedrigschwellige Kurse, Walking-, Rad- oder Wassersportangebote).

- **Spitzensport als Stadtmarketing:** Der OFC und andere leistungsorientierte Vereine sollen als Botschafter der Stadt genutzt werden. Ziel ist, bei Aufstieg oder Erfolgen sportliche Leuchtturmprojekte gezielt in das Stadtmarketing einzubinden.
- **Frauen- und Mädchensport fördern:** Neue Flächen und gute Zeiten für Frauen- und Mädchenmannschaften, insbesondere im Fußball, werden bei der Belegungsplanung bewusst priorisiert.
- **Behindertensport:** Hier sollte in den neuen Sportförderrichtlinien die Förderung von Angeboten speziell für Menschen mit Handicaps und inklusiven Angeboten in den Vereinen mehr Gewicht erhalten. Das gilt auch für Angebote des Behindertenleistungssports. Die Anreize für Vereine sind nicht ausreichend, um attraktiven Behindertensport anzubieten.

5. Finanzierung sichern und Kooperationen nutzen

- **Fördermittel und Partnerschaften:** Systematische Nutzung von Landes-, Bundes- und EU-Förderprogrammen für Sportstätten, Schwimmbäder und Bewegungsräume; Kooperationen mit Unternehmen, Stiftungen und Krankenkassen zur Mitfinanzierung von Anlagen und Projekten.
- **Mehrzweck- und Veranstaltungshalle prüfen:** Perspektivische Planung einer modernen Veranstaltungshalle, die sowohl für Sportereignisse als auch für Kultur- und Messeformate genutzt werden kann.

Sportpolitik der Freien Demokraten in Offenbach heißt: den Masterplan ernst nehmen, Vereine stärken, öffentliche Räume zu Bewegungsräumen machen und Sport – vom Kita-Spielplatz bis zum Stadion – als tragende Säule von Stadtentwicklung, Gesundheit und Identität verstehen.

10. Kultur

Kultur soll Offenbachs Markenkern und weicher Standortfaktor sein – für Lebensqualität, Zusammenhalt und Unternehmensansiedlungen. Kulturpolitik wird als Querschnittsaufgabe verstanden, die Stadtentwicklung, Bildung und Wirtschaft miteinander verbindet.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Ziel der Freien Demokraten ist, Kultur als klaren **Standortvorteil** Offenbachs zu profilieren: als Grund, hier zu leben, zu arbeiten und zu investieren. Kultur, Kreativwirtschaft und HfG sollen gemeinsam ein Bild der Stadt prägen, das Offenbach von der Nachbarschaft positiv unterscheidet.

Der Kulturentwicklungsplan soll konsequent umgesetzt und mit Stadtentwicklung, Bildung und Wirtschaft verzahnt werden. Station Mitte wird als zentraler Kultur-Hub entwickelt – mit moderner Bibliothek, Veranstaltungsflächen und Raum für kreative Formate. Ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Initiativen und Projekten bleibt Rückgrat der Kulturszene und wird gezielt gestärkt. Kultur wird zudem als „weicher Standortfaktor“ für Unternehmensansiedlungen verstanden: Eine lebendige Szene, spannende Festivals und kreative Orte machen Offenbach attraktiv für Fachkräfte und kreative Köpfe.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben wichtige Weichen gestellt, um Kultur zu sichern und weiterzuentwickeln.

- Für die Zollamtsstudios wurde mit dem Ostpol eine tragfähige Lösung gefunden und Raum für kreative Arbeit gesichert.
- Ein Kulturentwicklungsplan wurde angestoßen, um Ziele, Prioritäten und Maßnahmen gemeinsam mit Akteuren zu definieren.
- Der Zuschuss für die Musikschule wurde – auch aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen – massiv ausgeweitet und die Einrichtung damit zukunftsfest aufgestellt.
- Leerstände wurden für kreative Zwischennutzungen geöffnet, wodurch Ateliers, Pop-up-Formate und Experimente möglich wurden.
- Mit Station Mitte und der modernen Bibliothek entsteht ein neuer kultureller Ankerpunkt in der Innenstadt.
- Das Budget für Feste in der Innenstadt wurde zwischenzeitlich aufgestockt, um die Vielfalt der Stadtgesellschaft im öffentlichen Raum sichtbar zu machen.
- Ein Offenbacher Kultur-Stipendium wurde aufgelegt, um Kunst- und Kulturschaffende direkt zu unterstützen.
- Mit „Oper in der Stadt“ und Formaten wie „Musik auf Rädern“ wurden hochkarätige Kulturangebote bewusst in den öffentlichen Raum (z. B. Fußgängerzone vor dem Rathaus) gebracht.
- Projekte wie das Scape (früher Wetter- und Klimawerkstatt) verbinden Kultur, Bildung und Klima-/Umweltthemen auf innovative Weise.
- Für die Durchführung großer Veranstaltungen im öffentlichen Raum gelten mittlerweile schärfere Sicherheitsanforderungen. Um dies weiterhin möglich, finanzierbar und auch für ehrenamtliche Veranstalter umsetzbar zu gestalten, wurde eigenes Abspermaterial beschafft, sowie ein Dienstleister für die Logistik stadtnaher Veranstaltungen beauftragt.

Situation: Wo wir stehen

Offenbach verfügt über eine bemerkenswerte kulturelle Vielfalt, getragen von einer internationalen Stadtgesellschaft und vielen engagierten Kulturvereinen. Stadtfeste wie Lichterfest und Mainuferfest zeigen diese Vielfalt ebenso wie kleinere Formate in den Quartieren. Mit Capitol, Stadthalle, Büsing-Palais, Deutschem Ledermuseum, Stadion und weiteren Orten besteht eine solide kulturelle Infrastruktur; die Nähe zur HfG und zur Kulturmetropole Frankfurt eröffnet zusätzliche Kooperations- und Sichtbarkeitspotenziale.

Gleichzeitig bleibt die Kulturlandschaft unterfinanziert und regional oft im Schatten Frankfurts. Museen und Häuser kämpfen um Aufmerksamkeit; zielgerichtetes Stadtmarketing für Offenbachs eigene kulturelle Identität ist ausbaufähig. Die angespannte Finanzlage begrenzt Handlungsspielräume, viele Projekte hängen von Fördermitteln ab.

Sicherheitsauflagen und Genehmigungsanforderungen belasten Vereine und Ehrenamtliche und erschweren spontane Kultur im öffentlichen Raum. Chancen liegen in den Projekten rund um die World Design Capital 2026, der Modernisierung des Ledermuseums, der Neunutzung des Kulturkarrees und der kulturellen Nutzung des Hauptbahnhofgebäudes. Risiken sind die Konkurrenz zu Frankfurt, die Nachwirkungen der Pandemie und die Gefahr einer Erosion der kulturellen Basisarbeit.

Was wir tun wollen

1. Kulturentwicklungsplanung umsetzen

- Kultur, Stadtentwicklung, Bildung und Sozialpolitik enger verknüpfen – insbesondere in der Innenstadt.
- Kultur explizit als weicher Standortfaktor in Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing verankern (z. B. in Ansiedlungsgesprächen, Standortbroschüren, Online-Auftritt).

2. Station Mitte als Kultur-Hub etablieren

- Station Mitte zu einem offenen Kultur- und Bildungszentrum machen: Bibliothek, Veranstaltungsräume, Makerspace, Medienwerkstatt und Flächen für Initiativen unter einem Dach.
- Niedrigschwellige Angebote (Lesungen, Workshops, Gaming, Film, Diskussionen) als „Türöffner“ für Kultur etablieren – insbesondere für Kinder und Jugendliche.
- Kooperationen mit HfG, Schulen, Musikschule und freien Trägern, um Station Mitte als Scharnier zwischen Kunst, Design, Stadtgesellschaft und Wirtschaft zu nutzen.

3. Kulturkarree und Häuser stärken

- Kulturkarree Büsing-Palais, Capitol und weiteren Einrichtungen weiterentwickeln – mit gemeinsamer Programmschiene, abgestimmtem Stadtmarketing und besserer Sichtbarkeit im Stadtraum.
- Prüfen, ob mit einem eventuellen neuen Besitzer des „Lilli-Tempels“ eine stärkere kulturelle Nutzung möglich ist. Dies könnte das Kulturkarree stärken.
- Modernisierung des Deutschen Ledermuseums vorantreiben und für überregionale Sichtbarkeit nutzen; thematische Verknüpfung zu Design, Mode, Nachhaltigkeit und HfG.
- Kultur im Hauptbahnhofgebäude und an anderen markanten Orten ermöglichen – z. B. Ausstellungen, Performances, Pop-up-Formate als „Fenster“ in die Offenbacher Kulturszene.

4. Ehrenamt und freie Szene stärken

- Bürokratie für Vereine abbauen: Standardisierte, vereinfachte Verfahren für Sicherheitskonzepte, Genehmigungen und Förderanträge.
- Ein zentrales Beratungs- und Serviceteam für Kultur- und Veranstaltungsvereine einrichten, das bei Anträgen, Fördermitteln und Auflagen unterstützt.
- Anerkennungskultur ausbauen: Kulturpreis, Ehrenamtsdank, Kooperationsprojekte und Sichtbarkeit bei Stadtfesten.

5. Leerstand kreativ nutzen und HfG einbinden

- Leerstände systematisch für Ateliers, Proberäume, Pop-up-Ausstellungen und Bürgerateliers öffnen – mit einfachen Zwischennutzungsmodellen und fairen Konditionen.
- Ausgründungen aus der HfG und kreative Start-ups durch Co-Working-Spaces, gemeinsame Projekte mit Unternehmen und städtische Pilotaufträge fördern.
- Programme zur Kooperation zwischen Künstlerinnen/Künstlern und Unternehmen stärken (z. B. „Artist in Residence“ in Betrieben, Design-Sprints für Geschäftsprozesse).

6. Museen und Bildung verzahnen

- Inhalte des Hauses der Stadtgeschichte eng mit den Lehrplänen der Schulen abstimmen, damit sich Schulbesuche lohnen und regelmäßig stattfinden. Haus der Stadtgeschichte nicht als austauschbare Kunstgalerie betreiben, sondern mit auf Offenbach bezogenem Programm, Ausstellungen und Angeboten aktiv die Identifikation mit der Stadt, ihrer Geschichte, ihrem Werden und Wandel begleiten und fördern.
- Die Direktorin des Ledermuseums wird bei Ihrem Unterfangen, das Museum umzubauen und zu modernisieren unterstützt. Der Umbau des Ledermuseums ermöglicht eine Modernisierung des museumsdidaktischen Konzepts.
- Digitale Medien und interaktive Formate (Apps, Audioguides, Online-Angebote) einsetzen, um Museen für Kinder und Jugendliche attraktiver zu machen.
- Museumslandschaft lokal und überregional vernetzen: gemeinsame Tickets, Themenreihen oder Festivals zusammen mit Frankfurter Häusern, um Sichtbarkeit zu erhöhen, ohne in Konkurrenzlogik zu verfallen.
- Einen offenbachweiten Designwettbewerb einführen, bei dem Schüler und junge Menschen einen Preis für das beste Design in unterschiedlichen Kategorien wie Typografie, urbanes Design und Mediendesign gewinnen können.
- Zusammenarbeit mit dem Musikhaus Andre zur musikalischen Heranführung von Bürgern und besonders Kindern intensivieren, u.a. in Zusammenarbeit mit den städtischen Schulen oder anderen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen.

7. Stadtfeste und kulturelle Vielfalt sichtbar machen

- Festekonzept Innenstadt weiterentwickeln: mehr Kultur im öffentlichen Raum – von Straßenmusik und Theater über internationale Food- und Kulturfestivals bis zu Design- und Kreativmärkten.
- Neben etablierten Großveranstaltungen wie dem Mainuferfest, dem Lichterfest und dem Main-Matsuri wollen wir die Innenstadt und die Stadtteile mit neuen und wiederbelebten Veranstaltungsformaten stärken. Dazu zählen etwa ein Weinfest, eine Night of Arts, ein Schriftkunstfestival, ein kleiner Handwerks-Weihnachtsmarkt sowie

die Wiederauflage von „Musik im Park“ im Büsing- oder Dreieichpark. Ergänzend sollen mehr Freiluftkinos im gesamten Stadtgebiet etabliert werden.

- Formate wie „Oper in der Stadt“ und „Musik auf Rädern“ verstetigen und auf andere Sparten übertragen (z. B. Literatur im Park, Tanz auf dem Marktplatz).
- Legale Straßenkünstlerflächen in Zusammenarbeit mit der HfG schaffen.
- Internationale Kulturvereine stärker einbinden: gemeinsame Kultur- und Begegnungsfeste, bei denen Offenbachs Vielfalt sichtbar gefeiert wird.

Kulturpolitik der Freien Demokraten in Offenbach bedeutet: Vielfalt sichern, Ehrenamt stärken, zentrale Orte wie Station Mitte, Ledermuseum und Kulturkarree entwickeln und Kultur als weichen Standortfaktor sichtbar machen – damit Offenbach durch die Energie seiner Menschen glänzt, nicht durch große Häuser allein.

11. Freizeit

Gutes Leben bedeutet nicht nur gut Wohnen und Arbeiten, sondern auch die Freizeit aktiv zu gestalten. Eine lebendige Freizeitstadt lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger – nicht allein von der Stadtverwaltung.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Freizeit ist für die Freien Demokraten ein zentraler Bestandteil urbaner Lebensqualität. Unser Ziel ist ein Offenbach, in dem Menschen jeden Alters wohnortnah attraktive Möglichkeiten zur Erholung, Bewegung und Begegnung finden – niedrigschwellig, sicher und gut erreichbar.

Freizeitangebote im öffentlichen Raum stärken Gesundheit, Integration und Zusammenhalt. Sie machen Stadtteile lebendig, erhöhen die Aufenthaltsqualität und tragen dazu bei, dass Menschen gerne in Offenbach leben und bleiben. Dabei setzen wir auf Vielfalt statt Einheitsangebote, auf gute Pflege statt Symbolpolitik und auf verantwortungsvollen Umgang mit Natur, Tieren und öffentlichen Flächen.

Offenbach soll eine Stadt sein, in der Parks, Spielplätze, Uferbereiche, Wälder und Freizeitorte selbstverständlich genutzt werden können – für Bewegung, Spiel, Entspannung und gemeinsames Erleben.

Vereine und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Offenbach. Ob im Sport, in der Kultur, im sozialen Bereich oder im Katastrophenschutz – tausende Bürgerinnen und Bürger leisten freiwillig einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Stadt. Dieses Engagement verdient Anerkennung, Respekt und bestmögliche Unterstützung.

In Offenbach laufen aktuell mehrere Spielplatzsanierungen und -aufwertungen, darunter am Kleewasem (Bieber-Waldhof) mit Fertigstellung für Frühjahr 2026 geplant, an der Schäferstraße (Senefelderquartier), wo Baubeginn für Winter 2025/2026 erwartet wird, sowie im Park Friedrichsweiher mit Start der Sanierung Ende August 2025 und Fertigstellung im Sommer 2026. Der Spielplatz Heusenstammer Weg wurde bereits im Herbst 2024 nach umfassender Modernisierung wiedereröffnet. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die Spielplatzrahmenplanung erneuern und modernisieren.

1. Bewegung, Spiel und öffentliche Räume

- Wir wollen Outdoor-Fitness-Möglichkeiten im gesamten Stadtgebiet schaffen und insbesondere das Offenbacher Mainufer als Ort für Bewegung und Aufenthalt weiterentwickeln.
- Der Leonhard-Eißnert-Park soll gezielt aufgewertet werden, um seine Bedeutung als zentraler Erholungsraum weiter zu stärken.
- Wir setzen uns dafür ein, Flussbaden im Main unter sicheren und klar geregelten Bedingungen zu realisieren.
- Spielplätze wollen wir kontinuierlich modernisieren, pflegen und erweitern – insbesondere durch die Installation von Wasserspielangeboten, die Aufenthaltsqualität und Abkühlung an heißen Tagen bieten.

- Der Verkehrsübungsplatz soll modernisiert werden, um Kindern und Jugendlichen zeitgemäße und sichere Verkehrserziehung zu ermöglichen.
- Wir wollen im öffentlichen Raum Stadtmöbel wie Bänke, Liegen, Spielmodule für Kinder und Sportgeräte sowie im Sommer die Wasserspiele am Aliceplatz fortsetzen.

Natur erleben und besser erreichbar machen

- Die Erweiterung, bessere Ausschilderung im Stadtgebiet sowie am Nassen Dreieck und die Beleuchtung des Zuweges zum Waldzoo wollen wir aktiv unterstützen, um diesen wichtigen Freizeit- und Bildungsort besser zugänglich zu machen.
- Wir setzen uns für mehr Sitzmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet ein – ebenso in Feldern und Wäldern, damit Erholung für alle einfach möglich ist.

2. Verantwortungsvoller Umgang mit Tieren in der Stadt

Tierschutz ist kommunale Verantwortung und Ausdruck einer humanen Stadtgesellschaft.

- Die Pauschale für das Tierheim wollen wir bedarfsgerecht anpassen, um eine verlässliche Versorgung der Tiere sicherzustellen.
- Wir setzen uns für die Umsetzung von Hundefreilaufflächen sowie für mehr Kotbeutelspender im Stadtgebiet ein, um Rücksichtnahme und Sauberkeit zu fördern.
- Ein modernes Stadttaubenmanagement wird für die Innenstadt angestrebt. Es gilt mit geringem Personal- und Kostenaufwand unter Einbeziehung Ehrenamtlicher geeignete Standorte für Taubenhäuser zu identifizieren und zu betreiben um Tierwohl zu berücksichtigen und gleichzeitig Konflikte im öffentlichen Raum zu reduzieren.

3. Vereine, Ehrenamt

- Kommunale Fördermittel sollen fair, nachvollziehbar und leistungsbezogen vergeben werden
- Städtische Räume, Sporthallen und Veranstaltungsflächen sollen gemeinnützigen Vereinen unbürokratisch und zu fairen Konditionen zur Verfügung stehen – nach dem Vorbild der Stadt Münster, die kommunale Infrastruktur gezielt für ehrenamtliches Engagement öffnet.
- Anerkennungskultur ist für uns mehr als ein Dankeschön: Wir unterstützen Maßnahmen zur Qualifizierung, Nachwuchsgewinnung und besseren Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf. Offenbach soll eine Stadt sein, in der freiwilliges Engagement Freude macht und langfristig möglich ist.
- Förderanträge, Genehmigungen und Abrechnungen sollen zentral digital gebündelt werden – nach dem Vorbild der Stadt Hamburg, die mit einem einheitlichen Vereins- und Förderportal Verwaltungsaufwand deutlich reduziert hat.
- Die kommunale Vereinsförderung soll klaren, öffentlich einsehbaren Kriterien folgen und dort, wo es sinnvoll ist, mehrjährige Förderzusagen ermöglichen – nach dem Vorbild der Stadt Freiburg.
- Die Ehrenamtskarte soll ausgebaut und durch Kooperationen mit Handel, Gastronomie sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen ergänzt werden
- Zur Stärkung von Nachwuchsgewinnung, Qualifizierung und Digitalisierung von Vereinen wollen wir Kooperationen zwischen Vereinen und Schulen sowie gezielte Fortbildungsangebote fördern – nach dem Vorbild der Stadt Ulm.

- Zur besseren Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf setzen wir auf Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft – nach dem Vorbild der Stadt Stuttgart, wo Unternehmen ehrenamtliches Engagement ihrer Beschäftigten aktiv unterstützen.
- Freiwillige Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen sollen durch moderne Ausstattung, verlässliche Finanzierung und gezielte Nachwuchsarbeit gestärkt werden.

12. Soziales

Offenbach soll eine Stadt sein, in der soziale Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung zusammen gedacht werden. Soziale Politik der Freien Demokraten zielt darauf, benachteiligte Menschen gezielt zu unterstützen, Integrationsbereitschaft einzufordern und allen Generationen echte Perspektiven zu eröffnen. Sozialpolitik darf Menschen nicht verwalten, sondern muss sie befähigen.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Die Freien Demokraten wollen Offenbach zu einer Stadt entwickeln, in der soziale Unterstützung, Bildungschancen und Eigenverantwortung Hand in Hand gehen. Dazu gehören:

- gezielte Förderung sozial benachteiligter Menschen – insbesondere Kinder, Alleinerziehende, Wohnungslose und Ältere – statt Gießkannenpolitik,
- die Lebensverhältnisse älterer Menschen zu verbessern durch mehr Teilhabe, mehr Mobilität, gutes Wohnen, angemessene Pflege und Gesundheitsversorgung
- ein weiterentwickelter Aktionsplan für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mit guten Kita-Angeboten, verlässlichem Ganztags und passgenauen Beratungsangeboten,
- mehr Schulsozialarbeit und präventive Angebote, um soziale Probleme frühzeitig zu erkennen und zu bearbeiten,
- Outdoorklassen für Kitas und Schulen sowie quartiersbezogene Lernorte, um Bildung, Gesundheit und Naturerfahrung zu verbinden,
- Schuldnerberatung mit besonderem Fokus auf Prävention und finanzielle Grundbildung („Financial Literacy“) schon in Schule, Jugendhilfe und Familienangeboten,
- eine deutlich bessere Kommunikation aller sozialen Angebote – gebündelt und leicht zugänglich, etwa über die Offenbach-App,
- ein kommunaler Aktionsplan Inklusion, der konsequent und mit angemessenen Mitteln umgesetzt wird, um Menschen mit Behinderung echte Teilhabe zu ermöglichen,
- Integration nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“: Offenheit und Unterstützung für Zugewanderte, verbunden mit klarer Erwartung von Sprachlernen, Integrationsbereitschaft sowie Kenntnis und Einhaltung der Regeln in Offenbach,
- ein ambitionierter Aktionsplan gegen Kinderarmut, dessen Mittel von derzeit 150.000 Euro pro Jahr schrittweise erhöht und durch Fördermittel und Spenden ergänzt werden.
- Wir setzen uns für eine breit gefächerte soziale Infrastruktur ein und unterstützen die freien und gemeinnützigen Träger.

Soziale Politik soll nicht nur Notlagen verwalten, sondern Chancen eröffnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben in der Sozialpolitik wichtige Grundlagen mitgelegt und mitgetragen:

- Ein **Aktionsplan gegen Kinderarmut** wurde beschlossen; jährlich stehen 150.000 Euro zur Verfügung, um Maßnahmen gegen die Folgen des Aufwachsens in Armut zu finanzieren.

- Der **kommunale Altenplan** wurde fortgeschrieben und bildet die Grundlage für Maßnahmen zugunsten älterer Menschen. Wir greifen die Empfehlung im Kommunalen Altenplan 2024 auf, diesen weiterzuentwickeln hin zu einer integrierten Sozialplanung, um Sichtweisen verschiedener Fachplanungen (Sozialplanung, Integration und Altenhilfeplanung) wirksam zusammenzuführen. Wir werden dafür sorgen, dass bestehende Angebote besser miteinander verzahnt und bedarfsorientiert fortentwickelt werden. Die Lebensverhältnisse und Bedarfe älterer Menschen verstehen wir als Gestaltungsaufgabe in verschiedensten Handlungsfeldern, insbesondere Teilhabe, Mobilität, Wohnen, Pflege und Gesundheitsversorgung.
- Für **Wohnungslose** wurden neue Hilfsangebote geschaffen: In der Gerberstraße entsteht ein Neubau der Wohnungsnotfallhilfe (Träger: Diakonie Frankfurt und Offenbach), der erstmals explizit Angebote auch für wohnungslose Frauen vorsieht (Eröffnung 2025).
- Die Planung eines **neuen Frauenhauses** wurde vorangetrieben; ein Förderbescheid für ein neues Haus in Offenbach wurde übergeben.
- In **Kitas** wurden seit 2022 rund 12,3 Mio. Euro investiert; mit der Kita Bieber Nord (als Teil der Grundschule) wurden zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Heute besuchen etwa 80% der Kinder moderne Kitas (Neubau oder Gesamtanierung), 11% teilsanierte Einrichtungen.
- Der **Aktionsplan Inklusion** wurde fortentwickelt und befindet sich in der dritten Umsetzungsstufe; konkrete Maßnahmen zur Barrierefreiheit und Teilhabe werden umgesetzt.
- **Ferienangebote** für Kinder wurden finanziell unterstützt und ausgeweitet.
- Das **Rederecht des Kinder- und Jugendparlaments (KJP)** in der Stadtverordnetenversammlung sowie Rede- und Vorschlagsrechte in den Ausschüssen wurden durchgesetzt.
- Der **Seniorenrat** ist nun als Stimme der älteren Generation etabliert.

Diese Schritte zeigen: Offenbach verfügt über ein dichtes Netz sozialer Angebote und Beteiligungsstrukturen – es braucht nun Priorisierung, bessere Vernetzung und sichtbare Wirkung.

Situation: Wo wir stehen

Offenbach ist jung, urban und stark divers – das ist Chance und Herausforderung zugleich. Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen ist trotz hoher Heterogenität in weiten Teilen gelungen. Viele Vereine, Verbände und Initiativen leisten wertvolle Arbeit und tragen zur sozialen Stabilität bei. Die Errichtung eines neuen Gebäudes für Wohnungslose steht beispielhaft für eine pragmatische Sozialpolitik, die konkrete Bedarfe aufgreift.

Gleichzeitig ist Offenbach von hohen Armutsquoten, überdurchschnittlicher Kinderarmut, angespannten Quartiersstrukturen und einem dauerhaft überlasteten Jugendamt geprägt. Präventive Jugendarbeit und sozialräumliche Angebote sind vielerorts unterfinanziert. Im öffentlichen Raum fehlen sichere Orte, attraktive Treffpunkte und „Third Places“ für Jugendliche jenseits von Konsum. Gesundheitlich zeigen sich urbane Belastungen – Lärm, wenig Grün, psychische Belastungen – kombiniert mit ungleichen Zugangschancen zu Gesundheitsangeboten. Offenbach verfügt jedoch über hohe soziale Resilienz dank einer starken Engagementkultur.

Chancen entstehen durch den Ausbau jugend- und quartiersorientierter Räume, die Verknüpfung von Kultur- und Sozialarbeit und gezielte Gesundheitsförderung in den

Stadtteilen. Risiken liegen in wachsender Segregation, weiterer Zuwanderung in ohnehin belastete Quartiere und einer strukturellen Unterfinanzierung zentraler sozialer Dienste.

Was wir tun wollen

1. Kinder, Jugendliche und Familien gezielt fördern

- **Aktionsplan gegen Kinderarmut ausbauen:** Das Budget von 150.000 Euro jährlich wird schrittweise erhöht. Parallel werden zusätzliche Mittel aus Landes-, Bundes- und Stiftungsprogrammen sowie Spenden eingeworben. Schwerpunkte: frühkindliche Förderung, Lernförderung, Freizeit- und Ferienangebote, Teilhabe am Vereinsleben.
- **Schulsozialarbeit stärken:** Ausbau von Schulsozialarbeit insbesondere in belasteten Quartieren und Schulen mit hohem Unterstützungsbedarf; Vernetzung mit Jugendhilfe, Schulpsychologie und Freizeitangeboten.
- **Outdoorklassen und Lernorte im Freien:** Schulen und Kitas erhalten Unterstützung für Outdoorklassen (z. B. Schulhof-Lerninseln, Lernräume in Parks und Stadtgrün), die pädagogisch eingebunden und mit Natur- und Gesundheitsbildung verknüpft werden.
- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie:** Weiterentwicklung des Aktionsplans Vereinbarkeit, mit verlässlichen Betreuungszeiten, flexiblen Randzeiten-Angeboten, Ferienbetreuung und Beratungsangeboten für Eltern.
- Jugend braucht Freiräume – aber auch Regeln, die Sicherheit für alle garantieren
- Offenbach sollte informelle Third Places als zentrale Jugend- und Begegnungsorte schaffen: öffentlich zugängliche, niedrighschwellige Orte im urbanen Raum, an denen junge Menschen ohne Konsumerwartung, ohne Programmzwang und unabhängig von Schule oder Verein zusammenkommen, sich vernetzen und ihre Freizeit gestalten können und ohne Eintritt oder formale Teilnahmeangebote verweilen können. Dazu wollen wir die Entwicklung attraktiver, sicherer Aufenthaltsbereiche in Parks und auf Plätzen (z. B. Sitzinseln, Spielflächen, offene Bühnen vorantreiben, damit Orte wie der Leonart-Eißnert Park oder Mainuferflächen informelle Treffqualität für Jugendliche gewinnen analog zu öffentlichen Plätzen wie in Helsinki. Dabei kann es auch eine Kooperation mit Kultur- und Kreativorten geben (z. B. Hafen 2, Station Mitte, KJK Sandgasse).
- Kinder und Jugendliche sollen bei Projekten, die sie betreffen, **verbindlich beteiligt** werden – etwa bei Schulumbauten, Verkehrsprojekten oder der Gestaltung öffentlicher Räume.
Wir prüfen einen **Jugendcheck für zentrale Vorlagen**, um Auswirkungen auf junge Menschen sichtbar zu machen.
Ergänzend wollen wir **kleine Jugendbudgets** für quartiersbezogene Projekte ermöglichen, über deren Einsatz junge Menschen selbst entscheiden – nach Vorbildern aus skandinavischen Städten.
Beteiligung bedeutet Verantwortung übernehmen – nicht Symbolpolitik.

2. Prävention und finanzielle Grundbildung

- **Schuldnerberatung ausbauen:** Stärkung bestehender Schuldnerberatungsstellen und Ausbau präventiver Angebote in Schulen, Jugendtreffs und Familienzentren (Workshops zu Budgetplanung, Verträgen, Online-Käufen).
- **Finanzielle Grundbildung („Financial Literacy“ und ökonomische Bildung):** Integration in Schulprojekte, Jugendprogramme und VHS-Angebote, um frühzeitig Kompetenzen im Umgang mit Geld zu vermitteln. Kontakte zwischen

Wirtschaft und Schulen knüpfen, damit Selbstständigkeit auch als Chance gesehen wird.

- Schaffung einer Koordinationsstelle aus dem bestehenden Stellenplan außerhalb der MainArbeit, die für die Stärkung der Ausbildungszugänge sorgt und die Übergänge von Schule in den Beruf etwa mit Coaching-Angeboten zu stabilisieren sucht, Kooperationen fördert sowie Qualifizierungen und Integration unterstützt.

3. Inklusion, Barrierefreiheit und Angebote für Ältere

- **Seniorenpolitik bedeutet, Selbstständigkeit zu erhalten – nicht Abhängigkeiten zu schaffen.**
- **Aktionsplan Inklusion konsequent finanzieren:** Der bestehende Aktionsplan Inklusion wird mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und ausreichenden Mitteln unterlegt, um Barrierefreiheit in Gebäuden, Verkehr, digitalen Angeboten und Verwaltung Schritt für Schritt zu verbessern.
- **Seniorenberatungsstelle einrichten:** Umsetzung einer zentralen, niedrighschwelligen Seniorenberatung, die bestehende Angebote (Sozialamt, Pflegestützpunkt, offene Seniorenarbeit, Freie Träger) bündelt, statt Parallelstrukturen aufzubauen. Start mit Pilotphase und Nutzung vorhandener Personalressourcen.
- **Mitwirkung des Seniorenrats sichern:** Stärkung des Seniorenrats durch feste Beteiligungsformate (z. B. Stellungnahmen vor Ausschusssitzungen, Beteiligungsforen) und angemessene Ausstattung (Bürozeiten, IT-Ausstattung, Unterstützung durch Verwaltungskräfte).
- **Altenhilfe nach § 71 SGB XII:** Ausbau von Beratung, Begegnung und Engagementförderung für Ältere; Stärkung von Stadtteiltreffs, Mehrgenerationenhäusern und offenen Treffpunkten, mit besonderem Fokus auf kulturelle Vielfalt und ältere Migrantinnen und Migranten.
- Veranstaltungen im öffentlichen Raum müssen grundsätzlich barrierefrei gestaltet sein. Die uneingeschränkte Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen, insbesondere für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, ist sicherzustellen. Technische Hindernisse sind durch geeignete Maßnahmen, etwa den Einsatz von Kabelbrücken, zu vermeiden.
- **Wohnen im Alter und generationenübergreifende Wohnformen:** Wir setzen uns für den Ausbau altengerechten Wohnraums sowie für die Förderung von Seniorenwohngemeinschaften ein. Darüber hinaus unterstützen wir generationenübergreifende Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser sowie spezialisierte Wohnangebote für Menschen mit Demenz. Diese Wohnkonzepte stärken Selbstbestimmung, soziale Teilhabe und Solidarität zwischen den Generationen.
- Mehr öffentliche Toiletten: in Kooperation mit Partnern/Lokaler Wirtschaft, stets behindertengerecht

4. Integration, Regeln und Zusammenhalt

- **Fördern und fordern:** Integration bedeutet für die Freien Demokraten: konsequente Sprachförderung, Bildung und Zugänge zum Arbeitsmarkt – verbunden mit klaren Erwartungen an Integrationsbereitschaft, Respekt und Einhaltung der Regeln.
- **Bezahlkarte:** Die Freien Demokraten fordern, dass die Bezahlkarte in Offenbach ohne weitere Verzögerung eingeführt wird, weil sie eine moderne, digitale Form der Leistungsgewährung darstellt, die Verwaltungsprozesse vereinfacht, Missbrauch erschwert und für mehr Transparenz und Akzeptanz sozialstaatlicher Leistungen sorgt.

- **Keine zusätzliche freie Aufnahme von Flüchtlingen:** Offenbach leistet bereits einen überproportionalen Integrationsanteil. Eine zusätzliche Aufnahme wird daher abgelehnt.
- **Regelkenntnis stärken:** Entwicklung niedrigschwelliger Informationsformate (Willkommensveranstaltungen, Broschüren, Online-Inhalte) zu Rechten und Pflichten in Offenbach – etwa zu Sauberkeit, Lärm, Zusammenleben und Nutzung öffentlicher Räume.
- **Quartiersarbeit verstärken:** Ausbau von Sozial- und Gemeinwesenarbeit in belasteten Quartieren; Stärkung von Nachbarschaftsprojekten, „Third Places“ und jugendorientierten Kultur- und Freizeitangeboten.
- Der **Ausländerbeirat** ist ein wichtiges Instrument kommunaler Teilhabe und soll erhalten bleiben. Ein regelmäßiger, konstruktiver Austausch zwischen Ausländerbeirat, Verwaltung und Politik ist auszubauen, um Integration aktiv zu gestalten.
- Jede Form des **Antisemitismus** wird von strikt abgelehnt. Die Freien Demokraten schließen sich der IHRA-Definition an, nach der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann und sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen richten kann.
- Wir lehnen die Diskriminierung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger entschieden ab. Zugleich erwarten wir die Bereitschaft zur Integration. Eine dauerhafte Integrationsverweigerung bei gleichzeitiger Inanspruchnahme staatlicher Sozialleistungen ist nicht akzeptabel. Die gesetzlich verankerten Grundwerte unseres Gemeinwesens sind zu vermitteln und einzuhalten. Zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Deshalb ist eine flächendeckende Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund, beispielsweise durch Angebote wie den „Deutschsommer“, sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig sind Bildungs- und Sprachlernangebote für erwachsene Migrantinnen und Migranten bedarfsgerecht auszubauen. Integration lebt vom Miteinander. Projekte und Initiativen zum kultur- und nationsübergreifenden Austausch sind gezielt zu fördern.
- Verpflichtende Wertevermittlung (Frauenrechte, Gewaltfreiheit) in Integrationsarbeit

5. Gesundheit, Pflege und Klimafolgen

- **Offenbach braucht eine verlässliche haus- und fachärztliche Versorgung in allen Stadtteilen:** Wir setzen auf Anreize statt kommunaler Übernahme. Die Stadt soll aktiv bei der Ansiedlung von Arztpraxen, Gemeinschaftspraxen und Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) unterstützen – etwa durch schnelle Genehmigungen, geeignete Flächen in Neubauquartieren und Kooperationen mit privaten Trägern. In unterversorgten Quartieren prüfen wir Ärztehäuser oder Gesundheitszentren in privater oder genossenschaftlicher Trägerschaft, wie sie etwa in Hamburg oder München erfolgreich umgesetzt wurden. Gesundheitsangebote sollen dort entstehen, wo Menschen leben – nicht nur dort, wo Verwaltung es plant.
- Die Stadt entwickelt eine **kommunale Gesundheitsstrategie**, die Prävention, Versorgung und Quartiersangebote bündelt.
- In sozial belasteten Quartieren werden **Gesundheitslotsen** etabliert, die Bürgerinnen und Bürger beim Zugang zu Angeboten unterstützen (mehrsprachig, niedrigschwellig).

- **Psychische Gesundheit** wird als kommunale Aufgabe ernst genommen: Ausbau von Präventions- und Beratungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Familien in Kooperation mit freien Trägern.
- Suchtprobleme im öffentlichen Raum werden durch **verbindliche Kombiteams aus Ordnung und Sozialarbeit** angegangen – mit klar definierten Einsatzorten, Zuständigkeiten und regelmäßiger Auswertung.
- Gesundheitsangebote (Prävention, Bewegung, Beratung) werden **quartiersbezogen gebündelt** und digital sichtbar gemacht.
- **Gesundheitsförderung in Quartieren:** Aufbau und Ausbau quartiersbezogener Gesundheitsangebote (Präventionskurse, Bewegungsangebote, niedrigschwellige Beratung), besonders für Kinder, Jugendliche und Ältere.
- **Pflege und ambulante Dienste stärken:** Unterstützung ambulanter Dienste, Entlastungsangebote für pflegende Angehörige und Vernetzung von Pflege, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe.
- **Hitzeaktionsplan umsetzen:** Konsequenter Ausbau des Hitzeaktionsplans mit Infokampagnen, Trinkwasserstellen, Verschattungsmaßnahmen und einem saisonalen „Hitzetelefon“ für ältere und vulnerable Menschen.
- **Ernährungsbildung** wird als Teil von Gesundheits- und Präventionspolitik verstanden – praxisnah, nicht ideologisch.
- Das kostenlose Bereitstellen von Menstruationsprodukten lehnen Freie Demokraten ab. Ausnahme sind Schulen. Dort sollten dies aber nur in Schulsekretariaten nicht in Toiletten zur Verfügung gestellt werden, um Missbrauch zu vermeiden.

6. Digitale und soziale Teilhabe

- **Angebote sichtbar machen – auch digital:** Soziale Angebote, Beratungsstellen, Treffpunkte und Kursangebote werden in der Offenbach-App und auf städtischen Seiten gebündelt, mehrsprachig dargestellt und leicht auffindbar gemacht.
- **Digitale Lernorte für Ältere:** Ausbau von Computerarbeitsplätzen, WLAN-Zugängen und Kursen in Bibliothek, Stadtteiltreffs und Senioreneinrichtungen; Peer-Learning-Formate („Senioren schulen Senioren“) werden gefördert.
- **Einsamkeit bekämpfen:** Stärkung von Begegnungsorten, Besuchsdiensten, Telefon- und Online-Kontaktangeboten, generationenübergreifenden Projekten und Kampagnen zur Wertschätzung älterer Menschen.
- **Unterstützung sozialer Einrichtungen und Vermeidung von Lebensmittelverschwendung:** Die Arbeit der Tafel Offenbach leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Unterstützung bedürftiger Menschen. Wir setzen uns für ihre nachhaltige Unterstützung ein und wenden uns entschieden gegen die Vernichtung genießbarer Lebensmittel. Soziale Verantwortung und Ressourcenschonung gehören untrennbar zusammen.

Sozialpolitik der Freien Demokraten in Offenbach bedeutet: gezielt unterstützen statt verwalten, Integration mit klaren Regeln verbinden, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen, Inklusion als Querschnittsaufgabe verstehen und alle Generationen – von Kindern bis zu Seniorinnen und Senioren – aktiv in das Stadtleben einbinden.

7. Wohnsitzlosigkeit vermeiden

Wir setzen stärker auf **Prävention von Wohnungslosigkeit:** durch frühzeitige Beratung bei Mietschulden, Kooperationen mit Vermietern und besseres Schnittstellenmanagement

zwischen Sozialamt, Jobcenter und freien Trägern.

Ziel ist es, Wohnungsverluste zu vermeiden, statt Menschen dauerhaft in Hilfesysteme zu überführen.

8. Lebensmittelverschwendung reduzieren:

Programme zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung werden systematisch unterstützt in enger Kooperation mit der Offenbacher Tafel und weiteren sozialen Trägern. Ziel ist es, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen, soziale Hilfe zu stärken und unnötige Verschwendung zu vermeiden – ohne neue Verpflichtungen oder Bürokratie.

9. Gleichstellung statt Gleich machen

Gleichstellungspolitik muss sich im Alltag bewähren: bei Sicherheit im öffentlichen Raum, bei Stadtplanung, bei Bildung und Erwerbstätigkeit.

Wir wollen Angsträume gezielt abbauen, sichere Wege stärken und Frauen bei Gründung, Ausbildung und Beruf gezielt unterstützen – ohne neue Symbolpolitik.

10. Einsamkeit überwinden

- Einsamkeit wird als ernstzunehmendes soziales Risiko anerkannt – insbesondere bei Älteren, Alleinerziehenden und Jugendlichen.
- Wir stärken **Begegnungsorte, Stadtteiltreffs und Third Places**, die ohne Konsumzwang funktionieren.
- Besuchs- und Patenschaftsmodelle sowie generationenübergreifende Projekte werden gezielt unterstützt.
- Digitale und analoge Angebote werden miteinander verzahnt, um **niemanden auszuschließen**.

13. Bürgerbeteiligung und Stadtteile

Offenbach soll Stadtteile stärken und Bürgerbeteiligung verbindlich, frühzeitig und gut unterstützt organisieren. Lebendige Ortskerne, transparente Verfahren und echte Mitgestaltung sind zentrale Bausteine moderner Stadtentwicklung.

Ziel: Wo wir hinwollen – und warum

Ziel der Freien Demokraten ist es, Offenbachs Stadtteile – insbesondere Bieber und Bürgel – zu lebendigen, eigenständigen Zentren mit hoher Aufenthaltsqualität, klarer Identität und aktiver Bürgerschaft zu entwickeln. Städtebauförderprogramme wie „Lebendige Zentren“ sollen dabei konsequent genutzt werden, um Ortskerne zu sanieren, Freiräume aufzuwerten und lokale Akteure einzubinden.

Bürgerbeteiligung soll verbindlich, planbar und niedrigschwellig sein: Leitlinien und eine zentrale Service- und Beratungsstelle bilden die Grundlage. Vorbilder wie Heidelberg zeigen, dass klar geregelte Beteiligungsprozesse Transparenz, Vertrauen und eine dauerhafte Beteiligungskultur schaffen können. Ziel ist eine Beteiligung, die früh beginnt, ergebnisoffen ist und deren Ergebnisse sichtbar in politische Entscheidungen einfließen.

Was wir bereits erreicht haben

Die Freien Demokraten haben wichtige Bausteine für starke Stadtteile und bessere Beteiligung mit auf den Weg gebracht:

- Über das Städtebauförderprogramm „Lebendige Zentren – Mitte machen“ erhalten Bieber und Bürgel finanzielle Unterstützung, um ihre Ortskerne aufzuwerten – etwa durch Gebäudesanierung, Fassadenprogramme und die Entsiegelung von Höfen.
- Eine Stadtteilarchitektin unterstützt Eigentümerinnen und Eigentümer, Vereine und Initiativen vor Ort und begleitet städtebauliche Projekte fachlich.
- Für die Ortskerne von Bieber und Bürgel wurden Gestaltungssatzungen eingeführt, um historische Strukturen zu schützen, ortsbildverträgliche Werbung zu sichern und Neubauten besser einzupassen.
- Die Planung des Dalles als zentraler Platz wurde gestartet, um Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt und Gestaltung zu verbessern.
- Ende 2023 wurde eine Service- und Beratungsstelle für Bürgerbeteiligung eingerichtet, die Verfahren koordiniert, berät und Beteiligungsformate unterstützt.
- Leitlinien zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wurden beschlossen und bilden einen verbindlichen Rahmen für zukünftige Beteiligungsverfahren.

Diese Elemente bilden das Fundament für eine quartiersnahe, beteiligungsorientierte Stadtentwicklung.

Situation: Wo wir stehen

Bieber und Bürgel verfügen über gewachsene, kleinstädtisch geprägte Ortskerne mit aktiven Vereinen und einem lebendigen Stadtteilleben. Sie ergänzen die Offenbacher Innenstadt als dezentrale Versorgungs- und Begegnungsorte. Gleichzeitig sind Ortsbilder teilweise sanierungsbedürftig; unpassende Werbung, starker Durchgangsverkehr und fehlende oder unattraktive öffentliche Räume

beeinträchtigen die Aufenthaltsqualität. Rückgänge bei der Angebotsvielfalt im Handel führen zu Funktionsverlusten als lokale Zentren.

Mit dem Programm „Lebendige Zentren“ und dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) besteht ein klarer Rahmen, um diese Herausforderungen zu bearbeiten. Die Aufnahme gleich zweier Ortskerne in das Förderprogramm ist hessenweit besonders und bietet Synergien. Parallel wurde mit Leitlinien und Service-Stelle eine Struktur für Bürgerbeteiligung geschaffen; nun kommt es darauf an, diese Instrumente im Alltag zu leben, frühzeitig zu informieren und Beteiligung nicht zur Pflichtübung verkommen zu lassen.

Was wir tun wollen

1. Stadtteile als lebendige Zentren weiterentwickeln

- „Lebendige Zentren“ konsequent umsetzen: Maßnahmen aus dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für Bieber und Bürgel werden mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und Budgets umgesetzt – von der Umgestaltung öffentlicher Räume bis zu Förderprogrammen für private Sanierungen.
- Ortskerne aufwerten: Plätze wie der Dalles sollen als Aufenthalts- und Begegnungsorte mit hoher Aufenthaltsqualität, Begrünung, Außengastronomie und Raum für Märkte, Feste und kulturelle Formate gestaltet werden.
- Gestaltungssatzungen aktiv nutzen: Die Gestaltungssatzungen in Bieber und Bürgel werden konsequent angewandt und im Dialog mit Eigentümerinnen und Eigentümern weiterentwickelt, um historische Strukturen zu erhalten und neue Qualität zu ermöglichen.

2. Quartiersmanagement und Stadtteilarchitektur stärken

- Stadtteilarchitektin weiter ausbauen: Die Rolle der Stadtteilarchitektin wird gestärkt – als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Eigentümerinnen, Gewerbe und Bürgerschaft, ähnlich professionellen Quartiersmanagements in integrierten Stadtteilentwicklungsprogrammen.
- Quartiersmanagement nach Bedarf erweitern: In besonders dynamischen Stadtteilen sollen – nach dem Vorbild von „Soziale Stadt“/Quartiersmanagement in anderen Kommunen – eigene Stadtteilbüros entstehen, die Projekte koordinieren, Beteiligung organisieren und lokale Netzwerke unterstützen

3. Bürgerbeteiligung verbindlich und alltagstauglich machen

- Leitlinien mit Leben füllen: Die Leitlinien für Bürgerbeteiligung werden – ähnlich wie in Heidelberg – durch eine „Vorhabenliste“ ergänzt, auf der alle wichtigen Projekte mit Beteiligungsmöglichkeiten frühzeitig veröffentlicht werden.
- Die Einführung sog. „Bürgerräte“
- Beteiligung als Prozess statt Event: Beteiligungsschritte werden entlang der Planungsphasen geplant (Information – Dialog – Rückkopplung), damit Bürgerinnen und Bürger nicht zu spät, aber auch nicht zu früh beteiligt werden
- Service- und Beratungsstelle nutzen: Die Service-Stelle unterstützt Verwaltung, Politik und Bürgerschaft bei der Auswahl passender Formate (Stadtteilwerkstätten, Planungswerkstätten, Online-Beteiligung, Kinder- und Jugendbeteiligung).

4. Stadtteilbudgets und lokale Projekte ermöglichen

- Stadtteilbudgets prüfen bzw. verstetigen: Nach Vorbildern von Bürgerbudgets in Städten wie Bonn und dem Verfügungsfonds aus dem Projekt "Bieber Bürgel Mitte machen" können Stadtteile eigene kleine Budgets bekommen, über deren Verwendung die Bewohnerinnen und Bewohner mitentscheiden – etwa für Bänke, Begrünung, Spielgeräte oder kleine

Kulturprojekte. Nach Bieber und Bürgel werden in ausgewählten Stadtteilen Bürgerbudgets als Pilotprojekt erprobt – klein starten, Wirkung messen, dann ausweiten. In Bieber und Bürgel gilt es solche Budgets auch nach Auslaufen des Projektes zu verstetigen.

- Mikroförderung für Initiativen: Unbürokratische Förderprogramme für Nachbarschaftsaktionen, Stadtteilfeste, Urban-Gardening-Projekte oder temporäre Bespielung von Plätzen unterstützen Eigeninitiative und stärken.
- Bürgerräte als moderne Form der Bürgerbeteiligung: das Konzept nach Zufallsauswahl gefundene Bürger beratend an Projekten zu beteiligen, ist nach Auffassung der Freien Demokraten eine gute Ergänzung der Beteiligungsformen.

5. Kommunikation und digitale Beteiligung verbessern

- Offenbach-App als Beteiligungsplattform: Stadtteilinformationen, Vorhaben, Beteiligungsverfahren und Feedback-Möglichkeiten werden in der Offenbach-App sichtbar gemacht; einfache Online-Formulare und Karten ermöglichen Hinweise und Ideen aus den Stadtteilen.
- Transparente Rückmeldungen: Nach Beteiligungsverfahren wird sichtbar gemacht, welche Vorschläge übernommen wurden und warum – wichtig für Vertrauen und Beteiligungsbereitschaft.
- Mehr direkte Bürgerbeteiligung: Bürgerentscheide bei hohen Investitionen bzw. bei weitreichenden Entscheidungen

Stadtteil- und Beteiligungspolitik der Freien Demokraten in Offenbach bedeutet: Ortskerne stärken, Quartiersmanagement professionalisieren, Beteiligung verbindlich und verständlich organisieren und Stadtteile mit eigenen Budgets und Ideen ernst nehmen – damit Bieber, Bürgel und alle Quartiere lebendige, mitgestaltete Orte bleiben.

6. Transparentes Rathaus

Wir führen eine verbindliche Vorhabenliste ein, auf der alle größeren Projekte der Stadt frühzeitig mit Zeitplan, Kostenrahmen und Beteiligungsformat veröffentlicht werden – nach Heidelberger Vorbild. Nicht-personenbezogene Verwaltungsdaten (z. B. Bauprojekte, Verkehrs- und Umweltmessungen, Fördermittelverwendung) werden systematisch als Open Data bereitgestellt. Wir führen ein öffentliches Projekt-Dashboard für zentrale Stadtprojekte ein (Kosten, Zeitpläne, Abweichungen). Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein: Gutachten, Beschlussvorlagen und relevante Verträge sollen – soweit rechtlich möglich – öffentlich zugänglich sein.

Transparenz stärkt Vertrauen, beschleunigt Verfahren und verbessert Entscheidungen.

Beteiligungsverfahren erhalten eine verpflichtende Rückmeldung, welche Vorschläge übernommen wurden und warum. Politische Bildung wird praxisnah gestärkt – insbesondere für Jugendliche – durch Planspiele, Stadtteilforen und Kooperationen mit Schulen. Alle parlamentarischen Anfragen und Antworten werden veröffentlicht.

7. Den historischen Stadtteilen gerecht werden.

Der eigenen Geschichte und Tradition der früher selbständigen Stadtteile wird mit Respekt begegnet und dortige Institutionen als Wissensträger und Multiplikatoren anerkannt. Zuständige städtische Ansprechpersonen sollen auch bei Zusammenkünften in den Stadtteilen Beratung und Unterstützung anbieten.

Es ist auch Verantwortung der Stadt Offenbach die oft liebevoll und mit großem Engagement gepflegte eigene Geschichte und Tradition der früher selbständigen Stadtteile gleichwertig neben der Geschichte und Tradition der Kernstadt zu erhalten und zu pflegen.

Es gilt die historischen Ortskerne und die Hauptstraßen unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern bzw. Gewerbetreibenden attraktiver zu gestalten, ohne Parkplätze zu verlieren.